

Beteiligungsbericht 2023 des Landkreises Greiz

INHALTSVERZEICHNIS

<u>1.</u>	EINLEITUNG	3
<u>2.</u>	ÜBERBLICK ÜBER DIE BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES GREIZ	5
2.2 2.3	RECHTSFORMEN BETEILIGUNGSÜBERSICHT IM GESCHÄFTSJAHR 2023 GRUNDLEGENDE DATEN 2023 AUSGEWÄHLTE KENNZAHLEN 2023	5 6 7 8
<u>3.</u>	AUSFÜHRUNGEN ZU DEN EINZELNEN UNTERNEHMEN	9
3.2	KRANKENHÄUSER DES LANDKREISES GREIZ 3.1.1 KREISKRANKENHAUS GREIZ-RONNEBURG GMBH (KKH GREIZ-RONNEBURG GMBH) 3.1.1.1 MEDIZINISCHES VERSORGUNGSZENTRUM – POLIKLINIK GREIZ GMBH 3.1.1.2 DIENSTLEISTUNGSZENTRUM KREISKRANKENHAUS GREIZ-RONNEBURG GMBH 3.1.1.3 PFLEGEHEIM RONNEBURG GMBH 3.1.1.4 KREISREHAKLINIK RONNEBURG GMBH 2 VERKEHRS- UND SERVICE-UNTERNEHMEN 3.2.1 PERSONEN- UND REISEVERKEHRS GMBH GREIZ (PRG) 3.2.2 REGIONALVERKEHR GERA/LAND GMBH (RVG) 3.2.3 GRZ SERVICE UND VERWALTUNGSGESELLSCHAFT GMBH 3 SONSTIGE UNTERNEHMEN 3.3.1 "UMWELT" ENTSORGUNGS- UND STRAßENSERVICE GMBH	9 18 26 32 38 42 53 62 70
<u>4.</u>	SCHLUSSBEMERKUNGEN	78
5	ABKÜRZI INGSVERZEICHNIS	79

1. Einleitung

Der Beteiligungsbericht hat die Aufgabe, einen Überblick über die kreiseigenen Unternehmen zu geben. Der Bericht wird jährlich fortgeschrieben, damit die Entwicklung der Unternehmen kontinuierlich verfolgt werden kann.

In dem Beteiligungsbericht werden die einzelnen Unternehmen, an denen der Landkreis beteiligt ist, vorgestellt, ihre spezifischen Leistungen beschrieben und wichtige ökonomische Daten präsentiert. Ausgehend von den kommunalen Aufgaben bzw. Zielsetzungen wird über die Unternehmensziele, die Leistungskraft und die wirtschaftliche Situation informiert.

Der Beteiligungsbericht bezieht sich grundsätzlich auf das Jahr 2023. Zu ausgewählten Zahlen und Kennziffern erfolgt ein Vergleich mit den Jahren 2022 und 2021.

Die Gesellschaften und die Eigenbetriebe erstellen ihren Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches. Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden. Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

Bilanz:

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. Aktiva sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter ("Wofür wurden die Mittel verwendet?"). Passiva sind die hierfür verwendeten Finanzmittel ("Woher kamen die Mittel?").

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite - Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen. Das Anlagevermögen stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude und Fuhrpark. Zum Umlagevermögen zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden wie z. B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben. Auf der Passivseite – Mittelherkunft – werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen und Verbindlichkeiten dargestellt. Unter der Position Eigenkapital sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z. B. eingebrachtes Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter oder der Jahresgewinn oder -verlust des Vorjahres. Rückstellungen sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z. B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der Verbindlichkeiten werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt sind, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen oder aus Lieferung und Leistung.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die Gewinn- und Verlustrechnung ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögensnachweis – besonders der Schuldennachweis – im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV – auch Erfolgsrechnung genannt – dar. Die Darstellung der GuV erfolgt im vorliegenden Beteiligungsbericht reduziert auf wesentliche Positionen.

Das Betriebsergebnis liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im Finanzergebnis sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das gewöhnliche Geschäftsergebnis ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das außerordentliche Ergebnis den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i. d. R. ungewöhnlich hoch sind, wie z. B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das Jahresergebnis – Jahresüberschuss oder –fehlbetrag – ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

2. Überblick über die Beteiligungen des Landkreises Greiz

2.1 Rechtsformen

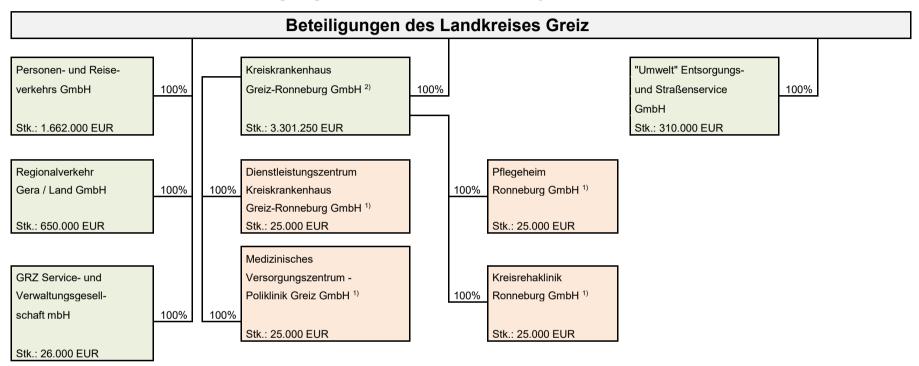
Die hoheitlichen bzw. wirtschaftlichen Aufgaben des Landkreises Greiz werden in folgenden Rechtsformen durchgeführt:

juristische Person des Privatrechts (GmbH)

Die GmbH ist immer organisatorisch, wirtschaftlich und rechtlich selbständig. Die Haftung beschränkt sich gemäß § 13 (2) GmbHG auf das Vermögen der Gesellschaft (entspricht § 73 (1) Nr. 3 ThürKO). Ihre Organe sind der oder die Geschäftsführer, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung. Die Aufgaben und Kompetenzen der Organe sind im HGB, GmbHG, AktG und den Gesellschaftsverträgen geregelt. Die GmbH wird durch den oder die Geschäftsführer gerichtlich und außergerichtlich vertreten (§ 35 GmbHG).

2.2 Beteiligungsübersicht im Geschäftsjahr 2023

Beteiligungsübersicht im Geschäftsjahr 2023



Stk. = Stammkapital

% - Angabe = Beteiligung am Stammkapital

¹⁾ Tochtergesellschaften der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH.

²⁾ Mit Vollzug der Fusion der Kreiskrankenhaus Ronneburg - Fachklinik für Geriatrie GmbH auf die Kreiskrankenhaus Greiz GmbH firmiert die Gesellschaft unter "Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH". Die Tochtergesellschaften der ehemaligen Kreiskrankenhaus Ronneburg - Fachklinik für Geriatrie GmbH sind nun Tochtergesellschaften der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH.

2.3 Grundlegende Daten 2023

	Bezeichnung	Gründung/Beurkundung	Handelsregister B Amtsgericht Jena	Stammkapital EUR	Geschäftsführer
1.	Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH	09.06.1993	205474	3.301.250	Herr Ralf Delker Herr Clemens Schmitz
2.	MVZ Greiz, 100 %-ige Tochter der KKH Greiz- Ronneburg GmbH ¹	08.05.2007	501557	25.000	Herr Ralf Delker
3.	Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH, 100 %-ige Tochter der KKH Greiz-Ronneburg GmbH	20.03.2020 5	512748	25.000	Herr Ralf Delker
4.	Kreiskrankenhaus Ronneburg – Fachklinik für Geriatrie GmbH	verschmolzen zum 01.01.2022 mit der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH zur Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg			
5.	Pflegeheim Ronneburg GmbH, 100 %-ige Tochter der KKH Greiz-Ronneburg GmbH	12.01.2000	208234	25.000	Herr Clemens Schmitz Herr Ralf Delker
6.	Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH 100 %-ige Tochter der KKH Greiz-Ronneburg GmbH	17.10.2019	516643	25.000	Herr Clemens Schmitz Herr Ralf Delker
7.	Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz (PRG)	23.01.1991	201511	1.662.000	Herr Dr. Stefan Meißner
8.	Regionalverkehr Gera / Land GmbH (RVG)	23.11.1992	202722	650.000	Herr Dr. Stefan Meißner
9.	GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH	28.01.2003	209759	26.000	Herr Dr. Stefan Meißner
10.	"Umwelt" Entsorgungs- und Straßenservice GmbH	03.07.1990	200743	310.000	Herr Jochen Eidner

 $^{\rm 1}$ Genaue Bezeichnung – Medizinisches Versorgungszentrum – Poliklinik Greiz GmbH

2.4 ausgewählte Kennzahlen 2023

Kennzahlen Unternehmen	PRG	RVG	GRZ Service	KKH Greiz- Ronneburg	DLZ	MVZ Greiz	Pflege- heim Ronneburg	Kreisreha- klinik	Umwelt GmbH
G & V - Daten	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Umsatz	8.003	5.400	903	63.119	2.645	3.650	3.294	0	6.329
Personalaufwand	4.840	3.686	813	40.308	2.328	3.021	2.338	0	2.845
Materialaufwand	2.341	1.216	0	16.322	7	76	1.044	0	661
Bilanz									
Anlagevermögen	2.344	2.106	26	55.596	0	541	110	0	2.653
bilanziertes Eigenkapital	1.151	219	127	41.717	251	36	1.787	20	4.022
Verbindlichkeiten	3.382	3.050	83	8.074	194	980	1.212	0	1.013
Bilanzsumme	5.318	3.525	243	84.441	563	1.281	3.210	21	5.182
Sonstige									
Bilanzielle EK-Quote (%) (EK ohne Sonderposten)	22	6	52	49	45	3	56	96	78
Beschäftigte (Durchschnitt)	96	70	14	626	91	56	56	0	67

3. Ausführungen zu den einzelnen Unternehmen

3.1 Krankenhäuser des Landkreises Greiz

3.1.1 Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH (KKH Greiz-Ronneburg GmbH)

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Kreiskrankenhaus

Greiz-Ronneburg GmbH Telefon: 03661-462110 Wichmannstraße 12 Telefax: 03661-462112

07973 Greiz E-Mail: <u>info@hospital-greiz.de</u>

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 09. Juni 1993 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 205474) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 18. August 2022 (mit notarieller Urkundenrolle Nr. 405/2022 des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 240.3-1515-001/22-GRZ

Organe der Gesellschaft

Krankenhausleitung (Stand 31.12.2023):

Ralf Delker Geschäftsführer Clemens Schmitz Geschäftsführer

Thomas Hedrich Prokurist

Dr. med. Peter Gottschalk Leitender Chefarzt Maria von der Grün Pflegedirektorin

Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2023):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrat

stellv. Vorsitzender Herr Dr. Andreas Hemmann Kreistagsmitglied

weitere Mitglieder Herr Heinz Klügel Kreistagsmitglied

Herr Dr. Robby Schlund Kreistagsmitglied
Herr Dr. Ulli Schäfer Kreistagsmitglied
Herr Andreas Weber Kreistagsmitglied
Herr Udo Brandt Arbeitnehmervertreter
Herr Werner Preißler Arbeitnehmervertreter
Frau Katrin Goller Arbeitnehmervertreter

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2023 Bezüge in Höhe von 2 T€ erhalten (Vj. 3 T€).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2023 beträgt 3.301.250,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen:

Medizinisches Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH -

Poliklinik Greiz GmbH

Prozentualer Anteil: 100 %

Übernommene Stammeinlage: 25.000,00 Euro

Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH

Prozentualer Anteil: 100 %

Übernommene Stammeinlage: 25.000,00 Euro

Pflegeheim Ronneburg GmbH

Prozentualer Anteil: 100 %

Übernommene Stammeinlage: 25.000,00 Euro

Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH

Prozentualer Anteil: 100 %

Übernommene Stammeinlage: 25.000,00 Euro

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist die Sicherstellung der bedarfsgerechten Krankenhausversorgung der Bevölkerung im Rahmen der Gesetze und rechtlichen Bestimmungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen.

Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art gründen, übernehmen oder sich an solchen Unternehmen beteiligen, wenn ein wirtschaftlicher und organisatorischer Zusammenhang zur Erzielung des Gesellschaftszweckes besteht oder herbeigeführt werden soll. Insbesondere gilt das für Betreiber- und Servicegesellschaften oder anders bezeichnete Gesellschaften, die Hilfs- und Nebenprozesse des Krankenhauses betreiben bzw. Serviceleistungen erbringen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Thüringer Krankenhausplan. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Krankenhaus wird als juristisch selbständige Person in GmbH-Form geführt. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Die Gesellschaft übernimmt Aufgaben mit regionalem und überregionalem Versorgungscharakter. Ziel des Krankenhauses ist die Sicherstellung der gemäß dem Thüringer Krankenhausplan gestellten Aufgaben unter Einhaltung wirtschaftlicher Gesichtspunkte zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet. Die KKH Greiz-Ronneburg GmbH ist innerhalb der Krankenhausplanung des Landes Thüringen eingeordnet und entspricht It. Feststellungsbescheid einem Krankenhaus mit (regional) intermediärem Versorgungscharakter. Mit Wirkung zum 01.01.2022 wurde die Kreiskrankenhaus Ronneburg-Fachklinik für Geriatrie GmbH mit 113 Planbetten und drei Tagesklinikbetten auf die Gesellschaft verschmolzen.

Mit zwei Krankenhäusern an zwei Standorten werden in insgesamt 9 Fachrichtungen stationäre, teilstationäre und ambulante Gesundheitsleistungen erbracht.

Im Rahmen der gesetzlichen Krankenhausplanung ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH am Standort Greiz mit folgenden Fachabteilungen berücksichtigt:

- . Klinik für Innere Medizin 1
- . Klinik für Innere Medizin 2
- . Klinik für Allgemeine, Gefäß- und Viszerale Chirurgie
- . Klinik für Orthopädie und Unfallchirurgie
- . Department Wirbelsäulenchirurgie
- . Klinik für Anästhesie und Intensivtherapie
- . Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe
- . Urologische Klinik
- . Hals-Nasen-Ohren Klinik (Belegabteilung)
- . Klinik für Kinder- und Jugendmedizin

Mit einer Gesamtkapazität von durchschnittlich 256 aufgestellten Betten (Standort Greiz) für die Versorgung, Operieren weitere ambulante stationäre das ambulante und Behandlungsmöglichkeiten erfolgten auf **Basis** eines soliden und breiten Behandlungsspektrums die Sicherstellung und Gewährleistung der medizinischen Versorgung im Landkreis Greiz. Hinzu kommen die laut Feststellungsbescheid zum 7. Thüringer Krankenhausplan aufgestellten 113 Planbetten am Standort Ronneburg.

Die KKH Greiz-Ronneburg GmbH ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband Thüringen und im Akademischen Lehrkrankenhaus des Universitätsklinikums Jena.

Das Krankenhaus ist entsprechend den gesetzlichen Vorschriften von der Körperschaft-, Vermögen-, Gewerbe- und Grundsteuer befreit.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft befindet sich in einem starken Veränderungsprozess. Aufgrund hoher Defizite bis 2019 ist und war eine Sanierung der Gesellschaft unabdingbar. Ziel ist es, die Wirtschaftlichkeit der Klinik nachhaltig wiederherzustellen und dabei jedoch dem sozialverträglichen Anspruch eines kommunalen Hauses gerecht zu werden. Das Restrukturierungsgutachten in Anlehnung an IDW S6 vom 24.04.2020 ist weitgehend umgesetzt.

Der Ausbruch der COVID-19 Pandemie am 11.03.2020, die Energiekrise und die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine haben das Krankenhaus wirtschaftlich nachhaltig verändert und stellen somit eine weitere Herausforderung dar, die es zu bewältigen gilt. Die betriebswirtschaftlichen Folgen der genannten Ereignisse sind für die Zukunft nicht vollumfänglich abschätzbar.

Die Entwicklung des Konzerns war auch 2023 geprägt von der Entwicklung der beiden Krankenhäuser in Greiz und Ronneburg. Im Wesentlichen war das Berichtsjahr von Preissteigerungen u.a. in den Bereichen Energie, medizinischer Bedarf und Löhne betroffen. Die Profitabilität hat sich insbesondere weiter verschlechtert.

Die geplante Krankenhausreform ist eines der Topthemen der Branche. Es wird damit gerechnet, dass sich die wirtschaftliche Situation durch die Krankenhausreform erst in zehn Jahren verbessern wird. Die betriebswirtschaftlichen Folgen aufgrund einer zunehmenden Ambulantisierung sind auch für die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH nicht vollumfänglich abschätzbar. Die Auslastung ist auch im dritten Jahr nach der Corona-Pandemie noch nicht auf dem Niveau davor, sondern vielmehr auf dem Niveau von 2022.

Das Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) ist eine weitere wichtige Säule der Finanzierung von Krankenhäusern und spielte auch 2023 eine wichtige Rolle. Hierdurch werden Investitionen in die digitale Infrastruktur gefördert, um die medizinische Versorgung weiter zu verbessern. Im Zuge der hohen Energiepreise wurden durch die Regelungen des § 26f KHG krankenhausindividuelle Ausgleichszahlungen zum pauschalen Ausgleich mittelbar durch den Anstieg der Energiepreise verursachter Kostensteigerungen für den Zeitraum 01. Oktober 2022 bis zum 30. April 2024 beschlossen. Aufgrund dessen konnte die Gesellschaft im Berichtsjahr staatliche Unterstützungsleistungen in Höhe von 2.156 TEUR in Anspruch nehmen.

2. Geschäftsverlauf

Die Fallzahlen sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Langsam erholen sich die durch die herrschende Corona-Pandemie in den Jahren 2020-2022 fehlenden Krankenhauserlöse am Standort Greiz.

Aus den Ergebnissen der Tarifverhandlungen ergaben sich nicht unerhebliche Belastungen für das Unternehmen. Gemäß TV-Ärzte VKA erhielten die Ärzte im Zuge der Tarifeinigung am 23.05.2023 ein Inflationsausgleichsgeld in Höhe von 2.500 €, welches zur Hälfte im August 2023 ausgezahlt wurde. Darüber hinaus gab es eine Entgelterhöhung um 4,8 % ab dem 01.07.2023. Die Einigung im TVöD vom 22.04.2023 sah eine Erhöhung der Tabellenentgelte um 200 € und anschließend 5,5 % vor. Auch wurde eine Inflationsausgleichsprämie von insgesamt 3.000 € gewährt, welche neben der einmaligen Sonderzahlung in Höhe von 1.240 € mit dem Entgelt für Juni 2023 weitere monatliche Sonderzahlungen zu jeweils 200 € vorsah.

Der Arbeitsmarkt für Ärzte signalisiert keine absehbare Entspannung. Weiterhin besteht das Risiko, Honorarärzte beschäftigen zu müssen. Der Nachbesetzung freiwerdender ärztlicher Stellen wird weiterhin besondere Bedeutung beigemessen. Dennoch ist die Situation im ärztlichen Bereich langfristig als risikobehaftet und kritisch zu beurteilen.

Generell gilt, dass eine Vergleichbarkeit der Bilanzwerte vor dem 01.01.2022 nur schwer möglich ist. Dies ist bedingt durch die Verschmelzung der Kreiskrankenhaus Ronneburg-Fachklinik für Geriatrie GmbH auf die Kreiskrankenhaus Greiz GmbH unter der neuen Bezeichnung Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH.

a) Vermögenslage:

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2023 = 84.441 T€. Das Bruttovermögen entfällt zu 66 % auf das Anlagevermögen und zu 30 % auf das kurzfristige Umlaufvermögen.

Die im Geschäftsjahr 2023 getätigten Investitionen von 5.249 T€ betrafen überwiegend medizinische Einrichtungen und Ausstattungen und Anlagen im Bau.

Das Umlaufvermögen ist insbesondere durch die Position Forderung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (7.306 T€) geprägt, welche im Wesentlichen die Forderungen aus der KHZG-Förderung und zum anderen die Forderungen aus der Abrechnung der Ausgleiche für 2021 bis 2023 enthält.

Das Eigenkapital hat sich erhöht und beträgt zum 31.12.2023 = 41.717 T€. Die Eigenkapitalquote liegt unter Einbeziehung der Sonderposten bei 86,0 %, ohne diese Einrechnung bei 49,0 %.

b) Finanzlage:

Zum Bilanzstichtag 31.12.2023 beträgt die Liquidität der Gesellschaft aus Kassen- und Bankguthaben 10.643 T€. Darin sind zweckgebundene Mittel aus Pauschalfördermitteln in Höhe von 1.797 TEUR enthalten.

Aufgrund der sehr guten Liquidität, auch durch Zahlung der Energiehilfen sowie des verkürzten Zahlungsziels der Krankenkassen von 14 auf 5 Tage, konnten im Geschäftsjahr 2023 die Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen unter Abzug von Skonto bezahlt werden. Insgesamt betrachtet war die Zahlungsfähigkeit des Konzerns zu jeder Zeit gegeben.

c) Ertragslage:

Die DRG-Erlöse sind an beiden Standorten durch den Anstieg des Landesbasisfallwertes sowie die Leistungsausweitungen deutlich im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Langsam erholen sich die durch die Corona-Pandemie in den Jahren 2020-2022 fehlenden Krankenhauserlöse am Standort Greiz. Eine weitere Steigerung der Krankenhauserlöse wurde durch die Schließung eines benachbarten Krankenhauses erzielt. Am Standort Ronneburg konnten im Wesentlichen durch den Fachkräftemangel nicht alle Betten betrieben und somit ausgelastet werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen bei 6.752 T€ und damit über dem Vorjahresniveau.

Zur Bewertung der Ertragslage für das Berichtsjahr werden die Personalaufwandsquote, die Materialaufwandsquote sowie die Umsatzrentabilität in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

		Kennziffern				
Jahr	Personalaufwandsquote %	Materialaufwandsquote %	Umsatzrentabilität %			
2021	58,4	25,5	10,7			
2022	57,6	23,0	9,6			
2023	62,5	23,3	2,7			

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 2.151 T€ auf 40.308 T€ gestiegen. Im Wesentlichen haben die ersten Tarifsteigerungen im TVöD und TV-Ärzte VKA diese massive Steigerung der Personalkosten verursacht. Der Personalstamm konnte am Standort Greiz, gerade im pflegerischen Bereich, weiter aufgebaut werden. Auf Honorarärzte und Aushilfspersonal konnte an beiden Standorten im Berichtsjahr weitestgehend verzichtet werden (24 T€; Vorjahr: 0 T€).

Insgesamt ist der Materialaufwand um 1.359 T€ (9,1 %) gestiegen. Der Anstieg im Bereich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe resultiert im Wesentlichen aus den erhöhten Energiekosten. Die relative Konstanz beim medizinischen Bedarf sowie der Rückgang beim Wirtschaftsbedarf trotz Leistungssteigerungen sind auf verstärkte Auslagerungen von Leistungen auf Dienstleister, im Konzern oder extern, zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 5.535 T€. Die erhöhten Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung sind u.a. durch gestiegene Wartungskosten für Medizin- und Betriebstechnik begründet.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.856 T€ abgeschlossen.

d) Qualitätsmanagement

Im Krankenhaus ist ein Qualitätsmanagementsystem etabliert, dass die Anforderungen des SBG V an ein einrichtungsinternes Qualitätsmanagement, formuliert in der QM-Richtlinie des gemeinsamen Bundesausschusses, voll erfüllt. Im Krankenhaus Greiz-Ronneburg liegen folgende Zertifikate vor:

- Silber Zertifikat "Aktion Saubere Hände"
- Qualitätszertifikat MRE-Netzwerke in Thüringen
- Teilnahme am Krankenhaus-Infektions-Surveillance-System (KISS) HAND-KISS, IST-KISS, MRSA-KISS

Mit der Einführung und Etablierung eines Meldesystems für kritische Ereignisse (CIRS) im Rahmen des Qualitäts- und Risikomanagements leistet das Krankenhaus einen aktiven Beitrag zur Erhöhung der Patienten- und Mitarbeitersicherheit sowie -zufriedenheit und eine strategische Qualitätssicherung aller Abläufe im Krankenhaus. Im jährlich zu erstellenden Qualitätsbericht werden die Vorgaben zum Stand der Umsetzung und Weiterentwicklung des einrichtungsinternen Qualitätsmanagements dokumentiert.

e) Investitionen

Das KKH Greiz-Ronneburg tätigte im Jahr 2023 Investitionen in Höhe von 5.249 T€.

Die Investitionen betrafen im Wesentlichen den Bereich der Digitalisierung des Krankenhauses (KHZG), Medizintechnik und Technische Anlagen. Die Investitionen des Berichtsjahres wurden in Höhe von rd. 36 % über Fördermittel finanziert, im Übrigen aus Eigenmitteln. Zusätzliche Darlehen mussten nicht aufgenommen werden. Investiert wurde u.a. in:

- Computertomograph
- Ultraschallgeräte
- Patienten-Rufanlage letzter Abschnitt
- Netzwerk/W-LAN 1. Abschnitt
- Ausbau des Erdgeschosses (MVZ-Bereich)

Die Aufwendungen für Instandhaltung, Reparaturen und Wartung betrugen im Geschäftsjahr insgesamt 2.551 T€. Davon entfielen 849 T€ auf Medizintechnik, 972 T€ auf Betriebstechnik und 649 T€ auf EDV-Ausstattung.

f) Prognose

Die Budgetverhandlungen für das Jahr 2024 sind terminiert. Durch die Umstrukturierung des DRG-Systems mit der Ausgliederung des Pflegebudgets, durch Auswirkungen der Corona-Krise sowie durch die unklare Entwicklung der Zuweisungen in die Akutgeriatrie ist eine belastbare Prognose der Fallzahlentwicklung nur eingeschränkt möglich.

Durch die stetig älter und multimorbider werdende Bevölkerung, insbesondere durch die Altersstruktur im Landkreis Greiz, ist mit zunehmend steigenden Patientenzahlen zu rechnen. Hier haben die Krankenhäuser bereits ein gut differenziertes Spektrum für die Altersmedizin etabliert.

Durch die zwei Standorte der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH können zukünftig weiter Synergien genutzt werden, um gemeinsam zukunftsweisende Konzepte zur Gesundheitsversorgung weiterzuentwickeln und voranzutreiben. Durch die vernetzte Zusammenarbeit aller Fachbereiche und Standorte wird sich die Leistungsentwicklung positiv beeinflussen lassen.

Für das Jahr 2024 werden sich die Umsatzerlöse durch die Fallzahlsteigerung durch ein erhöhtes Notfallaufkommen und aus einer weiteren Steigerung des Landesbasisfallwertes in Thüringen erhöhen. Die Krankenhauskapazität wird an den Fallzahlen des Jahres 2019 ausgerichtet unter Berücksichtigung des Trends zur Ambulantisierung der Krankenhausleistungen.

Die Geschäftsleitung erwartet im Jahr 2024 trotz der anhaltend hohen Inflationsrate, besonders durch die überproportionale Steigerung von Energiekosten und massiven Tarifsteigerungen im TVöD ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Unterstützungsleistungen im Energiekostenbereich sind bereits bis April 2024 zugesagt.

Die angekündigte Reform der Krankenhausvergütung und -planung wird ausdrücklich begrüßt. Diese Reform wird das Unternehmen für die nächsten 5 Jahre beschäftigen (Konvergenzphase).

g) Chancen

Mit Bewilligung und Auszahlung der Fördergelder bezüglich des Krankenhauszukunftsgesetzes im Jahr 2022 und folgende wird die Digitalisierung der Gesellschaft realisiert und weiter vorangetrieben. Hieraus ergeben sich neben einer Qualitätssteigerung und Prozessoptimierung auch viele neue Chancen im Marketingsektor.

Die Technologien von Telemedizin und auch der Einsatz von künstlicher Intelligenz werden die Patientenversorgung grundlegend in den nächsten Jahren verändern. Bei der Rechnungsprüfung oder im Personalwesen wird die KI verstärkt zur Prozessoptimierung eingesetzt werden. Die zunehmende Verfügbarkeit großer Datenmengen ermöglicht zudem gezielte Bedarfsanalysen und eine stärkere individualisierte Medizin.

h) Risiken

Ein weiteres Risiko – neben den finanziellen Rahmenbedingungen für die Krankenhausfinanzierung im Jahr 2024 – ist in der Wettbewerbssituation des Krankenhauses am Standort Ronneburg mit Blick auf das unter Umständen rückläufige Zuweisungsverhalten eines Hauptzuweisers zu sehen.

Der Fachkräftemangel stellt in der Gesundheitsbranche weiterhin ein Risiko dar und führt dazu, dass die Schere zwischen dem Pflegebedarf und der Verfügbarkeit von Pflegekräften in der Krankenhausbranche wächst. Die Gesellschaft arbeitet vor diesem Hintergrund verstärkt am Personalrecruiting und der Personalbindung.

Die deutschen Verbraucherpreise sind wegen höherer Energiekosten weiter auf einem sehr hohen Niveau, wie seit langem nicht mehr. Die Gesellschaft hat sich in einem gewissen Umfang Energiekontingente preislich gesichert. Die weiterhin hohe Inflationsrate resultiert aus der seit 2022 herrschenden Russland-Ukraine-Krise sowie des seit 2023 begonnenen Israel-Hamas-Krieges. In den folgenden Jahren werden weitaus höhere Energiekosten auf die Gesellschaft zukommen.

Zwischen dem Bedarf an Investitionsmitteln der Krankenhäuser und der Zuweisung von öffentlichen Fördermitteln des Landes Thüringen klafft nach wie vor eine große Lücke. Um bei den medizinischen Entwicklungen Schritt halten zu können und gegenüber regionalen Wettbewerbern am Krankenhausmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben, zeigt sich zunehmend ein voranschreitendes Erfordernis zur Ausstattung mit modernster, kostenintensiver Medizin- und IT-Technik sowie zur Tätigung von Ersatzinvestitionen für Gebäude und Ausstattung bei Verschleiß. Aus diesem Risiko der Finanzierungslücke ergibt sich ein Zwang, Reserven aus dem laufenden operativen Ergebnis zu rekrutieren, um die Investitionen aus Eigenmitteln tätigen zu können.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Die aktuelle Liquidität entwickelt sich laut Planung leicht positiv. Liquiditätsrisiken sind aufgrund der vorausschauenden Planung derzeit nicht vorhanden. Die Geschäftsführung geht von einer stabilen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für das Jahr 2024 aus.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023-31.12.2023 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Meier und Kossen GmbH, Wildeshausen, geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

4. Ausgewählte Kennziffern der KKH Greiz-Ronneburg GmbH¹

Hinweis: Zum 01.01.2022 erfolgte die Fusion beider Krankenhäuser unter dem neuen Namen KKH **Greiz-Ronneburg GmbH!**

Bilanz	2021 T€	2022 T€	2023 T€	Veränderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	36.904	55.697	55.596	- 101
Umlaufvermögen	14.229	28.526	25.232	- 3.294
Eigenkapital Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	14.689 30.134	39.861 32.167	41.717 30.782	1.856 - 1.385
Verbindlichkeiten	6.091	10.953	8.074	- 2.879
Bilanzsumme	54.513	87.752	84.441	- 3.311
Dilanzaumine	34.313	07.702	07.771	- 3.311
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	49.919	65.729	63.119	- 2.609
sonstige betriebliche Erträge	2.827	2.838	6.752	3.914
Personalaufwand	29.085	38.158	40.308	2.150
Materialaufwand	12.691	14.964	16.322	1.358
Abschreibungen	3.135	4.690	5.331	641
sonstiger betrieblicher Aufwand	5.338	7.494	9.506	2.012
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33	45	139	94
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	81	14	25	11
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	4.947	6.314	1.856	- 4.458
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ³	82	81	85	4
Beschäftigte Ø	463	608	626	18
Fallzahlen (Absolut)	9.070	10.992	10.711	- 281
Umsatz je Beschäftigten (T€)	108	108	112	4
Personalaufwand je Fall (T€)	3,2	3,5	3,8	0,3
Materialaufwand je Fall (T€)	1,4	1,4	1,5	0,1

 ¹ Rundungsdifferenzen möglich
 ² Erlöse aus Krankenhausleistung, aus Wahlleistung, aus ambulanten Leistungen und Nutzungsentgelten der Ärzte Veränderung aufgrund Anwendungen nach § 277 HGB (BilRUG)
 ³ Eigenkapital / Gesamtkapital, wobei der Sonderposten aus Zuwendungen in das Eigenkapital mit eingerechnet wurde

3.1.1.1 Medizinisches Versorgungszentrum – Poliklinik Greiz GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Medizinisches Versorgungszentrum -

Poliklinik Greiz GmbH Telefon: 03661-462110
Wichmannstraße 12 Telefax: 03661-462112
07973 Greiz E-Mail: info@mvzgreiz.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 08. Mai 2007 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 501557) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 23.02.2023 (mit notarieller Urkundenrolle Nr. 131/2023) des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 240 – 1515.01 – 001/06 – GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2023):

Ralf Delker Geschäftsführer Claudia Krüger Ärztliche Leiterin

Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2023):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrat

stellv. Vorsitzender Herr Dr. Andreas Hemmann Kreistagsmitglied

weitere Mitglieder Herr Heinz Klügel Kreistagsmitglied

Herr Dr. Robby Schlund Kreistagsmitglied
Herr Dr. Ulli Schäfer Kreistagsmitglied
Herr Andreas Weber Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2023 keine Bezüge erhalten (Vj. keine Bezüge).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2023 beträgt 25.000,00 Euro. Die Gesellschaft wird als 100%-iges Tochterunternehmen in den Konzernabschluss der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH einbezogen.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb medizinischer Versorgungszentren im Sinne des SGB V zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen und aller hiermit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten sowie die Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringern der Krankenhausbehandlung und der Vorsorge und Rehabilitation und nichtärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebots und der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen, wie die integrierte Versorgung.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen. Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art gründen, übernehmen oder sich an solchen Unternehmen beteiligen, wenn ein wirtschaftlicher und organisatorischer Zusammenhang zur Erzielung des Gesellschaftszweckes besteht oder herbeigeführt werden soll. Insbesondere gilt das für Betreiber- und Servicegesellschaften oder anders bezeichnete Gesellschaften, die Hilfs- und Nebenprozesse des Krankenhauses betreiben bzw. Serviceleistungen erbringen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Medizinische Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH – Poliklinik Greiz GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem Gesellschaftsvertrag. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Medizinische Versorgungszentrum – Poliklinik Greiz GmbH (im folgenden MVZ Greiz) wurde gegründet, um gemeinsam mit interessierten niedergelassenen Ärzten der Region und interessierten Krankenhausärzten die Möglichkeiten von fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen durch Bereitstellung personeller und materieller Ressourcen zu erleichtern. Wartezeiten und Wege für die Patienten sollen sich verkürzen. Mit dieser Gesellschaft soll vor allem die ambulante Versorgung im Landkreis in der Zukunft unterstützt und verbessert werden. Wichtige Aspekte sind des Weiteren positive Auswirkungen auf die Auslastung des Krankenhauses am Standort Greiz sowie die optimale Nutzung der vorhandenen Ressourcen und Technik.

Das MVZ Greiz wird als juristisch selbständige Person in GmbH - Form geführt. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das deutsche Gesundheitssystem unterliegt einem anhaltenden Wandel. Äußere Rahmenbedingungen im ambulanten Gesundheitssektor sind im Wesentlichen:

- Die Gesetzgebung,
- Die demografischen Effekte bei Patienten und Personal sowie
- Die gesellschaftlich notwendige Optimierung und Konzentration von Prozessen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das MVZ werden entscheidend von der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen vorgegeben.

Die Herausforderung im Wettbewerb mit anderen stationären und ambulanten Gesundheitsdienstleistern liegt vor allem darin, qualitativ hochwertige Angebote medizinischer Leistungen vorzuhalten, sich den Gegebenheiten gesetzlicher Natur bzw. im Sinne von Optimierung bereits bestehender Strukturen, anzupassen und sich vorhandener Stärken und Schwächen bewusst zu werden.

Medizinische Versorgungszentren werden perspektivisch ihre Stellung in der Gesundheitsversorgung weiter ausbauen und ein wichtiger Bestandteil der ambulanten Patientenversorgung sein.

Das MVZ schafft für das Kreiskrankenhaus Greiz wesentliche Voraussetzungen, um im Schnittstellenbereich zwischen der ambulanten und stationären Versorgung agieren zu können und Synergieeffekte zu generieren.

2. Geschäftsverlauf

Das MVZ Greiz umfasst per 31.12.2023 die folgenden Fachbereiche:

- Hausärzte (Allgemeinmedizin, Innere Medizin)
- Neurologie
- Urologie
- Kardiologie
- Chirurgie
- Neurochirurgie
- Nuklearmedizin

Das MVZ war im Geschäftsjahr 2023 in zwei MVZ-Zentren gegliedert. Insgesamt werden 7,75 Arztstellen (Vorjahr: 9) an den Standorten Ärztehaus Greiz und die Poliklinik Greiz-Ronneburg vorgehalten. Im Vergleich zum Vorjahr ist festzustellen, dass die Fallzahlen, trotz Sitz-Reduzierung um durchschnittlich 1,25 Sitze, relativ konstant blieben.

Jahr	Fallzahlen
2018	56.378
2019	54.590
2020	43.995
2021	40.155
2022	31.976
2023	31.924

Im Geschäftsjahr 2023 wurde zum 01.01.2023 ein Hausarztsitz im Umfang von 0,75 durch eine Fachärztin für Innere Medizin besetzt. Zum 01.12.2023 wurde der Arztsitz für Kinder- und Jugendmedizin in Greiz vakant. Die Nachbesetzungsfrist dafür beträgt 6 Monate und kann bei Bedarf um weitere 6 Monate verlängert werden.

Der Chirurgische Sitz in Schleiz konnte an die fidelus Nord MVZ GmbH veräußert werden.

Im November 2023 gelang es dem MVZ sich bei einer Ausschreibung eines halben Nuklearmedizinischen Sitzes durch die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen gegen 3 Bewerber durchzusetzen und den ausgeschriebenen halben Sitz für das MVZ zu akquirieren.

Im August 2023 begannen die Umbaumaßahmen zum 2. Bauabschnitt im Erdgeschoss des Haupthauses des Kreiskrankenhauses Greiz-Ronneburg, welche im 1. Quartal 2024 abgeschlossen sein werden.

Im Geschäftsjahr 2023 verzichtete die Gesellschafterin zur Beseitigung der bilanziellen Überschuldung des MVZ auf die Rückzahlung von Forderungen in Höhe von 1.022 T€. Darüber hinaus waren keine Unterstützungen zur Bestandserhaltung durch die Gesellschafterin erforderlich. Dem MVZ war es möglich, alle Verbindlichkeiten aus dem aktuellen Jahr an das Krankenhaus zu begleichen.

a) Vermögenslage:

Die bereinigte Bilanzsumme beträgt 1.281 T€ zum 31.12.2023 und ist im Vergleich zum Vorjahr um 41 T€ gestiegen.

Den Investitionen von 34 T€ stehen Abschreibungen von 141 T€ und Anlageabgänge in Höhe von 70 T€ gegenüber. Das Anlagevermögen verringerte sich um 177 T€ und liegt zum 31.12.2023 bei 541 T€.

Das Umlaufvermögen ist im Vergleich zum Vorjahr um 218 T€ gestiegen und beträgt zum Bilanzstichtag 739 T€. Dies resultiert im Wesentlichen aus höheren Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und einem gestiegenen Bankenbestand. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen bis zum 31.12.2023 mit 88 T€.

b) Finanzlage:

Die Liquidität ist weiterhin geprägt durch die monatlichen Abschlagszahlungen der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen in Höhe von 124 T€ (Stand: Dezember 2023) sowie die mit zeitlichem Versatz erfolgten Restzahlungen von 100 T€ pro Quartal.

Der Bestand an liquiden Mitteln ist stichtagsbezogen von 17 T€ auf 167 T€ gestiegen.

Die Muttergesellschaft hat die Rückzahlung der zum Bilanzstichtag 31.12.2023 gegenüber der Gesellschafterin bestehenden Verbindlichkeiten in Höhe eines Betrages von 852 T€ bis zum 31.12.2024 gestundet.

Das MVZ hat wie im Vorjahr bei Kreditinstituten keine Kredite für Betriebsmittel oder Investitionen aufgenommen. Die Liquidität war zu jeder Zeit gegeben.

c) Ertragslage:

Im Berichtsjahr 2023 wurden im MVZ Greiz 31.924 Patienten behandelt. Das sind 52 weniger als im Vorjahr. Die Erlöse aus ambulanten Leistungen in Höhe von 2.366 T€ basieren wie in den Vorjahren auf von der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen vergüteten Leistungen aus monatlichen Abschlagszahlungen bzw. Restzahlungen. Die Restzahlungen für das 3. und 4. Quartal des Geschäftsjahres erfolgen jeweils im Folgejahr. Weitere Erlösbestandteile bestehen aus der Beteiligung von Ärzten (164 T€) sowie aus sonstigen Umsatzerlösen (1.120 T€).

Die Personalaufwendungen betragen 3.021 T€ und liegen, aufgrund von Neueinstellungen im Bereich Physio- und Ergotherapie sowie im ärztlichen Bereich, über dem Vorjahresniveau (2.682 T€).

Ergebnissteigernd haben sich die im Berichtsjahr geringeren sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 161 T€) sowie höhere sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (+ 13 T€) ausgewirkt.

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresgewinn in Höhe von 1.022 T€ (Vj. - 170 T€) und damit oberhalb des im Lagebericht des Vorjahres erwarteten ausgeglichenen Jahresergebnisses ab.

Zur besseren Veranschaulichung der Ertragslage sind die letzten 3 Jahre in der Tabelle dargestellt:

		Kennziffern				
Jahr	Personalaufwandsquote %	Materialaufwandsquote %	Umsatzrentabilität %			
2021	88,0	17,0	- 19,2			
2022	88,1	1,5	- 5,6			
2023	84,0	2,1	28,4			

d) Qualitätsmanagement

Neben den Krankenhäusern sind auch Praxen in Medizinischen Versorgungszentren zur Einführung eines einrichtungsinternen Qualitätsmanagementsystems gesetzlich verpflichtet. Die grundsätzlichen Anforderungen werden durch die Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses (QM-RL) definiert. Das Medizinische Versorgungszentrum - Poliklinik Greiz GmbH – ist mit seinen Strukturen und Prozessen in das bestehende Qualitätsmanagementsystem des Mutterunternehmens eingebunden und erfüllt damit die gesetzlichen Anforderungen.

e) Investitionen

Im Geschäftsjahr 2023 wurden Investitionen in Höhe von 34 T€ (Vorjahr: 167 T€) getätigt. Davon entfielen 30 T€ auf Einrichtungen und Ausstattungen sowie 4 T€ auf Immaterielle Wirtschaftsgüter.

Die Investitionen erfolgten mit Eigenmitteln.

f) Prognose

Für das kommende Jahr wird weiterhin eine positive Entwicklung angestrebt, die Zusammenarbeit mit den anderen medizinischen Einrichtungen soll ausgebaut und die Dienstleistungen kontinuierlich verbessert werden.

Nach erfolgreich abgeschlossenem 2. Bauabschnitt im Erdgeschoss des Greizer Klinikums werden im Jahr 2024 wieder ambulante physiotherapeutische Leistungen angeboten. Zusätzlich werden dort weitere Praxis- und Therapieräume für die Patienten der Schmerzsprechstunde des Krankenhauses entstehen. Die neurochirurgische Praxis des MVZ wird zukünftig auch in den neuen Räumen tätig sein. Durch die Zusammenlegung dieser Bereiche entstehen deutliche Benefits für die ambulante Versorgung der Patienten des Schmerz- und Rückenzentrums.

Ein weiterer Schwerpunkt für das MVZ wird in den nächsten Jahren in der Ausbildung von ärztlichem Personal liegen. Geplant sind hierfür der Ausbau der im MVZ vorhandenen Weiterbildungsermächtigungen, um auch zukünftig die Nachfolge von altersbedingt ausscheidenden Ärzten zu sichern.

Gleichzeitig wird die Ausbildung von Medizinischen Fachangestellten forciert, um auch hier die zukünftigen Mitarbeiter aus den eigenen Reihen rekrutieren zu können. Der Fokus des MVZ liegt weiterhin auf der Bereitstellung einer hochwertigen medizinischen Versorgung. Durch die kontinuierliche Zusammenarbeit mit der Muttergesellschaft kann der Patientenstamm weiter stabilisiert und neue Patienten gewonnen werden.

Für das Geschäftsjahr 2024 plant die Gesellschaft konstante Umsatzerlöse und ein ausgeglichenes Ergebnis.

g) Chancen

Medizinische Versorgungszentren sind als Leistungserbringer in der vertragsärztlichen Versorgung inzwischen etabliert und haben sich als ein wichtiges Bindeglied bei der Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung erwiesen.

Die Ambulantisierung, d.h. die Verlagerung von stationären zu ambulanten Behandlungen, eröffnet dem MVZ verschiedene Möglichkeiten zur Stärkung der Position und zur Verbesserung der Versorgung in unserer Gemeinschaft. Damit entsteht eine Flexibilisierung an die demografischen Veränderungen der Gesellschaft hin zu einer an die Bedürfnisse einer älter werdenden Bevölkerung ausgerichteten Versorgung.

Aus Sicht des Krankenhauses ermöglicht das MVZ eine stärkere Kooperation mit dem ambulanten Sektor, die Sicherung bisheriger bzw. Erzielung zusätzlicher Einnahmen, die Verbesserung der Wettbewerbssituation gegenüber Mitbewerbern im stationären Bereich sowie die verstärkte Kooperation mit niedergelassenen Ärzten zur Optimierung der Patientenversorgung.

h) Risiken

Der Gesundheitsmarkt unterliegt einer starken Reglementierung. Risiken werden im Wesentlichen durch die Gesundheitspolitik bestimmt. Neue Gesetzesbestimmungen in immer kürzeren Zeitabständen und vakante Sachverhalte führen zu einer verminderten Planungssicherheit. Bei nicht genügender Refinanzierung der Leistungen ergeben sich direkte Einflüsse auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die Gesellschaft befindet sich in einer angespannten Ertrags- und Liquiditätssituation. Am 17.06.2019 sagte die Gesellschafterin auf der Grundlage des Beschlusses des Kreistages Greiz vom 28.11.2017 dem MVZ ein verzinsliches Darlehen über 1.300 T€ zu. Das Darlehen ist gemäß dem Nachtrag zur Darlehenszusage vom 14.04.2020 auf unbefristete Zeit verlängert.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Muttergesellschaft durch liquiditätssichernde und kapitalerhaltende Maßnahmen auch künftig den Bestand der Gesellschaft sichern wird. Sollte das Mutterunternehmen diese Unterstützung einstellen, ist der Fortbestand der Gesellschaft gefährdet.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH. Wildeshausen, Meier Kossen geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu dem Ergebnis, dass keine Gründe zur Beanstandung vorlagen. Im Bestätigungsvermerk verweist die Meier und Kossen GmbH auf die Ausführungen der gesetzlichen Vertreter in Abschnitt "II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" des Anhangs und Abschnitt "C3. Risikobericht" im Lagebericht, in denen ausgeführt wird, dass sich die Gesellschaft in einer angespannten Ertrags- und Liquidationssituation befindet. Wie dort dargelegt, deuten diese Ereignisse und Gegebenheiten zusammen mit den anderen aufgeführten Sachverhalten auf das Bestehen einer wesentlichen Unsicherheit hin, die Gesellschaft zur bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Fortführung Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann und die ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellt.

4. Ausgewählte Kennziffern der MVZ Greiz GmbH¹:

Bilanz	2021 T€	2022 T€	2023 T€	Veränderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	940	719	541	- 178
Umlaufvermögen Nicht durch Eigenkapital	640	521	740	219
gedeckter Fehlbetrag	816	986	0	- 986
Eigenkapital Verbindlichkeiten (ohne	0	0	36	36
Rückstellungen)	2.165	2.076	980	- 1.096
Bilanzsumme	2.398	2.226	1.281	- 945
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	3.224	3.245	3.650	405
Personalaufwand	2.679	2.682	3.021	339
Materialaufwand	517	45	76	31
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 584	- 170	1.022	1.192
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)	0	0	3	3
Beschäftigte Ø	53	44	56	12

 ¹ Rundungsdifferenzen möglich
 ² Erlöse aus Kassenärztlichen Leistungen, Nutzungsentgelte der Ärzte und Umsatzerlöse nach BilRUG

3.1.1.2 Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH

 Wichmannstraße 12
 Telefon:
 03661-462110

 07973 Greiz
 Telefax:
 03661-462112

E-Mail: info@hospital-greiz.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft ist entstanden durch die Veräußerung der Gesellschaftsanteile der Daseinsvorsorge Greiz GmbH an die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH sowie daran anschließend die Änderung des Gesellschaftszweckes und des Gesellschaftsvertrages. Das Unternehmen ist beim Amtsgericht Jena (HRB 512748) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 23. Februar 2023 (mit notarieller Urkundenrolle Nr. 133/2023 des Notariats Peter Orth).

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2023):

Ralf Delker Geschäftsführer

Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2023):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrat

stellv. Vorsitzender Herr Dr. Andreas Hemmann Kreistagsmitglied

weitere Mitglieder Herr Heinz Klügel Kreistagsmitglied

Herr Dr. Robby Schlund Kreistagsmitglied
Herr Dr. Ulli Schäfer Kreistagsmitglied
Herr Andreas Weber Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2023 keine Bezüge erhalten (Vj. keine Bezüge).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2023 beträgt 25.000,00 Euro. Die Gesellschaft wird als 100%-iges Tochterunternehmen in den Konzernabschluss der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH einbezogen.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens sind Dienst- und Beratungsleistungen für die Einrichtungen der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH einschließlich deren Tochtergesellschaften, welche erforderlich sind, um den Versorgungsauftrag des Gesellschafters – die bedarfsgerechte Krankenhausversorgung der Bevölkerung – zu erfüllen, einschließlich aller Leistungen zur Verwaltung, zum Erhalt und zum Betrieb des Anlagevermögens der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH nebst den Tochtergesellschaften. Hierzu zählen zum Beispiel das Facility Management, Catering, technische und hauswirtschaftliche Dienstleistungen sowie Verwaltungsdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen, darunter die Lieferung von Strom und Gas einschließlich der damit verbundenen Nebenleistungen.

Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem Gesellschaftsvertrag. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH (im folgenden DLZ) wurde gegründet, um die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere von Glas- und Gebäudereinigung im Gesundheitswesen, von Hol- und Bringediensten/ Transportdiensten, die Müllentsorgung sowie alle infrastrukturellen Dienstleistungsbereiche für die Unternehmen der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH abzudecken. Das DLZ wird als juristisch selbständige Person in GmbH - Form geführt.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Trotz der herausfordernden Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der allgemeinen gesamtwirtschaftlichen Situation in Deutschland hat sich die Spezialisierung von modernen infrastrukturellen Versorgungsleistungen im Sozial- und Gesundheitsmarkt, wie Unterhalts- und Gebäudereinigung, Serviceleistungen in der Versorgung der Fachabteilungen und Sonderleistungen im Sozial- und Gesundheitssektor, bewährt und bietet der DLZ eine gute betriebswirtschaftliche Perspektive.

Die Personalveränderungen im gewerblichen Unternehmensbereich werden ausschließlich nur flexibel und auftragsabhängig getätigt und entschieden. Damit wird erreicht, dass eine hohe Flexibilität innerhalb der Personalkostenstrukturen aufrechterhalten werden kann sowie der Personalkostenanteil am Umsatz sich im budgetierten Rahmen bewegt und kontrolliert wird.

2. Geschäftsverlauf

Das Dienstleistungszentrum kann auf ein positives Geschäftsjahr 2023 zurückblicken.

Die Umsätze liegen 594 TEUR über dem Vorjahr. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die im Berichtsjahr erfolgte Ausweitung von Dienstleistungen für die Muttergesellschaft am Standort Ronneburg zurückzuführen.

Das Dienstleistungszentrum übernimmt die Reinigungstätigkeiten, die Speisenlogistik, Tätigkeiten der Versorgungsassistenten, die Bettenaufbereitung sowie den Hol- und Bringdienst im Mutterunternehmen sowie bis zum 31.12.2023 in der Sternbach-Klinik Schleiz GmbH.

Die sonstigen Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegen bei 273 TEUR. Hier sind im Wesentlichen die Managementleistungen zwischen der Dorfner GmbH & Co. KG erfasst.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Jahresergebnis von 26 TEUR erzielt.

a) Vermögenslage:

Die Bilanzsumme liegt bei 563 T€. Die Gesellschaft besitzt kein nichtbetriebsnotwendiges Anlagevermögen. Stille Reserven sind in den aktivierten Vermögensgegenständen nicht vorhanden. Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 44,6 % (Vj. 45,6 %). Die übrigen Finanzmittel resultieren aus kurzfristigen, laufenden Verbindlichkeiten und Rückstellungen. Es ist festzustellen, dass die wirtschaftliche Lage zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes als gut zu beurteilen ist.

b) Finanzlage:

Zur Durchführung der laufenden Verträge mit allen Kunden werden überwiegend Ver- und Gebrauchsartikel eingesetzt, die im laufenden Monat jeweils aufgezehrt werden. Alle Geschäftsbeziehungen zu den Stammlieferanten konnten weiter erhalten werden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist es der Geschäftsleitung gelungen, das Unternehmen aus Eigenmitteln im laufenden Geschäftsbereich zu finanzieren. In 2023 war es nicht notwendig, kurzfristige finanzielle Spitzenbelastungen durch die Inanspruchnahmen von kurzfristigen Bankkrediten abzudecken. Alle Verbindlichkeiten sind durch Eigenmittel in der Liquiditätssteuerung beglichen wurden.

Der Bestand an liquiden Mitteln liegt stichtagsbezogen bei 274 T€ (Vj. 360 T€).

c) Ertragslage:

Die Umsätze liegen im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 2.645 T€. Das entspricht einer Umsatzrendite von 1,5 % (Vj. 4,9 %). Die Umsatzentwicklung im Geschäftsjahr kann durchaus als sehr gut bewertet werden.

Dieser Trend soll in den Folgejahren weiter anhalten. Die DLZ hat das Ziel, sich durch qualitativ sehr gute Dienstleistungen in den Gebäudediensten weiter zu behaupten und einen wirtschaftlichen Beitrag in der Kreiskrankenaus Greiz-Ronneburg Unternehmensgruppe zu leisten

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegen bei 274 T€ (Vj. 196 T€). Hier sind im Wesentlichen die Managementleistungen zwischen der Dorfner GmbH & Co. KG und Versicherungen erfasst. Die Personalaufwendungen liegen bei 2.328 T€ (Vj. 1.704 T€). Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Jahresergebnis von 26 T€ (Vj. 99 T€) erzielt.

d) Qualitätsmanagement

entfällt

e) Investitionen

entfällt

f) Prognose

Für die kommenden Jahre schätzt die Geschäftsleitung eine positive Entwicklung der Gesellschaft ein. Die weitere Entwicklung im Markt und hier im Versorgungssegment zeigt, dass nur die Dienstleister eine echte Chance auf Wachstum und Ertrag haben, die ihre Spezialisierungen weiter vorantreiben und die Personalkosten im Verhältnis zum jeweiligen Umsatz weiter optimieren.

g) Chancen

Die hohen Qualitätsansprüche werden durch Qualitätskontrollen durchgesetzt, sowohl beim Lieferanten als auch in den eigenen Geschäftsräumen.

h) Risiken

Für das Unternehmen sind keine Marktrisiken durch konjunkturabhängige Investitionszyklen vorhanden. Die internen Aufgaben und Geschäftsprozesse werden sorgfältig gesteuert und sind daher weniger risikobehaftet.

Das DLZ hat unterschiedliche nationale Gesetze zu beachten. Daraus können sich für Rechtsgeschäfte etwa bei der Gestaltung von Verträgen Risiken ergeben, die die Gesellschaft nach Bedarf durch Rechtsberater bewältigt.

Der wirtschaftliche Erfolg der Gesellschaft ist in hohem Maß von Engagement und Know-how des externen Managementdienstleisters, der Firma Dorfner GmbH & Co. KG, abhängig. Ziel ist es daher, qualifizierte Fach- und Führungskräfte für das Unternehmen weiter zu entwickeln und zu gewinnen, sie erfolgreich zu integrieren und dauerhaft zu binden. Die Managementleistungen werden extern noch bis zum 31. Mai 2024 von der Fa. Dorfner GmbH & Co. KG geführt. Die Eingliederung der Managementleistungen für das Dienstleistungsunternehmen in die Muttergesellschaft wird im Laufe des Jahres 2024 erfolgen. Dies ermöglicht eine Optimierung der Prozesse und die Vereinheitlichung der Konzernbuchhaltung sowie Integration der

Abrechnung im Personalmanagement, was zu einer effizienteren Betriebsführung führen kann. Es besteht derzeit temporäre geringe Personalknappheit.

Die Gesamtbeurteilung der Risiken sowie des eingesetzten Risikomanagementsystems ergab, dass die vorhandenen Risiken begrenzt und überschaubar sind und das Risikomanagement effizient ist.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm. Forderungsausfälle liegen nicht vor. Zudem besteht eine langjährige Zusammenarbeit mit dem Hauptkunden, der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg Unternehmensgruppe.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Meier und Kossen GmbH, Wildeshausen, geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu dem Ergebnis, dass keine Gründe zur Beanstandung vorlagen.

4. Ausgewählte Kennziffern der DLZ Greiz-Ronneburg GmbH¹:

Bilanz	2021 T€	2022 T€	2023 T€	Veränderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	0	0	0	0
Umlaufvermögen	329	496	562	66
Eigenkapital Verbindlichkeiten (ohne	127	226	251	25
Rückstellungen)	130	164	194	30
Bilanzsumme	329	496	563	67
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	1.527	2.052	2.645	593
Personalaufwand	1.227	1.704	2.328	624
Materialaufwand	0	12	7	- 5
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	100	99	26	- 73
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)	39	46	45	- 1
Beschäftigte Ø	55	64	91	27

 ¹ Rundungsdifferenzen möglich
 ² Erlöse aus Kassenärztlichen Leistungen, Nutzungsentgelte der Ärzte und Umsatzerlöse nach BilRUG

3.1.1.3 Pflegeheim Ronneburg GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Pflegeheim Ronneburg GmbH Telefon: 036602-55200 Dr.-Gehlmann-Straße 3 Telefax: 036602-55209 07580 Ronneburg E-Mail: info@pflegeheim-

Ronneburg.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 12. Januar 2000 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 208234) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 11. Oktober 2022 (Urkundenrolle Nr. 786/2022 des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 204.4 – 1511 – 002/99

Organe der Gesellschaft

Pflegeheimleitung (Stand 31.12.2023):

Dipl.-Kfm. Clemens Schmitz Geschäftsführer Dipl.-Kfm. Ralf Delker Geschäftsführer Thomas Hedrich Einzelprokura Thomas Pampel Heimleiter

Pflegedienstleiterin Doreen Friedrich

Die Geschäftsführer sind vom Verbot der Selbstkontrahierung (§ 181 BGB) befreit. Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2023):

Vorsitzende: Frau Martina Schweinsburg Landrat

stelly. Vorsitzender Herr Dr. Andreas Hemmann Kreistagsmitglied

Herr Andreas Weber weitere Mitglieder Kreistagsmitglied

> Kreistagsmitglied Herr Heinz Klügel Herr Dr. Robby Schlund Kreistagsmitglied Herr Dr. Ulli Schäfer Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2023 Bezüge in Höhe von 0 € erhalten (Vj. 600 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2023 beträgt 25.000,00 Euro.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Pflegeheimes mit der Aufgabe der vollstationären Pflege und der Tagespflege von Pflegebedürftigen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen.

Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Pflegeheim Ronneburg GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Thüringer Landespflegeplan. Die unter "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Pflegeheimes mit der Aufgabe der vollstationären Pflege und der Tagespflege von Pflegebedürftigen. Die Gesellschaft wurde durch Bescheid vom 31.05.2001 des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit in den 4. Thüringer Landespflegeplan mit einer Bettenkapazität von 50 vollstationären Dauerpflegeplätzen aufgenommen. Mit Nachtrag zum Versorgungsvertrag vom 25.02.2013 wurde der Versorgungsauftrag ab dem 01.02.2013 von 50 auf 76 vollstationäre Pflegeplätze erhöht. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 68 Nr. 1a AO und ist entsprechend den gesetzlichen Vorschriften von der Körperschaft-, Gewerbe-, Umsatz- und Grundsteuer befreit.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftlich, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Branche der stationären Altenpflege bewegt sich zunehmend im Spannungsfeld der Demographie und der gesetzgeberischen Vorgaben. Einerseits ist auf Grund der zunehmenden Alterung der Gesellschaft, insbesondere in Thüringen, der Bedarf an stationärer Pflege hoch mit ansteigender Tendenz. Andererseits ist durch den Mangel an Pflegefachkräften die Kapazität an Heimplätzen limitiert. Zudem verteuern gesetzgeberische Regularien wie Tarifbindung und Betreuungsschlüssel die Kosten enorm. Die Begrenzung des Eigenanteils an den pflegebedingten Aufwendungen durch den Leistungszuschlag der Pflegekassen, den es seit 2022 gibt, gelingt durch die stärker steigenden Kosten nicht, der Preisanstieg für Pflegeheimbewohner wird dadurch nur gedämpft. Die Warteliste der Gesellschaft ist umfangreich, sodass freie Kapazitäten normalerweise zeitnah vergeben werden können.

Teilweise können Anfragen von Angehörigen zu einem Heimplatz nicht positiv beschieden werden, da die Pflegebedürftigen keinen Hausarzt mitbringen, der in das Pflegeheim kommt. Einen Kooperationsvertrag mit einem Hausarzt abzuschließen, der das Heim exklusiv betreut, ist bisher nicht gelungen, obwohl seit 2019 Pflegeheime dazu gesetzlich verpflichtet sind. Die zuständige Kassenärztliche Vereinigung wurde diesbezüglich bereits angemahnt.

Der Pflegezustand der Bewohner ist zunehmend anspruchsvoller.

Im Jahr 2023 wurde im Bereich der Pflegefachkräfte die Absicherung nur durch Leiharbeitnehmer weiter sichergestellt. Die Zusammenarbeit mit Vermittlern von Arbeitskräften aus dem Ausland wurde 2023 intensiviert.

2. Geschäftsverlauf

Wesentlich wurde das Jahr 2023 durch die Nachwirkungen der Corona-Pandemie geprägt. Belastend kam hinzu, dass die sich abzeichnenden Kostensteigerungen nicht in den Pflegesatz hineinverhandelt werden konnten. Kosten werden bei den Pflegesatzverhandlungen im Bereich der Pflegeheime erst retrospektiv in den Pflegesätzen berücksichtigt.

Im Berichtszeitraum von 2023 wurde das Pflegeheim durchgehend mit 76 Betten betrieben. Das verfolgte Konzept der ortsnahen Versorgung pflegebedürftiger Bewohner durch gut ausgebildete Mitarbeiter hat sich bewährt.

Im Jahr 2023 waren alle Stellen gemäß Verhandlungen mit den Pflegekassen fachgerecht besetzt, wenn auch hier auf kostenintensive Leihkräfte zurückgegriffen werden musste. Die Mitarbeiter des Unternehmens haben einen erheblichen Anteil an der hohen Auslastung des Pflegeheims. Die Beschäftigungstherapie wird von einem Team aus Ergotherapeuten und Betreuern durchgeführt.

Im Ergebnis hat sich die Gesellschaft bei der Auslastung planmäßig entwickelt. Die betrieblichen Erträge konnten entsprechend gesteigert werden, denen aber höhere Kostensteigerungen, u.a. für externe Pflege- und Betreuungskräfte, gegenüberstanden. Dies begründet somit einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 237 T€.

a) Vermögenslage:

Das Anlagevermögen betrug zum Bilanzstichtag 109 T€ (Vj. 104 T€). Die Veränderung des Anlagevermögens resultiert im Wesentlichen aus den planmäßigen Abschreibungen. Die Investitionen in Höhe von 28 T€ betrafen Einrichtung und Ausstattung.

Das Eigenkapital beläuft sich auf 1.787 T€ (Vj. 2.024 T€) und hat sich infolge des Jahresfehlbetrages um 237 T€ verringert.

b) Finanzlage:

Die Pflegeheim Ronneburg GmbH ist finanziell unabhängig. Es bestehen keine langfristigen Verbindlichkeiten. Ausgewiesene Verbindlichkeiten bestehen ausschließlich aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Das Pflegeheim kann sich durch seine erzielten Erträge selbst finanzieren. Die Zahlungsfähigkeit war während des Berichtszeitraumes jederzeit gegeben.

c) Ertragslage:

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 27.059 Berechnungstage erbracht (Vj. 26.791). Die Auslastung lag bei rund 98 %. Damit wurden folgende Erlöse (in T€) erzielt:

Jahr	Erträge aus Pflege	Unterkunft & Verpflegung	Investitions- kosten	Sonstige Erlöse	Gesamt
2021	1.928	642	191	331	3.092
2022	1.988	655	168	264	3.075
2023	2.449	652	169	23	3.293

Im Ergebnis wurde im Geschäftsjahr 2023 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 237 T€ erzielt. Der Personalaufwand liegt bei 2.338 T€ und damit 173 T€ über dem Vorjahresniveau. Die Mehrkosten resultieren aus einer Gehaltserhöhung und einer Weihnachtsgratifikation an die Mitarbeiter. In der Gesellschaft waren durchschnittlich 54 Mitarbeiter beschäftigt. Die Sachkosten liegen bei 1.044 T€. Der Anstieg begründet sich durch gestiegene Wasser-, Energie- und Brennstoffkosten sowie für erhöhte Verpflegungsaufwendungen.

d) Qualitätsmanagement

entfällt

e) Investitionen

entfällt

f) Prognose

Das Geschäftsjahr 2024 ist bezüglich der Belegung auf gleich hohem Niveau angelaufen. Für 2024 ist mit einem positiven Ergebnis zu rechnen. Auf Grund der zu erwartenden Personal- und Sachkostensteigerungen und der Retrospektivität der Pflegesatzverhandlungen ist kein Ergebnis wie in den Jahren vor 2021 zu erreichen.

g) <u>Chancen</u>

Die durchschnittlich sehr hohe Auslastung des Pflegeheimes ist praktisch nicht mehr steigerbar. Unvermeidliche Kostensteigerungen sowohl der Sach- und Personalkosten müssen daher über den Pflegesatz erwirtschaftet werden.

h) Risiken

Aufgrund der demografischen Entwicklung werden auch zukünftig Heimplätze nachgefragt werden. Damit ist die Auslastung der 76 Plätze gewährleistet. Das erforderliche Pflegepersonal ist eingestellt. Die größte Herausforderung besteht darin, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten. Bezüglich des Eigenanteils der Bewohner an den Heimkosten ist das Pflegeheim im Mittelfeld der konkurrierenden Heime aufgestellt.

Problematisch wäre eine grundsätzliche Veränderung des Leistungsspektrums der Pflegeversicherung, insbesondere wenn die Zahlbeträge der Pflegeversicherung gekürzt und der Eigenanteil der Bewohner weiter deutlich erhöht werden müsste.

Neben der Anwerbung von Pflegefachkräften aus dem Ausland ist der Schwerpunkt dahingehend zu legen, jungen Menschen Ausbildungsplätze und damit das Berufsfeld Altenpflege als attraktiven Arbeitsplatz anzubieten. Derzeit werden 9 Auszubildende beschäftigt.

Risiken für eine Bestandsgefährdung des Pflegeheimes sind grundsätzlich nicht erkennbar.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Aufgrund des bestehenden Wettbewerbs zwischen Pflegeheimen und betreuten Wohnanlagen könnten sich Auswirkungen auf die künftige Auslastungssituation der Gesellschaft ergeben. Die Geschäftsführung geht infolge des guten Pflegeangebotes der Gesellschaft von keinen entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken aus.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 - 31.12.2023 von der Meier & Kossen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Beanstandungen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind geordnet.

4. Ausgewählte Kennziffern der Pflegeheim Ronneburg GmbH¹:

Bilanz	2021	2022	2023	Änderung zum
	T€	T€	T€	Vorjahr
Anlagevermögen	1.793	104	110	6
Umlaufvermögen	1.777	3.346	3.097	- 249
Eigenkapital	2.146	2.024	1.787	- 237
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	1.214	0	0	0
Verbindlichkeiten	109	1.537	1.212	- 325
Bilanzsumme	3.574	3.611	3.210	- 401
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse²	3.092	3.075	3.294	219
sonstige betriebliche Erträge	113	181	396	215
Personalaufwand	1.912	2.165	2.338	173
Materialaufwand	760	888	1.044	156
Abschreibungen	148	85	23	- 62
sonstiger betrieblicher Aufwand	108	117	268	151
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	300	- 122	- 237	- 115
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)³	94	56	56	0
Beschäftigte Ø	50	60	56	- 4
Pflegetage vollstationär	26.644	26.791	27.059	268
Umsatz je Pflegetag vollstationär (€)	116	115	122	7
Umsatz je Beschäftigten (T€)	62	51	59	8

Rundungsdifferenzen möglich

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² Umsatzerlöse (alles außer Zuschüsse und sonstige betriebliche Erträge)

³ Eigenkapital / Gesamtkapital, wobei der Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen eingerechnet wurden.

3.1.1.4 Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH Telefon: 036602-55200
Rudolf-Breitscheid-Platz 1 Telefax: 036602-55209
07580 Ronneburg E-Mail: post@krankenhaus-

Ronneburg.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 17. Oktober 2019 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 516643) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 11. Oktober 2022 (Urkundenrolle Nr. 787/2022 des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 240.1 – 1515 – 001/19 – GRZ

Organe der Gesellschaft

Klinikleitung (Stand 31.12.2023):

Dipl.-Kfm. Clemens Schmitz Geschäftsführer
Dipl.-Kfm. Ralf Delker Geschäftsführer
Thomas Hedrich Einzelprokura

Die Geschäftsführer sind vom Verbot der Selbstkontrahierung (§ 181 BGB) befreit. Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2023):

Vorsitzende: Frau Martina Schweinsburg Landrat

Stelly. Vorsitzender Herr Dr. Andreas Hemmann Kreistagsmitglied

weitere Mitglieder Herr Andreas Weber Kreistagsmitglied

Herr Heinz Klügel Kreistagsmitglied Herr Dr. Robby Schlund Kreistagsmitglied Herr Dr. Ulli Schäfer Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2023 keine Bezüge erhalten (Vorjahr: keine Bezüge).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2023 beträgt 25.000,00 Euro.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer geriatrischen Rehabilitationsklinik. Aufgabe der Rehabilitationsklinik ist die Erbringung von Leistungen zur geriatrischen Rehabilitation, die eine stationäre Behandlung, aber keine Krankenhausbehandlung erfordern (§ 111 SGB V).

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen.

Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH soll im Verbund mit der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH die Aufgaben gemäß geltendem Thüringer Krankenhausplan zur stationären Versorgung geriatrischer Patienten erfüllen. Die unter "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit wurde bisher nicht aufgenommen. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer geriatrischen Rehabilitationsklinik mit der Aufgabe der stationären geriatrischen Rehabilitation im Verbund mit der Kreiskrankenhaus Greiz- Ronneburg GmbH.

Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb wurde bisher nicht aufgenommen.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftlich, branchenbezogene Rahmenbedingungen

2. Geschäftsverlauf

Die Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH existiert derzeit nur als Mantel und hat keine wirtschaftliche Tätigkeit.

a) Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt 21 T€ und weist als Aktiva flüssige Mittel in Form eines Bankguthabens in vorgenannter Höhe aus. Die Passiva bilden das gezeichnete Kapital i.H.v. 25 T€ abzüglich eines Bilanzverlustes i.H.v. 4,7 T€ ab. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung gegenüber der Muttergesellschaft bestehen im Berichtsjahr nicht.

b) Finanzlage

Da das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit im Berichtsjahr aufgenommen hat, können keine Angaben zur Finanzlage gemacht werden.

c) Ertragslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1,9 T€ ab. Dabei handelte es sich um sonstige betriebliche Aufwendungen. Es wurde keine operative Geschäftstätigkeit ausgeübt.

d) Qualitätsmanagement

entfällt

e) Investitionen

entfällt

f) Prognose

Die Gesellschaft wird auch im Geschäftsjahr 2024 keine Geschäftstätigkeit aufnehmen.

g) Chancen

Hinsichtlich der Chancen können keine Angaben gemacht werden, da das Unternehmen auch in 2024 keine wirtschaftliche Tätigkeit aufnehmen wird.

h) Risiken

Hinsichtlich der Risiken können keine Angaben gemacht werden, da das Unternehmen auch in 2024 keine wirtschaftliche Tätigkeit aufnehmen wird.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung sowie unter Beachtung der Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 - 31.12.2023 von der Meier & Kossen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Beanstandungen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind geordnet.

4. Ausgewählte Kennziffern der Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH¹:

Bilanz	2021	2022	2023	Änderung
	T€	T€	T€	zum Vorjahr
Anlagevermögen	0	0	0	0
Umlaufvermögen	25	25	21	- 4
Eigenkapital	23	22	20	- 2
Verbindlichkeiten	2	2	0	- 2
Bilanzsumme	25	25	21	- 4
Gewinn- und Verlustrechnung				
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	0
sonstiger betrieblicher Aufwand	0,5	1,1	1,9	0,8
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 0,5	- 1,1	- 1,9	0,8
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ²	93	91	96	5
Beschäftigte Ø	0	0	0	0

¹ Rundungsdifferenzen möglich
² Eigenkapital / Gesamtkapital

3.2 Verkehrs- und Service-Unternehmen

3.2.1 Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz (PRG)

Sitz und Anschrift des Unternehmens

PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz
Geraer Straße 7
Telefon: 03661-70650
Telefax: 03661-706526
07973 Greiz - Gommla
E-Mail: info@prg-greiz.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde aus der Verkehrs GmbH Greiz am 01. Januar 1991 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 201511) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 08. August 2012 (mit notarieller Beurkundung Nr. 959/2012 des Notariats Schwarzer).

Zeichen der Genehmigung: 240.4 – 1515.01 – 1/09 – GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2023):

Dr. Stefan Meißner Geschäftsführer Angela Rose Einzelprokura

Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2023):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrätin

stellv. Vorsitzender Herr Kai Dittmann Kreistagsmitglied

weitere Mitglieder Herr Dr. Bernd Grünler Sachverständiger

Herr Dirk Bergner Kreistagsmitglied
Herr Bodo Scheffel Sachverständiger
Herr Torsten Braun Kreistagsmitglied

Die Vergütung des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2023 betrug 641,88 € (Vj. 550,00 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2023 beträgt 1.662.000,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens sind die Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehren nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar und mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Tankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche, Reisebüro.

Die Tätigkeit erstreckt sich hauptsächlich auf den Nahverkehrsraum Greiz und Zeulenroda. Der Nahverkehrsraum bzw. das zugehörige Liniennetz darf nur mit Zustimmung der Gesellschafter geändert werden.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten. Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit Verkehrsunternehmen bzw. Verkehrsgesellschaften abschließen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Personen- und Reiseverkehrs GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Nahverkehrsplan des Landkreises Greiz. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Unternehmen besteht als juristisch selbständige Person in GmbH - Form. Gegenstand der Gesellschaft sind Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehren nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar und mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Flüssiggastankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche sowie Beratungs- und Servicebüro für Tarifkunden, Vertrags- und Gelegenheitsverkehre.

Kernstück der unternehmerischen Tätigkeit ist der öffentliche Personennahverkehr auf der Grundlage der erteilten 25 Linienkonzessionen (davon 17 Regionallinien) im Landkreis Greiz. Die verbleibenden 8 Stadtlinien sorgen mit der angebotenen Taktzahl für ein ausreichendes ÖPNV–Angebot in den Städten Greiz und Zeulenroda-Triebes. Das Unternehmen unterhält eine unselbstständige Außenstelle in Zeulenroda-Triebes.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der öffentliche Personennahverkehr als Haupteinnahmequelle wird auf der Grundlage der erteilten Linienkonzessionen durchgeführt und ist im Nahverkehrsplan festgeschrieben. Die Gesellschaft erbringt hauptsächlich Verkehrsleistungen nach dem Personenbeförderungsgesetz. Zwischen dem Landkreis Greiz und der PRG gibt es seit dem 01.09.2018 einen öffentlichen Dienstleistungsvertrag (ÖDA) mit einer Geltungsdauer von 10 Jahren. Gegenstand des Vertrages ist die europarechtskonforme Finanzierung des Linienverkehrs im ÖPNV des Landkreises Greiz. Sowohl die Erbringung der durch die PRG angebotenen öffentlichen Personenverkehrsdienste in dem bisherigen qualitativen und quantitativen Umfang als auch der Fortbestand des Unternehmens selbst sind im Wesentlichen von einer zukünftig ausreichenden Finanzierung durch den öffentlichen Auftraggeber abhängig. Die Ausreichung dieser Ausgleichsleistungen erfolgt auf der Grundlage des ÖDA.

Nach den drei vorangegangenen Jahren, welche durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie bzw. den zu ihrer Eindämmung behördlich angeordneten Beschränkungen des öffentlichen Lebens geprägt waren, markiert das Jahr 2023 das Jahr, in welchem die Fahrgastzahlen von Anbeginn wieder das Niveau des Jahres 2019 erreichten bzw. sogar leicht übertroffen haben. Einen wesentlichen Schub hinsichtlich der ÖPNV-Nutzung – auch im Bediengebiet der PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz – leistete zudem die Einführung des sog. "Deutschland-Tickets", welches die deutschlandweite Nutzung des ÖPNV zu einem Preis von 49 € pro Monat ermöglicht. Etwa 11 Mio. Deutschland-Ticket-Abonnements sind bundesweit registriert, wobei allerdings über 90% der Nutzer auch zuvor bereits ÖPNV-Kunden waren und nur aufgrund des niedrigeren Preises gegenüber den zuvor genutzten Tickets zum "Deutschland-Ticket" gewechselt sind (Quelle: VDV-Marktanalyse, 2023).

Darüber hinaus prägten weiterhin die Auswirkungen der Material- und Rohstoffknappheit, eine verfestigte hohe Inflationsrate sowie deutlich ungünstigere Finanzierungsrandbedingungen infolge der zur Eindämmung der Inflation verfolgten Zinspolitik der Europäischen Zentralbank die Branche. Nachdem im Jahr 2022 insbesondere die massiv gestiegenen Energiepreise die Kostenentwicklung bestimmt hatten, so hat sich die Inflation im Berichtsjahr auf alle Bereiche ausgedehnt: Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte, aber auch für Dienstleistungen wurden als Reaktion auf gestiegene Material- und Energiekosten deutlich erhöht; hinzu kommen steigende Personalkosten infolge überdurchschnittlich hoher Entgeltforderungen der Arbeitnehmervertretungen. Es ist absehbar, dass sich das gestiegene Kostenniveau auch mittelfristig verfestigen wird, wenngleich die Energiepreise (insbesondere für Dieselkraftstoff) nach dem Höchststand wieder gefallen sind.

Beide Entwicklungen haben die Finanzlage der Verkehrsunternehmen erheblich belastet. Während es infolge der Einführung des "Deutschland-Tickets" zu einem politisch motivierten Preis von 49 € pro Monat zu einem Rückgang der Fahrpreisniveaus im bundesweiten Durchschnitt um 23% (Quelle: VDV) geführt hat, sind die Kosten für die Leistungserstellung durchschnittlich um 15% gestiegen (Quelle: Statistisches Bundesamt). Allein infolge der Umsetzung des "Deutschland-Tickets" rechnet die Branche für 2023 bundesweit mit Schäden in Höhe von 2,3 Mrd. € und für 2024 mit 4,1 Mrd. €. Eine langfristig gesicherte Finanzierungsperspektive, wie einerseits die Einnahmeausfälle vollständig kompensiert und wie andererseits bei Limitierung des Ticketpreises steigende Kosten ausgeglichen werden sollen, konnte durch den Bund bzw. die Länder (welche das "Deutschland-Ticket" politisch durchgesetzt hatten) bisher nicht geschaffen werden, was die gesamte Branche mit erheblichen Unsicherheiten belastet.

2. Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft schließt den Berichtszeitraum mit einem Jahresergebnis von +291 T€ ab. Damit liegt das Ergebnis deutlich über dem Planansatz 2023 von -393 T€ sowie über dem Vorjahresergebnis von -347 T€. Die positive Entwicklung wird sowohl durch eine deutlich bessere Ertragslage im Linienverkehr als auch durch das deutlich ausgeweitete Engagement im Schienenersatz- und Busnotverkehr getragen. Der Landkreis Greiz hatte der Gesellschaft im Jahr 2022 zur Abmilderung bzw. Überbrückung der Folgen aus der seinerzeitigen "Energieexplosion" ein rückzahlbares Gesellschafterdarlehen in Höhe von 342 T€ gewährt, dessen Tilgung zunächst bis zum 31.12.2024 ausgesetzt ist. Aufgrund der Systematik zur Bemessung der Ausgleichszahlungen ist eine Tilgung des Gesellschafterdarlehens aus positiven Jahresergebnissen ab 2025 möglich.

Sowohl infolge der Einführung des "Deutschland-Tickets" als auch durch Angebotsverbesserungen im Linienverkehr konnten die Fahrgastzahlen gesteigert werden und lagen 2023 über dem Niveau der Beförderungsfälle des Jahres 2019. Damit setzt sich der positive Nachfragetrend im Ergebnis der grundlegenden Angebotsüberarbeitung aus dem Jahr 2018 sowie der seither stetig erfolgten Weiterentwicklungen fort.

Zur Stabilisierung der Geschäftsfelder außerhalb des Linienverkehrs hat insbesondere der Abschluss eines mehrjährigen Vertrags mit der Länderbahn im sog. "Vogtlandnetz" hinsichtlich der Erbringung von Schienenersatz- und Busnotverkehrsleistungen beigetragen. So stiegen die Erträge in den Geschäftsfeldern außerhalb des Linienverkehrs auf 1.524 T€ (Vorjahr: 942 T€) und das Spartenergebnis auf 344 T€ (Vorjahr: 125 T€).

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum Verkehrsleistungen im Umfang von ca. 2.207 Tsd. km (davon 2.059 Tsd. Wagenkilometer im Linienverkehr) erbracht; dies entspricht etwa dem Vorjahresniveau (2.213 Tsd. Wagenkilometer). Grundsätzliche Fahrplananpassungen erfolgten im Jahr 2023 nicht; Ausnahme: Betriebsaufnahme Linie 19 Greiz – Werdau.

Die bereits in den Vorjahren eingeschlagene "Drei-Säulen-Strategie" (Ausbildung und Übernahme von Auszubildenden; externe Besetzung; Qualifizierung von "Quereinsteigern") zur dauerhaften Sicherung des notwendigen Personalbestands hat sich im Hinblick auf die Möglichkeit des Unternehmens, freiwerdende Stellen rechtzeitig und in erforderlichem Umfang besetzen zu können, bewährt.

Zudem besteht mit der durch die GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH betriebene Fahrschule die Möglichkeit, die komplette Betreuung der eigenen Auszubildenden, die Qualifizierung von Quereinsteigern und die gesetzlich notwendigen Schulungsmaßnahmen im Fahrpersonal in eigener Verantwortung flexibel und kostengünstig zu gestalten. Dies stärkt die Position der beiden Verkehrsunternehmen PRG/RVG bei der Gewinnung und Betreuung von Auszubildenden und Interessenten erheblich.

a) Vermögenslage:

Die Bilanzsumme zum 31.12.2023 beträgt 5.318 T€. Der Anteil des die Vermögenslage prägenden Sachanlagevermögens an der Bilanzsumme sank deutlich von 56,2% auf 44,1%, infolge der planmäßigen Abschreibungen, die den Betrag der Investitionen im Berichtsjahr überstiegen; der Netto-Buchwert des Anlagevermögens belief sich zum Bilanzstichtag auf 2.344 T€. Das Anlagevermögen ist unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen vollständig durch Eigenkapital sowie mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt. Der wertmäßige Bestand an Vorräten liegt zum Bilanzstichtag bei 81 T€. Die Höhe der Forderungen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 738 T€. Hierin enthalten sind auch Ausgleichszahlungen für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Anwendung der verbindlich vorgegebenen Tarife "9-Euro-Ticket" und "Deutschland-Ticket" in Höhe von 48 T€.

Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft Investitionen in einem Gesamtumfang von 181 T€ (Vorjahr: 938 T€) getätigt; die im Jahr 2023 bestellten Busse für den Linienverkehr (527,5 T€, davon 73 T€ Fördermittel) wurden erst nach dem Bilanzstichtag ausgeliefert. In den kommenden Jahren wird sich die Investitionstätigkeit – neben den regelmäßigen Ersatzinvestitionen in die Fahrzeugflotte – verstärkt auf notwendige Ersatzinvestitionen im Betriebshof Greiz-Gommla fokussieren, wobei infolge einer immer restriktiveren Förderpolitik des Freistaats Thüringen hierfür in zunehmendem Maße auf Eigenmittel bzw. auf Fremdkapitalfinanzierung zurückgegriffen werden muss, wodurch die Verschuldung und Zinslast des Unternehmens absehbar ansteigen wird.

Das Eigenkapital beträgt 1.151 T€, was einer Quote von 18% entspricht (Vorjahr 21,6%).

b) Finanzlage:

Die Finanzlage des Unternehmens ist stabil.

Auf die zunächst nicht abschätzbare Liquiditätsentwicklung im Zusammenhang mit der Einführung des "Deutschland-Tickets" wurde durch eine strikte Ausgabenkontrolle und ein straffes Forderungsmanagement reagiert. Im Hinblick auf absehbare Rückzahlungsforderungen im Ergebnis der Einführung des "Deutschland-Tickets" wurde liquiditätsseitig entsprechende Vorsorge getroffen. Durch diese Maßnahmen ist es gelungen, die Liquidität der Gesellschaft auch nach der Einführung des "Deutschland-Tickets" vollumfänglich zu sichern.

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 3.382 T€, davon Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten aus der Finanzierung von Investitionen auf rund 1.570 T€ (Vorjahr: 1.240 T€), die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen auf ca. 388 T€ (Vorjahr: 1.192 T€).

Die sonstigen Verbindlichkeiten beliefen sich zum 31.12.2023 auf insgesamt 1.425 T€; hierin enthalten sind auch Verbindlichkeiten infolge zu viel erhaltener Abschlagszahlungen aus dem "ÖPNV-Rettungsschirm Corona/9-Euro-Ticket 2022" sowie nach § 45a PBefG 2023, für welche gegenwärtig noch keine Rückforderung besteht.

Unter Berücksichtigung der mittelfristigen Finanzplanung sowie der geplanten Ein- und Auszahlungen wird die Gesellschaft in der Lage sein, ihren Zahlungsverpflichtungen auch zukünftig fristgerecht nachzukommen.

c) Ertragslage:

Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft Erträge in einer Höhe von insgesamt +9.399 T€ erzielt (Vorjahr: +8.021 T€). Die Umsatzerlöse betrugen 8.003 T€ (Vorjahr 6.381 T€). Die Aufwendungen lagen im Gegenzug bei -9.108 T€ (Vorjahr: -8.368 T€). Das Jahresergebnis der PRG beträgt damit im Jahr 2023 +291 T€ (Vorjahr: -347 T€).

Den überwiegenden Anteil der im Sinne des § 8 (4) Satz 2 PBefG eigenwirtschaftlichen Erlöse bilden die Fahrgeldeinnahmen im Linienverkehr. Im Berichtszeitraum betrugen diese +2.577 T€, was gegenüber dem Vorjahr einen deutlichen Anstieg bedeutet. Diese Entwicklung ist einerseits darauf zurückzuführen, dass das Jahr 2023 nicht mehr von COVID-19-bedingten Nachfragerückgängen beeinträchtigt war und andererseits beim "Deutschland-Ticket" durch die PRG den Fahrgästen eine sehr einfache sowie flächendeckend zugängliche – und in der Folge sehr reichweitenstarke – Vertriebslösung angeboten wurde; etwa 20% der Deutschland-Ticket-Kunden der PRG wohnen nicht im Bediengebiet der Gesellschaft. Dennoch gehen mit der Anwendung des Tarifs "Deutschland-Ticket" erhebliche Einnahmeausfälle einher, welche durch den Bund bzw. den Freistaat Thüringen ausgeglichen werden. Für das Jahr 2023 betragen die Ausgleichsleistungen +1.009 T€, wovon nach dem Bilanzstichtag noch offene Forderungen in einer Höhe von +47,7 T€ bestehen.

Die Umsatzerlöse beinhalten auch die Erträge mit Zuschusscharakter (Ausgleichszahlungen des Aufgabenträgers auf der Grundlage des ÖDA in einer Höhe von +3.173 T€

(Vorjahr: +2.312 T€). Ausgleichszahlungen wurden für die ermäßigte Schülerbeförderung (vgl. § 45a PBefG) in einer Höhe von +434 T€ (Vorjahr: +1.028 T€) gewährt, wobei der Rückgang darauf zurückzuführen ist, dass nach der Umstellung der Schülerbeförderung auf "Deutschland-Tickets" diese nicht mehr nach § 45a PBefG erstattungsfähig sind. Hier werden ersatzweise Ausgleichszahlungen entsprechend der "Richtlinie Deutschlandticket ÖPNV Thüringen 2023" gewährt. Darüber hinaus wurden Ausgleichszahlungen für die unentgeltliche Schwerbehindertenbeförderung (vgl. § 231 SGB IX) in einer Höhe von +76 T€ gewährt (Vorjahr: +56 3Tsd. EUR).

Da das Unternehmen aufgrund seines Charakters als Versorgungsunternehmen nicht in der Lage ist, durch eigene Einnahmen aus Umsatzerlösen die Kosten zu decken, waren öffentliche Ausgleichszahlungen erforderlich, um eine bedarfsgerechte Verkehrsbedienung im öffentlichen Personennahverkehr zu sichern:

- in T€ -	2021	2022	2023
Ausgleichsleistungen entsprechend Öffentlichem Dienstleistungsauftrag ab 01.09.2018	2.317	2.312	3.173
darin enthalten: Finanzhilfen des Landes	659	775	838
Sonderhilfe "Kraftstoffkosten"	0	305	217
Corona-Ausgleichszahlungen für Schäden in Betriebszweigen außerhalb des ÖPNV	335	0	0
Ausgleichszahlungen des Landes (§ 45a PBefG; §§ 228 ff. SGB IX)	999	1.084	510
Ausgleichszahlungen aus dem "ÖPNV-Corona- Rettungsschirm" Thüringen (Mittelfluss)			
- für 2020	135	1	0
- für 2021	0	727	205
- für 2022	0	677	568
Ausgleichszahlungen Deutschlandticket für 2023	0	0	962
Gesamt	3.786	5.106	5.635

Der Personalaufwand enthält Aufwendungen für Löhne und Gehälter in Höhe von 4.007 T€ (Vorjahr: 3.848 T€) sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung in Höhe von 833 T€, davon für Altersversorgung in Höhe von 7 T€ (Vorjahr: 7 T€).

Der Materialaufwand betrug im Berichtszeitraum -2.341 T€ (Vorjahr: -1.991 T€). Während die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (im Wesentlichen Dieselkraftstoff und Ersatzteile) gegenüber dem Vorjahr sanken und der Aufwand für bezogene Leistungen im Linienverkehr etwa gleichbleibend war, ist der Anstieg maßgeblich auf die im Umfang erheblich ausgeweiteten Leistungen im Schienenersatz-/Busnotverkehr zurückzuführen, wofür auch in nennenswertem Umfang Nachauftragnehmer gebunden wurden.

d) Qualitätsmanagement

Die Qualität der Leistungserbringung im Bereich des Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG wird durch den Aufgabenträger auf Grundlage des ÖDA einer regelmäßigen Kontrolle unterzogen. Eingehende Anregungen bzw. Beschwerden werden im Rahmen des unternehmensinternen Qualitätsmanagements systematisch erfasst und ausgewertet sowie die Notwendigkeit organisatorischer, betrieblicher, technischer oder personeller Maßnahmen untersucht und bei Erfordernis auch umgesetzt. In sämtlichen Fällen erfolgt eine Rückmeldung an den Beschwerdeführer als integraler Bestandteil einer aktiven Kundenbindung.

e) <u>Investitionen</u>

Die seit 2018 forcierte Strategie planmäßiger, sukzessiver Ersatzinvestitionen wurde fortgesetzt, wobei die Auslieferung der bestellten neuen Linienbusse (ein Standard- und ein Großraumbus) erst im Februar 2024 erfolgte. Der Bestand an Bussen im Linienverkehr beläuft sich auf nunmehr 48 Fahrzeuge (Durchschnittsalter: 9,9 Jahre (Vorjahr: 9,7 Jahre) wovon 77% barrierefrei sind. Infolge der restriktiven Investitionsförderung seitens des Freistaats Thüringen konnte das ursprünglich geplante Beschaffungsprogramm (drei Busse) nicht vollständig umgesetzt werden; mittel- bis langfristig reicht die Neubeschaffung von zwei Bussen pro Jahr nicht aus, um den Investitionsbedarf im Fuhrpark zu decken.

Ein Großteil der Investitionstätigkeit im Berichtsjahr steht im Zusammenhang mit der Einführung des "Deutschland-Tickets" (Soft- und Hardwarekomponenten sowie Kontrolltechnik; Investitionsvolumen: 91,7 T€), wobei die PRG auch für die anderen im Landkreis Greiz tätigen Verkehrsunternehmen die Ausstellung von "Deutschland-Tickets" als Dienstleister übernimmt. Die Finanzierung erfolgt zu einem Großteil über die gewährten Umrüstungspauschalen (im Zusammenhang mit den Ausgleichsleistungen für das "Deutschland-Ticket").

Weitere Anschaffungen betrafen die bereits im Jahr 2022 begonnene Implementierung einer Software für die Bestellung und Koordinierung von Rufbus-Leistungen (68,6 T€), Werkstattausrüstung (9,2 T€), Büro- und Geschäftsausstattung/IT-Technik (4,6 T€) sowie für Fahrgastinformationssysteme in Bussen (3,5 T€).

f) Prognose

Zum 01.09.2018 trat ein neuer öffentlicher Dienstleistungsauftrag (ÖDA) in Kraft. Dieser hat eine aktualisierte Kalkulation der Aufwendungen und Erlöse für die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Grundlage und gewährleistet somit eine auskömmliche, zugleich aber auch den beihilferechtlichen Bestimmungen genügende Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Verkehrsleistungen. Sämtliche Genehmigungen nach PBefG wurden der PRG für 10 Jahre erteilt, somit besteht Planungssicherheit hinsichtlich der Auftrags- und Geschäftsgrundlage. In enger Abstimmung mit dem Aufgabenträger wurde zum 13.08.2018 ein neues Angebots- und Fahrplankonzept umgesetzt. In der Folge gelang es, die Fahrgastzahlen zu stabilisieren bzw. zu steigern. Das Angebotskonzept, welches eine Verdichtung und Systematisierung (Vertaktung, verbesserte Anschlüsse zwischen Bus und Zug) im Stadtverkehr sowie zwischen den zentralen Orten beinhaltet, soll beibehalten und bedarfsgerecht weiter ausgebaut werden. Dies umfasst u.a. die Einrichtung einer neuen durchgehenden Verbindung Greiz – Reudnitz – Fraureuth – Werdau unter Beteiligung des benachbarten Aufgabenträgers LK Zwickau sowie die Ausweitung des Bedienzeitraums auf den Linien Greiz – Zeulenroda und Greiz – Reichenbach zur Anpassung an die Schichtzeiten bei größeren Gewerbestandorten.

Für Bedienräume mit einer dünn und dispers besiedelten Raumstruktur, welche in der Folge auch unter tendenziell schwacher Nachfrage leiden, sollen weitgehend bedarfsorientierte Bedienformen eingeführt werden, welche einerseits hinreichend den Anforderungen an die Daseinsvorsorge genügen, andererseits aber auch eine strikte Ausrichtung an der

Verkehrsnachfrage zu einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit dieser Verkehre führen. Außerhalb der Zeiten des Schulverkehrs existiert innerhalb des Bedienraums weder ein festgelegter Linienverlauf noch ein fester Fahrplan; vielmehr können die Fahrgäste den Rufbus innerhalb des angebotenen Bedienzeitraums (ca. 08-18 Uhr) mit einem zeitlichen Vorlauf von mindestens einer Stunde zu jeder beliebigen Zeit bestellen. Grundlage hierfür ist die Novelle des PBefG aus dem Jahr 2021, welche hierfür die neue Betriebsform des "Linienbedarfsverkehrs" (§ 44 PBefG) vorsieht.

Das im Dezember 2021 eingeführte Pilotprojekt rund um die Stadt Elsterberg sowie die zur Stadt Greiz gehörenden Ortsteile im Vogtländischen Oberland verläuft sehr zufriedenstellend, so dass eine Ausweitung dieses Betriebskonzepts auf weitere Gebiete – zunächst im Umfeld der Städte Zeulenroda-Triebes und Auma-Weidatal sowie der Gemeinde Langenwetzendorf – vorgesehen ist.

g) Chancen

Es ist davon auszugehen, dass sich aufgrund der unternehmensübergreifenden Nutzbarkeit des "Deutschland-Tickets" neue Reiseketten herausbilden werden. Insbesondere wird die tarifliche Durchlässigkeit zwischen Zug und Bus deutlich einfacher und kostengünstiger; vielfach können Fahrgäste bei einer kombinierten Nutzung von Zug und Bus von erheblichen Reisezeitvorteilen profitieren. Dies wird auf den Hauptachsen zwischen den zentralen Orten und in den Stadtverkehren die ÖPNV-Nachfrage absehbar begünstigen. Aufgrund der absehbaren Veränderungen im Verkehrsmittelwahlverhalten erwartet die Gesellschaft trotz insgesamt steigender Nachfrage zunächst eine Abnahme der Verkehrsleistung aufgrund geringerer Reiseweiten, die mit den Bussen der Gesellschaft infolge der Kombination verschiedener Verkehrsträger zurückgelegt werden. Dies eröffnet jedoch nunmehr die Möglichkeit, betrieblich und technologisch ungünstige Langläufe von Linien "aufzubrechen" – insbesondere in Nord-Süd-Richtung mit parallelen SPNV-Angeboten – und stattdessen die freiwerdenden Kapazitäten zur Angebotsverdichtung auch nachfrage – bzw. potentialstarken Achsen einzusetzen.

Einen immer breiteren Raum nimmt die Diskussion um die Reduzierung verkehrlich bedingter CO₂-Emissionen ein. Auch im ÖPNV wird – trotz der bereits systembedingt sehr guten, spezifischen Emissionswerte und dem damit verbundenen, vergleichsweise geringen Minderungspotential – aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen (Gesetz über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge) die Umstellung bzw. Umrüstung auf emissionsarme bzw. –freie Antriebe forciert.

Für das Bediengebiet der Gesellschaft existieren derzeit keine geeigneten Fahrzeugkonzepte mit emissionsfreien Antrieben; ein Umstieg auf E-Busse wäre daher mit erheblichen Zusatzkosten (zusätzliche Fahrzeuge aufgrund ladebedingter Standzeiten infolge fehlender Langstreckentauglichkeit, Aufbau der Ladeinfrastruktur an mehreren Standorten, Umrüstung der Werkstatt) verbunden, die für die Gesellschaft nicht zu stemmen sind. Infolge der Zulassung bzw. Anrechnung von synthetischen Kraftstoffen (z.B. HVO100) können die Minderungsziele nunmehr auch bei Fortbestand der bislang genutzten Fahrzeuge bzw. Antriebstechnologien erreicht werden, wodurch der finanzielle Mehraufwand für die Gesellschaft beherrschbar bliebe.

Die Gesellschaft stimmt sich intensiv mit dem Landkreis Greiz als Aufgabenträger, mit benachbarten Aufgabenträgern, aber auch mit den im Einzugsbereich der Gesellschaft aktiven Eisenbahnverkehrsunternehmen und dem Freistaat Thüringen als Aufgabenträger für den SPNV hinsichtlich der Fortentwicklung des Verkehrsangebots ab. So wurden bereits durch die Angebotskonzeption aus dem Jahr 2018 wesentliche Ansätze umgesetzt, die sich nunmehr in der ITF-Rahmenplanung des Freistaats Thüringen wiederfinden, so dass günstige Voraussetzungen für die Etablierung des ITF im Landkreis Greiz bestehen. Insbesondere unter förderrechtlichen Aspekten wird die Integration weiterer dafür geeigneter Linien bzw. Verkehrsangebote in das ITF-Netz bzw. das Netz der "landesbedeutsamen Buslinien" angestrebt.

Die Gesellschaft kann bei der Leistungserstellung auf einen hohen Umfang erfahrener, langjährig im Unternehmen tätiger Beschäftigter zurückgreifen. Personelle Engpässe aufgrund kurzfristiger Fluktuation sind derzeit und auch absehbar nicht zu erwarten. Zudem hat sich die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH im Hinblick auf die Ausbildung von Fahrpersonalen – sowohl im Rahmen der Berufsausbildung als auch bei der Umschulung bzw. Weiterbildung von sog. "Quereinsteigern" – durch Einrichtung eines eignen Fahrschulbetriebs gut aufgestellt.

h) Risiken

Mit der Einführung des "Deutschland-Tickets" wurde ein grundlegender Systemwechsel auf dem Gebiet des ÖPNV vollzogen. Der politisch festgesetzte Höchstpreis für den Nutzer von 49 € pro Monat führte beim Verbrauchspreisindex für den Verwendungszweck "Nahverkehr: Job- und Schülertickets" des stat. Bundesamtes für die Monate April 2023 und Mai 2023 zu einem Rückgang der Erlöskraft im Segment der Zeitkarten um 63%. Der Nutzeranteil an der Finanzierung der Kostendeckung im ÖPNV sinkt erheblich; hinzukommt, dass durch das Prinzip "the seller takes it all" dasjenige Verkehrsunternehmen den kompletten Ticketerlös behält, welches das Ticket verkauft – unabhängig davon, ob der Kunde tatsächlich mit diesem Unternehmen unterwegs ist. Vertriebs- und reichweitenstarke Verkehrsunternehmen großen (insbesondere Eisenbahnverkehrsunternehmen mit deutschlandweiten Vertriebskanälen) haben hier einen Vorteil gegenüber nur lokal agierenden Verkehrsunternehmen. Letztgenannte sind folglich zu einem immer größeren Anteil auf eine Finanzierung durch die öffentliche Hand angewiesen. Die Unternehmensentwicklung und -finanzierung wird folglich immer stärker vom politischen Gestaltungs- bzw. Entscheidungswillen unternehmerische, tatsächlichen abhängig, während die am Marktgeschehen ausgerichtete Verantwortung in den Hintergrund tritt.

Eine mittel- bis langfristig belastbare und vor allem auskömmliche Finanzierungsperspektive seitens des Bundes bzw. des Freistaats Thüringen für das "Deutschland-Ticket" existiert bislang allerdings nicht. Sofern der Bund bzw. die Länder weiterhin nicht gewillt sind, die finanziellen Konsequenzen aus deren politischer Entscheidung zur Einführung des "Deutschland-Tickets" vollumfänglich zu tragen, verbleiben den Verkehrsunternehmen als Reaktionsmöglichkeit zur Begrenzung der Produktionskosten nur der Verzicht auf (Ersatz-)Investitionen und ein konsequenter Abbau von Verkehrsangeboten; dies steht allerdings den Bemühungen um eine ebenfalls politisch gewollte "Verkehrs- und Energiewende" diametral entgegen.

Es bleibt zu konstatieren, dass der kompletten Branche derzeit ein verkehrspolitisches Leitbild bzw. Zielkonzept, verbunden mit einer auch mittel- bzw. langfristig belastbaren Finanzierungsgrundlage, fehlt und daher auch kaum noch unternehmerische Entscheidungen von längerfristiger Tragweite möglich sind.

Eine große Unsicherheit stellt die kurz- bis mittelfristige Preisentwicklung sowie die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Ersatzteilen dar. Die Gesellschaft geht davon aus, dass sich die Inflation zwar verlangsamt, die Verbraucherpreise für Rohstoffe, Waren und Dienstleistungen aber insgesamt auf einem vergleichsweise hohen Niveau verharren. Hinzukommen absehbar steigende Produktionskosten aufgrund der Forderungen der Arbeitnehmervertretungen in Bezug auf Lohnsteigerungen und die Reduzierung von Arbeitsbelastungen. Damit werden sich auch die Kosten für die Leistungserstellung strukturell erhöhen, was sich u.a. in höheren Beförderungstarifen niederschlagen wird.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Die Einführung des sog. "Deutschland-Tickets" im Mai 2023, welches eine unkomplizierte verkehrsmittel- und unternehmensübergreifende Nutzung des ÖPNV in Deutschland ermöglicht, hat erhebliche Auswirkungen auf die Verkehrsnachfrage bzw. das Verkehrsmittelwahlverhalten;

insbesondere die kombinierte Nutzung von Bus- und Bahnangeboten gewinnt an Attraktivität für den Kunden. Hierauf wird die Gesellschaft in enger Abstimmung mit dem Landkreis Greiz als zuständigem Aufgabenträger im Hinblick auf eine noch bessere Vernetzung reagieren.

Für das auf den Berichtszeitraum folgende Geschäftsjahr geht die Gesellschaft von einem ausgeglichenen Ergebnis aus.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 von der FIDAIX GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

4. Ausgewählte Kennziffern der PRG¹:

Dilawa	2021	2022	2023	Änderung
Bilanz	T€	T€	T€	zum Vorjahr
Anlagevermögen	2.476	2.681	2.344	- 337
Umlaufvermögen	2.193	2.088	2.955	867
Eigenkapital	1.206	859	1.151	292
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	324	270	270	0
Rückstellungen	382	435	364	- 71
Verbindlichkeiten	2.692	3.134	3.382	248
Bilanzsumme	4.679	4.770	5.318	548
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	5.799	6.381	8.003	1.622
Personalaufwand	4.231	4.629	4.840	211
Materialaufwand	1.268	1.991	2.341	350
Abschreibungen	628	604	519	- 85
sonstiger betrieblicher Aufwand	1.024	1.107	1.353	246
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	33	28	48	20
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	469	-347	291	638
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)²	33	24	27	3
Beschäftigte Ø	88	94	96	2
Fahrplankilometer LK Greiz (Tkm)³	2.083	2.100	2.051	- 49
Tariferlöse je FPK (€)³	0,90	0,86	1,22	0,36
Materialaufwand je FPK (€)³	0,49	0,64	0,61	- 0,03
Personalaufwand je FPK (€)³	1,93	2,06	2,23	0,17

 ¹ Rundungsdifferenzen möglich
 ² Eigenkapital / Gesamtkapital, wobei der Sonderposten aus Zuwendungen in das Eigenkapital mit eingerechnet wurde
 ³ Betrifft nur öffentlichen Linienverkehr im Landkreis Greiz

3.2.2 Regionalverkehr Gera/Land GmbH (RVG)

Sitz und Anschrift des Unternehmens

RVG Regionalverkehr Gera/Land GmbH Telefon: 0365-824560
Leibnizstraße 74 Telefax: 0365-8245625
07548 Gera E-Mail: info@rvg-gera.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde 23. November 1992 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 202722) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 08. August 2012 (mit notarieller Beurkundung Nr. 956/2012 des Notariats Schwarzer).

Zeichen der Genehmigung: 204.4 – 1515.01 – 001/98 – GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand: 31.12.2023):

Dr. Stefan Meißner Geschäftsführer Angela Rose Einzelprokura

Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2023):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrätin

stellv. Vorsitzender Herr Kai Dittmann Kreistagsmitglied

weitere Mitglieder Herr Dr. Bernd Grünler Sachverständiger

Herr Dirk Bergner Kreistagsmitglied
Herr Bodo Scheffel Sachverständiger
Herr Torsten Braun Kreistagsmitglied

Die Vergütung des Aufsichtsrates im Jahr 2023 betrug 641,88 € (Vorjahr: 550,00 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2023 beträgt 650.000,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens sind die Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehren nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar und mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Tankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche, Reisebüro.

Die Tätigkeit erstreckt sich hauptsächlich auf den Nahverkehrsraum Gera, der im Wesentlichen das Gebiet des Landkreises Greiz und der Stadt Gera umfasst. Der Nahverkehrsraum bzw. das zugehörige Liniennetz darf nur mit Zustimmung der Gesellschafter geändert werden.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten. Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit Verkehrsunternehmen bzw. Verkehrsgesellschaften abschließen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Regionalverkehr Gera/Land GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Nahverkehrsplan des Landkreises Greiz. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem absehbaren Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Unternehmen besteht als juristisch selbstständige Person in GmbH - Form. Die Regionalverkehr Gera/Land GmbH betreibt ein Busunternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs. Gegenstand des Unternehmens sind Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehr nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Tankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche und Reisebüro. Haupttätigkeiten sind insbesondere der Linien- und Schülerverkehr. Die regionalen Linien verbinden zentrale Orte des Landkreises untereinander und mit denen angrenzender Landkreise bzw. mit der Stadt Gera. Zur weiteren Auslastung der Omnibusse werden Leistungen im Vertrags- und Gelegenheitsverkehr erbracht. Die RVG besitzt Genehmigungen für den Betrieb von 15 Regionalverkehrslinien im Landkreis Greiz sowie für zwei Stadtverkehrslinien in Gera.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach den drei vorangegangenen Jahren, welche durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie bzw. den zu ihrer Eindämmung behördlich angeordneten Beschränkungen des öffentlichen Lebens geprägt waren, markierte das Jahr 2023 das Jahr, in welchem die Fahrgastzahlen von Anbeginn wieder das Niveau des Jahres 2019 erreicht bzw. sogar leicht übertroffen haben.

Einen wesentlichen Schub hinsichtlich der ÖPNV-Nutzung – auch im Bediengebiet der RVG Regionalverkehr Gera/Land GmbH – leistete zudem die Einführung des sog. "Deutschland-Tickets", welches die bundesweite Nutzung des ÖPNV zu einem Preis von 49 € pro Monat ermöglicht.

Darüber hinaus prägten weiterhin die Auswirkungen der Material- bzw. Rohstoffknappheit, eine verfestigte hohe Inflation sowie deutlich ungünstigere Finanzierungsrandbedingungen infolge der zur Eindämmung der Inflation verfolgten Zinspolitik der Europäischen Zentralbank die Branche. Waren es 2022 die massiv gestiegenen Energiepreise, die die Kostenentwicklung bestimmten, hat sich die Inflation im Berichtsjahr auf alle Bereiche ausgedehnt. Hinzukommen überdurchschnittlich hohe Entgeltforderungen der Arbeitnehmervertretungen. Es ist absehbar, dass sich das gestiegene Kostenniveau auch mittelfristig verfestigen wird, wenngleich die Energiepreise (insbesondere für Dieselkraftstoff) wieder gefallen sind.

Beide Entwicklungen haben die Finanzlage der Unternehmen erheblich belastet. Durch den festgesetzten Preis für das "Deutschland-Ticket" von 49 € pro Monat kam es zu einem Rückgang des Fahrpreisniveaus im bundesweiten Durchschnitt um 23% (Quelle: VDV) und zeitgleich zu einer Erhöhung der Kosten für die Leistungserstellung um durchschnittlich 15% (Quelle: Statistisches Bundesamt). So rechnet die Branche mit bundesweiten Schäden für 2023 in Höhe von 2,3 Mrd. € und für 2024 mit 4,1 Mrd. €. Da eine langfristig gesicherte Finanzierungsperspektive, wie einerseits die Einnahmeausfälle ausgeglichen und andererseits die steigenden Kosten bei Limitierung des Ticketpreises für das "Deutschland-Ticket" kompensiert werden sollen, fehlt, belastet dies die Branche zusätzlich und führt zu erheblichen Unsicherheiten.

2. Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von +105 T€ ab. Damit liegt das Ergebnis deutlich über dem Vorjahresergebnis (-378 T€) als auch über dem Planansatz für 2023 (-422 T€).

Dabei ist das positive Ergebnis maßgeblich durch eine verbesserte Ergebnislage im Linienverkehr bedingt; zudem tragen die Geschäftszweige "Schienenersatz-/Busnotverkehr" als auch die Sonderformen des Linienverkehrs (§ 43 PBefG) positiv zum Gesamtergebnis bei.

Der Bestand des originären Eigenkapitals beläuft sich zum Bilanzstichtag auf ca. 219 T€ (Vorjahr: 114 T€). Der Landkreis Greiz hatte der Gesellschaft im Jahr 2022 zur Abmilderung bzw. Überbrückung der Folgen aus den seinerzeit massiv gestiegenen Energiepreisen ein rückzahlbares Gesellschafterdarlehen in Höhe von 528,4 T€ gewährt, dessen Tilgung zunächst bis zum 31.12.2024 ausgesetzt ist. Infolge der vertragsgemäß erfolgten Anpassung der Ausgleichsleistungen ist eine Tilgung des Gesellschafterdarlehens aus positiven Jahresergebnissen ab 2025 möglich.

Sowohl infolge der Einführung des "Deutschland-Tickets" als auch durch Angebotsverbesserungen im Linienverkehr konnten die Fahrgastzahlen teilweise erheblich gesteigert werden, wobei die Hauptnachfrage auf den Buslinien 200 (Gera – Münchenbernsdorf) und

203/204 (Gera – Bad Köstritz – Eisenberg/Hermsdorf) liegt. Damit setzt sich der positive Nachfragetrend des Vorjahres fort. Ebenso haben sich die Fahrgastzahlen auf den von der Gesellschaft im Dezember 2019 übernommenen Stadtbuslinien im Gebiet der Stadt Gera (Teilnetz "Bus Gera-Nord") positiv entwickelt. Gemäß den Ergebnissen der aktuellen Verkehrserhebung im Verkehrsverbund Mittelthüringen haben die Beförderungsfälle auf den von der RVG betriebenen Linien um 8,8 % zugenommen, während verbundweit ein entgegengesetzter Trend zu verzeichnen war. In der Konsequenz dieser positiven Entwicklung erhöht sich der Einnahmeanspruch der RVG gegenüber dem VMT-Einnahmepool.

Trotz Kündigung der Verkehrsverträge über die Durchführung der sog. "Seniorenbusse" zum Globus Hermsdorf und des freigestellten Schulverkehrs zum Schwimmsportunterricht in der Stadt Gera lieferten die Geschäftsfelder außerhalb des Linienverkehrs einen positiven Beitrag zum Geschäftsergebnis.

Die Erträge in diesem Bereich betrugen im Berichtsjahr +302 T€ (Vorjahr: +343 T€); das Spartenergebnis liegt bei +119 T€ etwa auf dem Niveau des Vorjahres (+135 T€). Die o.g. Leistungsverluste konnten durch die Ausweitung des Werksverkehrs für die Firma GLS Germany GmbH & Co. KG von Gera zu deren Standorten im Gewerbegebiet Hermsdorf-Ost (ab 09/2023) sowie durch Übernahme von Leistungen im Bereich des Schienenersatz-/Busnotverkehrs kompensiert werden.

a) Vermögenslage:

Die Bilanzsumme zum 31.12.2023 beträgt 3.525 T€. Der überwiegende Teil des Vermögens der Gesellschaft ist in Anlagevermögen gebunden. Der Netto-Buchwert des Anlagevermögens belief sich zum Bilanzstichtag auf 2.106 T€. Das Anlagevermögen ist vollständig durch Eigenkapital sowie mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt. Der wertmäßige Bestand an Vorräten lag zum Bilanzstichtag bei 8 T€. Die Höhe der Forderungen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 701 T€. Hierin enthalten sind u.a. Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG sowie im Zusammenhang mit der Anwendung der verbindlich vorgegebenen Tarife "9-Euro-Ticket" und "Deutschland-Ticket" und nachgelagerte Forderungen aus dem ÖDA. Der Bestand liquider Mittel belief sich zum Bilanzstichtag auf 690 T€.

Das Eigenkapital beträgt 219 T€. Die Eigenkapitalquote liegt bei 6,2 % (Vorjahr 3,1 %).

b) Finanzlage:

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 3.050 T€, wovon der überwiegende Teil auf Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten aus Finanzierungstätigkeiten von Investitionen zurückzuführen ist (1.530 T€). Der Landkreis Greiz hat der Gesellschaft zur Abmilderung bzw. Überbrückung der Folgen aus der Preisentwicklung ein rückzahlbares Gesellschafterdarlehen in Höhe von 529 T€ gewährt, dessen Tilgung zunächst bis zum 31.12.2024 ausgesetzt ist. Aufgrund der Systematik zur Bemessung der Ausgleichszahlungen ist eine Tilgung des Gesellschafterdarlehens aus positiven Jahresergebnissen ab 2025 möglich. Die Finanzlage des Unternehmens ist – auch angesichts der öffentlichen Aufgaben und politischen Entscheidungen – stabil. Auf die zunächst nicht abschätzbare Liquiditätsentwicklung im Zusammenhang mit der Einführung des "Deutschland-Tickets" wurde durch eine strikte Ausgabenkontrolle und ein straffes Forderungsmanagement reagiert. Im Hinblick auf absehbare Rückzahlungsforderungen (z.B. für gewährte Abschläge aus den Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG) im Ergebnis der Einführung des "Deutschland-Tickets" wurde liquiditätsseitig entsprechende Vorsorge getroffen. Durch die Maßnahmen ist es gelungen, die Liquidität der Gesellschaft auch nach Einführung des "Deutschland-Tickets" vollumfänglich zu sichern.

Unter Berücksichtigung der mittelfristigen Finanzplanung sowie der geplanten Ein- und Auszahlungen wird die Gesellschaft in der Lage sein, ihren Zahlungsverpflichtungen auch zukünftig fristgerecht nachzukommen.

c) Ertragslage:

Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft Erlöse in einer Höhe von insgesamt +6.565 T€ (Vorjahr: +6.271 T€). Die Umsatzerlöse betrugen 5.400 T€ (Vorjahr 5.516 T€). Damit sind die Gesamterlöse im Verkehrsbetrieb im Berichtszeitraum um +105 T€ gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

Der Ertragszuwachs ist einerseits – trotz der Einführung des erheblich rabattierten "Deutschland-Tickets" – durch gestiegene Fahrgelderlöse (+1.331 T€; Vorjahr: +1.136 T€) und andererseits durch gestiegene sonstige betriebliche Erträge im Linienverkehr (+1.168 T€; Vorjahr: +653 T€) bedingt, wobei hier im Wesentlichen Ausgleichszahlungen im Zusammenhang mit dem "Deutschland-Ticket" sowie eine erneute "Sonderhilfe" des Freistaats Thüringen zur Abmilderung der gestiegenen Kraftstoffkosten enthalten sind.

Die Erlöse beinhalten auch die Erträge mit Zuschusscharakter (Ausgleichszahlungen des Aufgabenträgers auf der Grundlage des ÖDA in einer Höhe von +3.264 T€ (Vorjahr: +3.008 T€). Ausgleichszahlungen für die unentgeltliche Schwerbehindertenbeförderung (vgl. § 231 SGB IX) wurden in einer Höhe von +36,5 T€ (Vorjahr: 33,9 T€) gewährt. Erheblich gesunken sind jedoch die Ausgleichzahlungen für die ermäßigte Schülerbeförderung (vgl. § 45a PBefG), welche im Berichtsjahr nur noch +270 T€ betrugen (Vorjahr: +682 T€). Grund hierfür ist, dass nach der Umstellung der Schülerbeförderung auf "Deutschland-Ticket" diese nicht mehr nach erstattungsfähig ('Hierfür werden allerdings § 45a PBefG sind ersatzweise Ausgleichszahlungen entsprechend der "Richtlinie Deutschlandticket ÖPNV Thüringen 2023" gewährt).

Da das Unternehmen aufgrund seines Charakters als Versorgungsunternehmen nicht in der Lage ist, durch eigene Einnahmen aus Umsatzerlösen die Kosten zu decken, waren öffentliche Ausgleichszahlungen erforderlich, um eine bedarfsgerechte Verkehrsbedienung im öffentlichen Personennahverkehr zu sichern:

- in T€ -	2021	2022	2023
Ausgleichsleistungen nach Verkehrsfinanzierungs- und Verkehrsqualifizierungsvertrag; ab 01.12.2019 Öffentlicher Dienstleistungsauftrag:	2.977	3.008	3.264
darin enthalten: aus Finanzhilfen des Landes	337	342	409
Sonderhilfe "Kraftstoffkosten"	0	228	174
Corona-Ausgleichszahlungen für Schäden in Betriebszweigen außerhalb des ÖPNV	49	0	0
Ausgleichszahlungen des Landes (§ 45a PBefG; §§ 228 ff. SGB IX)	593	715	306
Ausgleichszahlungen aus dem "ÖPNV-Corona- Rettungsschirm" Thüringen (Mittelfluss)			
- für 2020	14	0	0
- für 2021	0	266	37
- für 2022	0	286	178
Ausgleichszahlungen Deutschlandticket für 2023	0	0	633
Gesamt	3.633	4.503	4.592

Den größten Anteil der betrieblichen Aufwendungen machen Personalaufwendungen sowie die entsprechenden Aufwendungen für die soziale Sicherung/Altersvorsorge aus (ca. 50 % der gesamten Aufwendungen). Die Personalaufwendungen liegen bei 3.686 T€. Weiterhin gilt für die RVG ein mit der Gewerkschaft ver.di verhandelter Tarifvertrag, welcher noch eine Laufzeit bis einschließlich Juni 2024 besitzt und über die Gesamtlaufzeit von zwei Jahren eine Steigerung der Stundenlöhne um +7,4% beinhaltet; hinzu kommen die Gewährung einer "Corona-Prämie" sowie erhöhte Zulagen, z.B. für Nacht- und Wochenendarbeit. Dennoch gingen die Personalaufwendungen insgesamt auf 3.686 T€ (Vorjahr: 3.703 T€) zurück.

Der Materialaufwand betrug im Berichtszeitraum insgesamt 1.216 T€. Damit liegt der Wert unterhalb des Vorjahres (1.522 T€). Die Aufwendungen für Traktionsenergie (Dieselkraftstoff) sanken hierbei auf 809 T€ (Vorjahr: 925 T€), während die übrigen Materialaufwendungen aufgrund der Aufgabe der Tankstelle im Geschäftsjahr 2022 ebenfalls deutlich gesunken sind.

d) Qualitätsmanagement

Die Qualität der Leistungserstellung im Bereich des Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG wird durch den Aufgabenträger auf Grundlage des ÖDA einer regelmäßigen Kontrolle unterzogen. Eingehende Anregungen bzw. Beschwerden werden im Rahmen des unternehmensinternen Qualitätsmanagements systematisch erfasst und ausgewertet sowie die Notwendigkeit organisatorischer, betrieblicher, technischer oder personeller Maßnahmen untersucht und bei Erfordernis auch umgesetzt. In sämtlichen Fällen erfolgt eine Rückmeldung an den Beschwerdeführer als integraler Bestandteil einer aktiven Kundenbindung.

e) Investitionen

Nachdem infolge der Umsetzung des neuen Verkehrskonzepts im Dezember 2019 der notwendige Einsatzbestand an Bussen verringert werden konnte, beläuft sich dieser zum Stichtag 31.12.2023 auf 29 Busse. Im Berichtsjahr wurden zwei Standardbusse (niederflurig; Investitionsvolumen: 492 T€, davon 73 T€ Fördermittel) bestellt; die Auslieferung erfolgte aber erst im Februar 2024. Das Durchschnittsalter der Flotte betrug zum Bilanzstichtag 7,8 Jahre (Vorjahr: 8,1 Jahre), der Anteil der niederflurigen Fahrzeuge liegt bei 86,2% (Vorjahr: 81,3%).

Weitere Investitionen im Jahr 2023 betrafen die Fahrgastinformationssysteme für vier Busse (7,1 T€), Kontrolltechnik im Zusammenhang mit der Einführung des "Deutschland-Tickets" (4,6 T€), Büro- und Geschäftsausstattung/IT-Technik (2 T€) sowie kleinere Anschaffungen für Werkstattausrüstung (3,9 T€).

f) Prognose

In enger Abstimmung mit dem Aufgabenträger wurde zum 01.12.2019 ein neues Angebots- und Fahrplankonzept umgesetzt. Ziele waren einerseits die Verbesserung des Verkehrsangebots auf (potentiell) nachfragestarken Linien zwischen zentralen Orten im Landkreis Greiz sowie im Zulauf auf die Stadt Gera als Oberzentrum, andererseits aber auch eine stärkere Ausrichtung des Fahrplans auf die Anschlüsse zum SPNV an wichtigen Knotenpunkten, um durchgehende Reiseketten im ÖPNV und damit auf nachfragestarken Achsen ein Mobilitätsangebot auch unabhängig vom eigenen Pkw anbieten zu können. In der Folge gelang es, die Fahrgastzahlen zu stabilisieren bzw. zu steigern. Das Angebotskonzept soll beibehalten und bedarfsgerecht weiter ausgebaut werden; dies umfasst insbesondere die Koordinierung der verschiedenen Fahrtangebote verschiedener Betreiber im Abschnitt Gera – Ronneburg unter Integration des Gewerbegebiets Korbußen.

Mit der Einführung des sog. "Deutschland-Tickets" ab Mai 2023 – als Monatskarte im Abonnement, welches die deutschlandweite Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs ermöglicht – erfolgt ein politisch motivierter Strukturbruch im öffentlichen Personennahverkehr in Deutschland, welcher erhebliche Auswirkungen auf die Verkehrsnachfrage bzw. das

Verkehrsmittelwahlverhalten, auf Tarifsysteme und in der Folge auch auf Produktionskonzepte haben wird.

Für Bedienräume mit einer dünn und dispers besiedelten Raumstruktur, welche in der Folge auch unter einer tendenziell schwachen Nachfrage leiden, sollen weitgehend bedarfsorientierte Bedienformen eigeführt werden. So wurde im April 2023 – nach den positiven Erfahrungen des bei der PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz im Dezember 2021 eingeführten Pilotprojekts im Raum Greiz/Elsterberg – die Bedienung in den eher ländlich geprägten Ortsteilen im Norden der Stadt Gera am Wochenende bzw. an Feiertagen auf einen Linienbedarfsverkehr (§ 44 PBefG) umgestellt, was einerseits der Nachfrage angemessen und andererseits aufgrund der strikten Nachfrageorientierung mit Vorteilen hinsichtlich der Kosten bei der Leistungserstellung verbunden ist.

g) Chancen

Die Gesellschaft ist mittel- und langfristig immer intensiver mit den Auswirkungen der politisch geführten Diskussionen um einen "nachhaltig gestalteten" gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel konfrontiert. Grundsätzlich ist es aus Sicht der Gesellschaft zu begrüßen, dass die Umweltvorteile des öffentlichen Verkehrs in der politischen Diskussion zumindest mehr Gewicht erhalten und dies zu konzeptionellen Überlegungen führt, wie eine Verhaltensadaption zugunsten einer Nutzung des ÖPNV erfolgen kann.

Es ist davon auszugehen, dass sich aufgrund der unternehmensübergreifenden Nutzbarkeit des "Deutschland-Tickets" neue Reiseketten herausbilden werden. Insbesondere wird die tarifliche Durchlässigkeit zwischen Zug und Bus deutlich einfacher und kostengünstiger; vielfach können Fahrgäste bei einer kombinierten Nutzung von Zug und Bus von erheblichen Reisezeitvorteilen profitieren. Dies wird auf den Hauptachsen zwischen den zentralen Orten und in den Stadtverkehren die ÖPNV-Nachfrage absehbar begünstigen. Die Gesellschaft stimmt sich intensiv mit dem Landkreis Greiz als Aufgabenträger, mit benachbarten Aufgabenträgern, aber auch mit den im Einzugsbereich der Gesellschaft aktiven Eisenbahnverkehrsunternehmen und dem Freistaat Thüringen hinsichtlich der Fortentwicklung des Verkehrsangebotes ab. So wurden bereits durch die Angebotskonzeption aus dem Jahr 2018 wesentliche Ansätze, die sich nunmehr in der ITF-Rahmenplanung des Freistaates Thüringen wiederfinden, umgesetzt, so dass günstige Voraussetzungen für die Etablierung des ITF im Landkreis Greiz bestehen. Eine Integration weiterer dafür geeigneter Linien bzw. Verkehrsangebote in das ITF-Netz bzw. das Netz der "landesbedeutsamen Buslinien" wird angestrebt; dies ist aber abhängig von der entsprechenden Weiterentwicklung der Förderkulisse durch den Freistaat Thüringen.

Infolge der umfangreichen Reduzierung des Fuhrparks als wirtschaftlich positive Folge der Angebotsumstellung kann der Umfang an vorzuhaltenden Anlagen am Betriebsstandort Gera perspektivisch neu bewertet werden. Im Falle einer Veräußerung von nicht mehr benötigten Teilen des Anlagevermögens können die generierten Erlöse für Investitionstätigkeiten hinsichtlich weiterer Ersatzbeschaffungen im Bereich des Fuhrparks oder aber auch für mittelfristig erforderlich werdende Sanierungstätigkeiten am Betriebshof Gera genutzt werden.

h) Risiken

Mit der Einführung des "Deutschland-Tickets" wurde ein politisch festgesetzter Höchstpreis (49 € pro Monat) für die Nutzer von ÖPNV-Leistungen eingeführt. Betrachtet man den Verbraucherpreisindex für den Verwendungszweck "Nahverkehr: Job- und Schülerticket" des statistischen Bundesamtes für die Monate 04/2023 (Indexwert: 106,7) und 05/2023 (Indexwert: 38,8), so ist die Erlöskraft der Verkehrsunternehmen im Segment der Zeitkarten um etwa 63 % gesunken. Der Anteil der Nutzerfinanzierung an der Kostendeckung im ÖPNV sinkt erheblich; hinzukommt, dass durch das Prinzip "the seller takes it all" dasjenige Verkehrsunternehmen den kompletten Ticketerlös behält, welches das Ticket verkauft – unabhängig davon, ob der Kunde

tatsächlich mit diesem Unternehmen unterwegs ist. Vertriebs- und reichweitenstarke Verkehrsunternehmen (insbesondere die großen Eisenbahnverkehrsunternehmen mit deutschlandweiten Vertriebskanälen) haben hier einen Vorteil gegenüber nur lokal agierenden Verkehrsunternehmen. Letztgenannte sind folglich zu einem immer größeren Anteil auf eine Finanzierung durch die öffentliche Hand angewiesen.

Die Unternehmensentwicklung und –finanzierung wird folglich immer stärker vom politischen Gestaltungs- bzw. Entscheidungswillen abhängig, während die unternehmerische, am tatsächlichen Marktgeschehen ausgerichtete Verantwortung in den Hintergrund tritt. Mit einer beabsichtigten bundesweiten – inhaltlich, technisch und organisatorisch jedoch noch nicht konkret ausgestalteten – Einnahmeaufteilung ist eine erhebliche Zunahme des bürokratischen Aufwands zu befürchten.

Eine mittel- bis langfristig belastbare und vor allem auskömmliche Finanzierungsperspektive seitens des Bundes bzw. des Freistaats Thüringen für das "Deutschland-Ticket" existiert bislang allerdings nicht. Auf einen Automatismus in Bezug auf die Preisfortschreibung des "Deutschland-Tickets" – beispielsweise angelehnt an einen branchenbezogenen Inflationsindex – konnte sich die Politik bisher nicht verständigen, sodass der Kostendeckungsbeitrag aus der Nutzerfinanzierung weiter absinken wird. Gleichzeitig ist auch das verfügbare Budget des Bundes bzw. der Länder zum Ausgleich der Einnahmeausfälle infolge des "Deutschland-Tickets" aus haushalspolitischen Erwägungen auf bislang 3,0 Mrd. € pro Jahr gedeckelt worden, was nach Schätzungen des VDV schon 2024 nicht ausreichen wird, um die Fehlbeträge der Verkehrsunternehmen zu kompensieren.

Sofern der Bund bzw. die Länder weiterhin nicht gewillt sind, die finanziellen Konsequenzen aus deren politischer Entscheidung zur Einführung des "Deutschland-Tickets" vollumfänglich zu tragen, verbleiben den Verkehrsunternehmen als Reaktionsmöglichkeit zur Begrenzung der Produktionskosten nur der Verzicht auf (Ersatz-)Investitionen und ein konsequenter Abbau von Verkehrsangeboten; dies steht allerdings den Bemühungen um eine ebenfalls politisch gewollte "Verkehrs- und Energiewende" diametral entgegen.

Eine große Unsicherheit stellt die kurz- bis mittelfristige Preisentwicklung sowie die Verfügbarkeit (bzw. die Zeitdauer bis zur Verfügbarkeit) von Rohstoffen und Ersatzteilen dar. Die Gesellschaft geht zwar davon aus, dass sich die Inflation zwar verlangsamt, die Verbraucherpreise für Rohstoffe, Waren und Dienstleistungen aber insgesamt auf einem vergleichsweise hohen Niveau verharren. Hinzukommen absehbar steigende Produktionskosten aufgrund der Forderungen der Arbeitnehmervertretungen in Bezug auf Lohnsteigerungen und die Reduzierung von Arbeitsbelastungen. Damit werden sich auch die Kosten für die Leistungserstellung strukturell erhöhen.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Der vollzogene grundlegende Systemwechsel auf dem Gebiet des ÖPNV wird kurz- bis mittelfristig erhebliche Auswirkungen insbesondere auf die Unternehmen des straßengebundenen ÖPNV – und damit auch auf die RVG Regionalverkehr Gera/Land GmbH – haben.

Für das Jahr 2024 geht die Gesellschaft von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Investitionstätigkeit wird sich in den kommenden Jahren verstärkt auf die Busflotte fokussieren. Im Berichtsjahr bestellte Busse für den Linienverkehr mit einem Investitionsvolumen von 492 T€ (davon 73 T€ Fördermittel) wurden erst nach dem Bilanzstichtag ausgeliefert.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft FIDAIX GmbH geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

4. Ausgewählte Kennziffern der RVG¹:

Dilama	2021	2022	2023	Änderung
Bilanz	T€	T€	T€	zum Vorjahr
Anlagevermögen	2.532	2.544	2.106	- 438
Umlaufvermögen	1.491	1.130	1.399	269
Eigenkapital	492	114	219	105
Rückstellungen	228	242	185	- 57
Verbindlichkeiten	3.331	3.341	3.050	- 291
Bilanzsumme	4.050	3.697	3.525	172
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	5.758	5.516	5.400	- 116
Personalaufwand	3.266	3.703	3.686	- 17
Materialaufwand	1.518	1.522	1.216	- 306
Abschreibungen	465	437	456	19
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	33	31	48	17
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-192	-378	+105	483
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)	12	3	6	3
Beschäftigte Ø	71	71	70	- 1
Fahrplankilometer LK Greiz (Tkm)²	1.737	1.757	1.692	- 65
Tariferlöse je FPK (€)²	0,48	0,65	0,73	0,08
Materialaufwand je FPK (€)²	0,45	0,61	0,58	- 0,03
Personalaufwand je FPK (€)²	1,79	2,03	2,13	0,10

 $^{^{\}rm 1}$ Rundungsdifferenzen möglich $^{\rm 2}$ Betrifft nur öffentlichen Linienverkehr im Landkreis Greiz

3.2.3 GRZ Service und Verwaltungsgesellschaft GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

GRZ Service- und

Verwaltungsgesellschaft mbH

Telefon:

03661-70650

Telefax:

03661-706526

Geraer Straße 7

E-Mail:

grz-svg@prg-greiz.de

Geraer Straße 7 07973 Greiz

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde 28. Januar 2003 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 209759) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 08.04.2015 (mit notarieller Beurkundung Nr. 444/2015 des Notariats Schwarzer).

Zeichen der Genehmigung: 240.1-1515-1/15 GRZ.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2023):

Dr. Stefan Meißner Geschäftsführer Angela Rose Einzelprokura

Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2023):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrätin

stellv. Vorsitzender Herr Kai Dittmann Kreistagsmitglied

weitere Mitglieder Herr Dr. Bernd Grünler Sachverständiger

Herr Dirk Bergner Kreistagsmitglied
Herr Bodo Scheffel Sachverständiger
Herr Torsten Braun Kreistagsmitglied

Die Vergütung des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2023 betrug 0,00 € (Vj. 0,00 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2023 beträgt 26.000,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist zum einen die Verwaltung und Betriebsführung von Unternehmen mit kommunaler Beteiligung. Hierzu gehört insbesondere die vollständige Übernahme folgender unternehmerischer Aufgaben:

- die Planung und Verwaltung der Finanzen und des Personals
- die Erarbeitung der Wirtschaftsplanungen
- die Durchführung betriebswirtschaftlicher Analysen
- verkehrsplanerische und -technologische Planungen
- die Investitionsplanung usw.

Im April 2015 wurde der Unternehmensgegenstand der Gesellschaft um die Aufgabe der Beschaffung, Ausstattung, Verwaltung und Bewirtschaftung von Wohnraum zur Unterbringung von Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen in Gemeinschafts- und Einzelunterkünften (Daseinsvorsorge) erweitert. Aufgrund des Umfangs dieses Aufgabengebietes wurde mit Gesellschafterbeschluss vom 23.08.2016 der Geschäftsbereich der Daseinsvorsorge rückwirkend zum 01.01.2016 in die "Daseinsvorsorge Greiz GmbH" abgespalten. Vom Unternehmen wurden alle notwendigen Voraussetzungen zur Abspaltung im buchhalterischen und abrechnungstechnischen Bereich bis zur Realisierung getroffen. Die Abspaltung konnte buchhalterisch erst zum 01.12.2016 komplett umgesetzt werden.

Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört die Vornahme aller Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar zu dienen geeignet sind. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft erfüllt die Aufgabe der Verwaltung von kreiseigenen Gesellschaften, die sämtlich zur Erfüllung öffentlicher Zwecke erforderlich sind. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Gesellschaft wird als juristisch selbständige Person in GmbH-Form geführt. Die Gesellschaft erbringt für alle ÖPNV-Unternehmen im verkehrstechnologischen und kaufmännischen Bereich Dienstleistungen. Ziel ist die Vereinheitlichung wesentlicher Verwaltungsaufgaben der ÖPNV-Unternehmen des Landkreises Greiz. Gegenstand der Gesellschaft ist auch die Verwaltung und Betriebsführung von Unternehmen mit kommunaler Beteiligung im Landkreis Greiz.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. <u>Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen</u>

Die Gesellschaft erfüllt unter Beachtung ökonomischer und ökologischer Aspekte für die kreiseigenen Verkehrsunternehmen die Hauptaufgabe bei der Vorbereitung und Realisierung der Verkehrsleistungen nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) und den maßgebenden EU-Rechtsnormen, hier insbesondere der VO (EG) 1370/2007, zuletzt ergänzt durch die VO(EU) 2016/2338.

Für die Dienstleistungen, welche die SVG für die Vertragspartner PRG, RVG und UMWELT erbringt, ist der sichere Umgang mit sensiblen Daten von Bedeutung. Der Schutz von Daten vor Verlust, Verfälschung, Beschädigung oder Löschung und die Sicherstellung der Daten spielt im täglichen Arbeitsprozess eine große Rolle. Regelmäßiges Erstellen von Backups sowie Zugangs- und Verlaufskontrollen im internen Betriebsverlauf sind durch die interne IT-Abteilung ständig auf Viren, Ransomware sowie weitere Internetgefahren und Cyberkriminalität zu prüfen und notwendige Schutzmaßnahmen zur Verhinderung dieser zu ergreifen sowie alle Hintergrundsysteme auf aktuellem Stand zu halten.

2. Geschäftsverlauf

Zu den Hauptaufgaben im technologischen Bereich gehört die Erstellung des Fahrplanes mit den dazugehörigen Dienst- und Wagenläufen. Der kaufmännische Bereich deckt vor allem die Erarbeitung der Wirtschaftspläne, die Durchführung von Finanz- und Lohnbuchhaltung als auch die Versicherungs- und Investitionstätigkeiten ab. Die Leistungen wurden in vollem Umfang für die kreiseigenen Verkehrsunternehmen PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz und RVG Regionalverkehr Gera/Land GmbH realisiert. Zu den Dienstleistungen gehören auch die Planung und Durchführung der Linien- und Schulverkehrsleistung. Hinzu kommen Leistungen im Bereich der Buchhaltung und Lohnbuchhaltung für die kreiseigene "Umwelt" Entsorgungsund Straßenservice GmbH.

Der Geschäftsverlauf im Berichtszeitraum war vom weiteren Ausbau des Fahrschulbetriebs sowie insgesamt gestiegenen Erlösen aus bestehenden Managementverträgen geprägt. Dieses Management beinhaltete die Implementierung der Rahmenbedingungen zum sogenannten "Deutschland-Ticket" bei den Gesellschaften.

Der vom Aufsichtsrat der Gesellschaft in dessen Sitzung vom 24.10.2022 beschlossene Wirtschaftsplan für den Berichtszeitraum 2023 sah ein geplantes Jahresergebnis von 5 T€ vor. Die Gesellschaft schließt das Wirtschaftsjahr 2023 mit einem positiven Jahresergebnis von 7 T€ (Vorjahr: 5 T€) ab. Das Eigenkapital der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 127 T€ (Vorjahr: 120 T€).

Vor dem Hintergrund der positiven Jahresergebnisse der Gesellschaft als auch der stabilen Finanzlage werden derzeit keine unmittelbaren Risiken, welche in der Gesellschaft wurzeln, für deren Fortbestand gesehen. Die Erbringung der oben genannten Dienstleistungen für die beiden kommunalen Verkehrsunternehmen PRG und RVG als auch die Gesellschaft "Umwelt GmbH" kann auch zukünftig vollumfänglich geleistet werden.

Aufgrund dessen, dass die Gesellschaft über 90 % ihrer Leistungen für die beiden o.g. Verkehrsunternehmen erbringt, ist der Fortbestand der Gesellschaft wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung der PRG bzw. RVG abhängig. Beide Verkehrsunternehmen sind weiterhin von Preissteigerungen infolge der Auswirkungen der Material- und Rohstoffknappheit sowie hohen Inflationsrate, einem Wandel der Förderpolitik des Landes sowie weiteren sozialpolitischen Maßnahmen betroffen, welche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können. Insbesondere hat die Einführung des "Deutschland-Tickets" im Mai 2023 Einfluss auf die beiden Hauptauftraggeber, da Einnahmeausfälle erst mit zeitlicher Verzögerung ausgeglichen werden.

a) Vermögenslage:

Das Eigenkapital der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 127 T€ (Vorjahr: 120 T€). Bei einer Bilanzsumme von 243 T€ (Vorjahr: 254 T€) beträgt die Eigenkapitalquote 52,4 % (Vorjahr: 47,2 %). Da die Gewinnrücklagen durch die anteilige Einzahlung aus dem Jahresergebnis 2018 den Wert des Stammkapitals der Gesellschaft erreicht hatte, wird der komplette Jahresgewinn auf neue Rechnung vorgetragen. Die Gewinnrücklage darf ausschließlich zum Ausgleich eines Jahresfehlbetrages, eines Verlustvortrages oder eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln verwendet werden.

Der überwiegende Teil des Vermögens der Gesellschaft ist in Umlaufvermögen in Höhe von 214 T€ (Vorjahr: 234 T€) gebunden. Der Netto-Buchwert des Anlagevermögens beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 26 T€ (Vorjahr: 17 T€).

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist stabil. Sämtliche gegen die Gesellschaft gerichtete Zahlungsaufforderungen wurden innerhalb des jeweiligen Zahlungszieles beglichen. Forderungsausfälle bei den Auftraggebern sind nicht zu verzeichnen und auch nicht zu erwarten. Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderung, Verbindlichkeit und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Verbindlichkeiten in der Gesellschaft belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 83 T€ (Vorjahr: 103 T€), die überwiegend auf Entgeltforderungen der Beschäftigten (einschließlich Aufwendungen für die soziale Sicherung) zurückzuführen sind, die regulär erst im Januar 2024 zur Auszahlung gelangen. Über Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten verfügt die Gesellschaft nicht.

c) Ertragslage:

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 7 T€ abgeschlossen. Die Umsatzerlöse betrugen 903 T€ (Vorjahr: 850 T€) und lagen damit über dem Vorjahresniveau. Diese Mehreinnahmen resultieren einerseits aus der Anpassung der Vergütungssätze für Managementleistungen, welche infolge von Tarifanpassungen für die Beschäftigten notwendig wurden und andererseits aus – sowohl für die Verkehrsunternehmen PRG und RVG als auch für Dritte – ausgeweiteten Leistungen unserer Betriebsfahrschule. Zudem konnte hierdurch die Finanzierungslücke der PRG und RVG für Managementleistungen reduziert werden.

Die Aufwendungen für Personal bzw. die soziale Sicherung/Altersvorsorge betrugen im Berichtszeitraum 813 T€ (Vorjahr: 773 T€). Die Steigerung ist auf die Übernahme des Tarifabschlusses bei den Verkehrsunternehmen PRG und RVG und die dadurch erfolgte Anpassung der Entlohnung für die Beschäftigten zurückzuführen. Der nunmehr existierende Personalbestand genügt den derzeitigen betrieblichen Anforderungen; für die Erledigung der Aufgaben kann die Gesellschaft auf gut qualifizierte und motivierte Beschäftigte zurückgreifen.

Für die Finanzierung des Personalaufwandes konnte eine Förderung aus der ÖPNV-Kooperationsrichtlinie des Freistaats Thüringen in Höhe von ca. 37 T€ (Vorjahr: 33 T€) in Anspruch genommen werden.

Erhebliche personellen Ressourcen hat im Berichtsjahr die Umsetzung des Tarifs "Deutschland-Ticket" gebunden. Berücksichtigt man die extrem kurze Vorlaufzeit zwischen der Beschlussfassung der politischen Gremien (BR-Beschluss: 31.03.2023; Vertriebsstart: 03.04.2023), so ist es gelungen, innerhalb von etwa vier Monaten einen komplett neuen Vertriebsweg für digitales Ticketing zu implementieren. Zusammen mit einer unternehmenseigenen Übergangsvertriebslösung für den Zeitraum bis einschließlich Juli 2023 war es für die PRG und RVG möglich, mit Beginn des bundesweiten Vertriebsstarts am 03.04.2023 das Deutschland-Ticket für Kunden anzubieten, was für beide Verkehrsunternehmen eine entscheidende Maßnahme zur Liquiditätssicherung bildete, da die Ausgleichsleistungen des Freistaats Thüringen in maßgeblicher Größenordnung erst im Dezember 2023 eingingen.

Weiterhin sehr aufwendig gestalten sich die umfangreichen Berichts- und Kontrollpflichten im Zusammenhang mit dem "Deutschland-Ticket", welche die GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH gebündelt für alle im Landkreis Greiz aktiven Verkehrsunternehmen übernimmt und die auch auf absehbare Zeit erhalten bleiben.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betrugen 7 T€ (Vorjahr: 11 T€) und resultieren im Wesentlichen aus der Vorhaltung von Soft- und Hardwarekomponenten sowie Büroausstattung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Jahr 2023 bei 110 T€ (Vorjahr: 94 T€). Der Anstieg ist auf die allgemeinen inflationsbereinigten Preissteigerungen zurückzuführen.

d) Qualitätsmanagement

Die Gesellschaft arbeitet nach einem Qualitätsmanagementsystem im Sinne der DIN EN ISO 9001:2008. Sowohl das Qualitäts- als auch das Umweltmanagement sowie die internen Prozesse werden regelmäßig einer Überprüfung unterzogen und bei entsprechendem Bedarf angepasst.

e) Investitionen

Investitionen wurden im Berichtszeitraum in einem Umfang von 16,7 T€ getätigt; diese umfassen einerseits den 1. Teil zur Einrichtung digitaler Buchführungssysteme (13,7 T€) sowie andererseits die planmäßige Hardwareerneuerung (3 T€).

f) Prognose

Die Tätigkeit der Gesellschaft konzentriert sich mit den beiden kommunalen Verkehrsunternehmen PRG und RVG auf zwei Hauptkunden. Im Wesentlichen ist die künftige Entwicklung der Gesellschaft daher vom Fortbestand und den Anforderungen dieser Unternehmen abhängig, für welche basierend auf entsprechenden Managementverträgen Leistungen in den Bereichen Verwaltung, Buchhaltung, Investitionsplanung, EDV, Versicherungswesen und Verkehrsplanung/-Technologie erbracht werden.

Durch die Errichtung eines internen Fahrschulbetriebes (wofür seitens der PRG bzw. RVG bislang auf Fremdfirmen mit deutlich höheren Kosten zurückgegriffen werden musste), besteht die Möglichkeit, die Fahrschulausbildung und die Berufskraftfahrerqualifikation unabhängig von Dritten durchführen zu können, was ein wesentlicher positiver Faktor im Hinblick auf die Gewinnung des notwendigen Fahrpersonals ist.

Darüber hinaus war die Tätigkeit der Gesellschaft – neben den üblichen Geschäftsvorfällen – im Berichtsjahr 2023 im Wesentlichen geprägt:

- Vorbereitung und Umsetzung der 1. Phase zur Umstellung des kompletten Buchhaltungssystems und der damit verbundenen betrieblichen Abläufe auf digitale Rechnung,
- die Umsetzung des sog. "Deutschland-Tickets" (Implementierung eines digitalen Vertriebswegs für die im Landkreis Greiz aktiven Verkehrsunternehmen; Durchführung der Berichts- und Kontrollpflichten),
- intensive Betreuung der im Landkreis Greiz aktiven Verkehrsunternehmen im Zusammenhang mit der Beantragung und Abrechnung von Zuwendungen im Zusammenhang mit dem sog. "9-Euro-Ticket" sowie dem "Deutschland-Ticket"

In verkehrsplanerischer Hinsicht konnten im Berichtsjahr zwei wesentliche Projekte aus dem Nahverkehrsplan des Landkreises Greiz umgesetzt werden:

- Realisierung einer neuen, durchgehenden Verbindung Greiz Werdau durch Kooperation zwischen den beiden Aufgabenträgern (Landkreis Greiz und Zwickau) sowie den betroffenen Verkehrsunternehmen (PRG Greiz, RVW Regionalverkehr Westsachsen)
- Ausweitung des Einsatzes flexibler Bedienformen auf das Bediengebiet "Gera-Nord" an Wochenenden bzw. Feiertagen (betrifft RVG Gera)

Weitere Angebotsverbesserungen sind in Vorbereitung und betreffen in einem nächsten Schritt die Verbindung Gera – Korbußen – Ronneburg – Schmölln (- Altenburg; RVG-Linie 353), wobei durch Angebotskoordination zwischen der RVG, der ThüSAC Personennahverkehrsgesellschaft, der Busbetrieb PIEHLER GmbH & Co. KG sowie dem Omnibustrieb HERZUM auf der Achse Gera – Ronneburg mindestens ein stündliches, in den Hauptverkehrszeiten sogar halbstündliches ÖPNV-Angebot geschaffen werden soll, wovon insbesondere Beschäftigte der Gewerbegebiete in Korbußen, Ronneburg als auch Beerwalde/Löbichau profitieren werden.

Für das auf das Berichtsjahr folgende Geschäftsjahr geht die Gesellschaft erneut von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Für die Erträge wird ein Zuwachs von etwa +100 T€ erwartet, die teilweise auch aus der Ausweitung von Leistungen für andere Kunden als die PRG bzw. RVG resultieren. Im Gegenzug rechnet die Gesellschaft aber auch mit steigenden Aufwendungen, insbesondere bei den Personalkosten im Ergebnis zu erwartender Tarifabschlüsse.

g) Chancen

Die Einführung des "Deutschland-Tickets" bietet – trotz der damit einhergehenden Unsicherheiten und Systembrüche – aus verkehrsplanerischer Sicht auch Chancen für Angebotsanpassungen, die sowohl Verbesserungen für die Fahrgäste als auch wirtschaftliche Optimierungen aus Sicht der Verkehrsunternehmen ermöglichen. Das "Deutschland-Ticket" ermöglicht eine unternehmens- bzw. verbundübergreifende Nutzung des ÖPNV, sodass die gezielte Verknüpfung von verschiedenen Verkehrsträgern (Bus, Zug) eine höhere Attraktivität bekommt und im Gegenzug parallel verkehrende Angebotsstrukturen reduziert werden können. Vor diesem Hintergrund wird die bereits in der Vergangenheit angestoßene Strategie einer vertieften Zusammenarbeit mit anderen Aufgabenträgern als auch (Verkehrs-)Unternehmen (sowohl öffentlich als auch private Unternehmen) fortgesetzt und bei nachgewiesener Praktikabilität und Wirtschaftlichkeit umgesetzt.

Chancen hinsichtlich der Weiterentwicklung des ÖPNV werden in den Bestrebungen des Freistaats Thüringen, gemeinsam mit den kommunalen Aufgabenträgern einen landesweiten integralen Taktfahrplan (ITF) umzusetzen, gesehen. Hier bringt sich die GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH in Abstimmung mit dem Aufgabenträger aktiv in den

Gestaltungsprozess ein, um gemeinsam mit den betreuten Verkehrsunternehmen ein attraktives ÖPNV-Angebot umsetzen zu können.

Darüber hinaus kann das angebotene Leistungsspektrum im Rahmen der bestehenden Kapazitäten der Gesellschaft auch gegenüber anderen Unternehmen im Landkreis Greiz angeboten werden; dies gilt insbesondere für Leistungen unserer Betriebsfahrschule, für welche hinsichtlich der gesetzlich vorgeschriebenen Schulungen nach BKrFQG im Lkw- bzw. Busbereich Interesse von Dritten besteht.

Für die Erledigung der Aufgaben kann die Gesellschaft auf gut qualifizierte und motivierte Beschäftigte zurückgreifen. Vakante Stellen bestehen derzeit nicht, sodass ein für die Erledigung der derzeitigen und absehbaren Anforderungen hinreichender Personalbestand zur Verfügung steht. Im Jahr 2024 soll eine Stelle im Bereich Buchhaltung/Versicherungswesen neu besetzt werden, um eine mittelfristig altersbedingt ausscheidende Beschäftigte zu ersetzen.

h) Risiken

Zum jetzigen Zeitpunkt ist das Unternehmen ausreichend versichert und es wurde genügend bilanzielle Vorsorge getroffen. Die Versicherungsstruktur unterliegt einer jährlichen Validierung im Hinblick auf die versicherten Leistungen und die Prämienhöhe.

Die Umsetzung des "Deutschland-Tickets", in dessen Konsequenz ein politisch festgesetzter Höchstpreis im ÖPNV von 49 € pro Monat (umgerechnet 1,60 € pro Tag) für eine deutschlandweite ÖPNV-Nutzung eingeführt wurde, stellt einen "Systembruch" hin zu einem immer stärker gemeinwirtschaftlich, d.h. über die öffentliche Hand, finanzierten Nahverkehrssystem dar. Hierdurch entstehen erhebliche zusätzliche Bürokratiekosten im Hinblick auf im Zusammenhang mit dem "Deutschland-Ticket" neu eingeführte, monatliche Berichtspflichten einerseits, aber auch hinsichtlich der Betriebskosten für den zusätzlichen digitalen Vertriebsweg (Beschaffung von Chipkarten, Beschaffung und regelmäßiges Update von Kontrollgeräten und –software, Lizenzgebühren für Abonnentenverwaltungssystem) andererseits, dem keine zusätzlichen Erlöse gegenüberstehen. Diese nicht unerheblichen Kosten werden künftig zu erhöhten Belastungen der Verkehrsunternehmen führen; zudem wird sich die GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH mittelfristig personell verstärken müssen, um die mit der Umsetzung des "Deutschland-Tickets" einhergehenden Anforderungen dauerhaft leisten zu können.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft FIDAIX GmbH geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

4. Ausgewählte Kennziffern GRZ Service und Verwaltungsgesellschaft mbH¹:

Dila	2021	2022	2023	Änderung
Bilanz	T€	T€	T€	zum Vorjahr
Anlagevermögen	25	17	26	9
Umlaufvermögen	222	234	214	- 20
bilanziertes Eigenkapital	116	120	127	7
Verbindlichkeiten	103	103	83	- 20
Bilanzsumme	248	254	243	- 11
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	648	850	903	53
Personalaufwand	580	773	813	40
Abschreibungen	12	11	7	- 4
sonstige betriebliche Aufwendungen	59	94	110	16
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	8	5	7	2
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)²	47	47	52	5
Beschäftigte Ø	13	15	14	- 1

Rundungsdifferenzen möglich
 Eigenkapital/Gesamtkapital

3.3 Sonstige Unternehmen

3.3.1 "Umwelt" Entsorgungs- und Straßenservice GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

E-Mail:

"Umwelt" Entsorgungs- und Telefon: 036622-5680 Straßenservice GmbH Telefax: 036622-56820

Mehlaer Hauptstraße 24 a 07950 Zeulenroda-Triebes

info@entsorgung-mehla.de

Die Gesellschaft wurde 03. Juli 1990 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 200743) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 21. Dezember 2010 (mit notarieller Beurkundung Nr. 719/2010 des Notariats Peter Orth).

Rechtliche Grundlagen

Zeichen der Genehmigung: 240.4-1515-001/10-GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2023):

Jochen Eidner Geschäftsführer

Der Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt. Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2023):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrat

stelly. Vorsitzender Herr Gerhard Helmert Kreistagsmitglied

weitere Mitglieder Herr Wolfram Köber Kreistagsmitglied

Herr Uhland Seifert Sachverständiger Herr Dirk Bergner Kreistagsmitglied Herr Torsten Braun Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2023 Bezüge in Höhe von 550 € erhalten (Vj. 600 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2023 beträgt 310.000,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist die Entsorgung von Haus- und Gewerbemüll, Straßenreinigung, Kanal- und Gullyreinigung, Fäkalschlammentsorgung sowie Transportleistungen verschiedener Art und die mit dem Bau und der Unterhaltung von Straßen zusammenhängenden Aufgaben für den Landkreis Greiz als auch für Auftraggeber außerhalb des Territoriums.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art gründen, übernehmen oder sich an ihnen beteiligen, wenn ein wirtschaftlicher und organisatorischer Zusammenhang zur Erzielung des Gesellschaftszwecks beseht oder herbeigeführt werden soll.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gemäß § 87 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) gehört die Abfallentsorgung zu den Aufgaben des eigenen Wirkungskreises eines Landkreises. Diese Aufgabe wurde dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen übertragen. Die "Umwelt" Entsorgungs- und Straßenservice GmbH nimmt die Abfallentsorgung im Landkreis Greiz wahr auf der Grundlage von mittel- und langfristigen Verträgen mit dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen.

Das Unternehmen wurde mit Beschluss des Kreistages Greiz Nr. 121/2010 vom 30. November 2010 gemäß § 66 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung fiskalisiert. Der Beschluss wurde aufsichtsbehördlich genehmigt.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Unternehmen besteht als juristisch selbständige Person in GmbH – Form. Zum Gegenstand des Unternehmens gehört die Entsorgung von Haus- und Gewerbemüll, Straßenreinigung, Kanal- und Gullyreinigung, Fäkalschlammentsorgung, Transportleistungen verschiedener Art sowie die mit dem Bau und der Unterhaltung von Straßen zusammenhängenden Aufgaben. Das Unternehmen unterhält eine Außenstelle in Zeulenroda.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Marktsituation kann für das Geschäftsjahr als sehr unbeständig bezeichnet werden, wobei die Vertragslage als stabil bezeichnet werden kann. Der Entsorgungsvertrag mit dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen begann am 01.01.2016 mit einer Laufzeit von 10 Jahren. Die Verträge als Subunternehmer der GUD für das Einsammeln von Leichtverpackungen und Glas wurden bis zum 31.12.2024 unterzeichnet.

Der Vertrag der Fäkalschlammentsorgung im Zweckverband TAWEG hat eine Laufzeit bis Ende 2024 und wird in 2024 neu ausgeschrieben. Weiterhin konnte sich das Unternehmen die Entsorgung der Kläranlagen im Verbandsgebiet des Zweckverbandes Wasser/Abwasser

"Obere Saale" für fünf Jahre von 2022 bis 2026 sichern und für den Zweckverband Wasser/Abwasser Zeulenroda (WAZ) läuft der Entsorgungsvertrag wieder bis Ende 2024 mit Verlängerungsoption.

Die Auftragslage ist in allen Bereichen stabil geblieben. Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm und konnte ihrem Entsorgungsauftrag gerecht werden. Die das Geschäftsjahr begleitende Krise im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, den klimapolitischen Entscheidungen der Bundesregierung hatte enormen Einfluss auf die Rahmenbedingungen. Der hohe Anteil von Logistikleistungen und den damit verbundenen Kraftstoff- und Energiekosten sowie die hohe Inflation haben das Unternehmen vor Herausforderungen gestellt, die völlig veränderte Bedingungen geschaffen haben. Auch sind signifikante Rückgänge bei den einzelnen Abfallfraktionen zu verzeichnen, die das Kerngeschäft des Unternehmens betreffen.

Im Geschäftsjahr 2023 wurde mit der Erarbeitung eines neuen Vertrages begonnen, der die kommunalen Leistungen ab 2025 sicherstellen soll.

2. Geschäftsverlauf

Im Wirtschaftsjahr wurden Investitionen in diverse Fahrzeuge, technische Anlagen, Betriebsund Geschäftsausstattung mit einem Wertumfang 645 T€ getätigt.

Haus-, Bio- und Sperrmüllentsorgung, Wertstofferfassung

Der Umsatz aus Biomüllentsorgung bewegt sich auf Vorjahresniveau. Für das neue Geschäftsjahr wurde der erweiterte Anschluss von Haushalten mit Biotonne vorbereitet und die Behälter entsprechend ausgeliefert. Die Umsätze in der Haus- und Sperrmüllentsorgung liegen im Berichtsjahr über dem Niveau des Vorjahres. Die Wertstoffpreise unterliegen starken Schwankungen und haben im Geschäftsjahr 2023 für einen Rückgang der Umsätze bei der Verwertung von Pappe und Schrott gesorgt. Eine Kompensation konnte nur durch Preisanpassungen der Dienstleistungen realisiert werden.

Der Sperrmüll aus der Sperrmüllsammlung hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verringert. Dieser Müll wurde zum überwiegenden Teil vom Unternehmen selbst sortiert und einer getrennten Verwertung zugeführt. Bei der Entsorgung der Haushalte sowie kleinerer Gewerbebetriebe ist ein relativ stabiler Anfall von Abfallmengen zu verzeichnen.

Die Glasentsorgung erfolgte im Bringsystem bedarfsgerecht und ohne Probleme.

Der Vertrag für die Entsorgung von Glas und Gelber Tonne, welche das Unternehmen für ca. 32.500 Einwohner als Subunternehmen ausführt, wurde auch 2023 fortgeführt.

Fäkalschlammentsorgung

Die Fäkalschlammentsorgung in den Gebieten der Zweckverbände TAWEG Greiz, WAZ Zeulenroda und ZWOS sind durch Anschlüsse an das Kanalsystem etwas rückläufig und folgen dem allgemeinen Trend. Die vertraglich geregelten Mengen konnten im Berichtsjahr entsorgt werden. Im Zweckverband TAWEG läuft der Vertrag noch bis einschließlich 2024. Auch im Zweckverband Obere Saale (ZWOS) konnte sich das Unternehmen einen Vertrag bis 2026 sichern. Im Zweckverband WAZ verlängert sich der Vertrag um jeweils ein Jahr.

Containerdienst / Allgemeine Transporte

Dieses Geschäftsfeld ist großen Auftragsschwankungen unterworfen infolge mehrerer Marktteilnehmer, hoher Inflation und des Rückgangs der Bautätigkeit. Es ist im Geschäftsjahr weitestgehend gelungen, durch konsequente Transportoptimierung, optimierten Personaleinsatz und Preisanpassungen die erschwerten Bedingungen abzufangen und den Umsatz stabil zu halten.

Müllumladestation / Reststoffdeponie

Der auf der Müllumladestation umgeschlagene und zur Müllverbrennung transportierte Abfall bewegt sich auf Vorjahresniveau bei ca. 12.000 t (Vj. 15.000 t). Während Hausmüll relativ konstant anfällt, ist bei Gewerbemüll mit großen Schwankungen zu rechnen. Das Unternehmen konnte sich für weitere vier Jahre beginnend ab Juni 2021 den Transport des Restmülls aus der Müllumladestation zur Verbrennung sichern. Eine Herausforderung bildet dabei die Umladestation Wiewärthe (Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla Pößneck), die eine kontinuierliche Auslastung von Transportkapazitäten kaum möglich macht.

Auf der Inert- und Reststoffdeponie wurden ca. 27.500 t (Vj. 32.500 t) Abfall eingebaut. Das entspricht dem Einbauvolumen, dass die Deponie noch bis zum Ende ihrer Laufzeit bedient werden kann. Auf die Mengen hat das Unternehmen selbst keinen Einfluss.

Die Sickerwasseraufbereitungsanlage wurde sachgerecht bedient und alle Fremdkontrollen durch die Behörden sind ohne Beanstandungen erfolgt. Die im Jahr 2019 auf ein anderes System umgestellte Wasseraufbereitung funktioniert auch 2023 einwandfrei.

Wertstoffe / Recyclingcenter

Die Wertstoffhöfe verzeichnen eine sehr hohe Kundenfrequenz. Es ist bei einigen Abfallarten eine Stagnation der angelieferten Menge zu verzeichnen. Besonders die Einführung einer Grünschnittkarte und die kostenlose Grünschnittannahme in den Monaten März und November hat sich bewährt, welche jedoch mit dem Geschäftsjahr 2023 ausläuft. Die Menge Grün- und Astschnitt lag im Vergleichszeitraum bei 3.400 t, was dem Vorjahresniveau entspricht. Die auf den Wertstoffhöfen angenommenen Abfälle werden auf dem Recyclingcenter aufbereitet und zum großen Teil der Wiederverwertung zugeführt.

Im Berichtsjahr wurde die Elektroschrottsammlung weiterhin kundenfreundlich gestaltet, auf allen Wertstoffhöfen wurde der Elektronikschrott kostenfrei angenommen bzw. nach Anmeldung an den jeweiligen Stellen abgeholt und dem Verwerter zugeführt. Wobei sich die Standards der Lagerung und des Transports, nach Änderung des Elektrogesetzes wesentlich erhöht haben, was einen nicht unerheblichen manuellen Aufwand darstellt.

a) Vermögenslage:

Die Bilanzsumme zum 31.12.23 beträgt 5.182 T€ und ist damit um 418 T€ höher als im Vorjahr. Das Anlagevermögen ist mit 152 % vollständig durch Eigenkapital gedeckt. Die Forderungen aus Lieferung und Leistungen betragen im Berichtsjahr 451 T€. Die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen liegen bei 148 T€. Das Eigenkapital hat sich infolge des Jahresüberschusses erhöht.

b) Finanzlage:

Die finanziellen Verhältnisse der Gesellschaft sind geordnet, die Zahlungsfähigkeit war zu jeder Zeit gewährleistet. Für die folgenden Jahre liegt ein Finanzplan vor, der auch die Tilgung der vorhandenen Finanzierungen enthält. Der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital beträgt 78 % (Vorjahr: 79 %).

Die satzungsmäßige Rücklage beträgt 310 T€. Diese Rücklagen sind für die Finanzierung von größeren Instandsetzungen bzw. außergewöhnlichen Investitionen vorgesehen.

Die Finanzlage ist als sehr stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Skontomöglichkeiten zu nutzen.

c) Ertragslage:

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 280 T€ ab. Nach Verrechnung mit dem Gewinnvortrag verbleibt ein Bilanzgewinn in Höhe von 3.168 T€. Die Umsatzerlöse liegen mit 6.329 T€ über denen des Vorjahres (6.120 T€). In den sonstigen

betrieblichen Erträgen (80 T€) sind periodenfremde Erträge in Höhe von 1 T€ (Vj. 6 T€) enthalten.

Der Materialaufwand ist auf 661 T€ gestiegen, das entspricht einer Steigerung um 39 %. Das Unternehmen hatte durch zusätzlichen Auftrag vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE) höhere Aufwendungen für Fremdleistungen der Entsorgung. Auf den Einsatz von Leiharbeitern konnte weitestgehend verzichtet werden.

Der Personalaufwand ist trotz Tarifanpassungen, Neueinstellungen und der Zahlung von Inflationsausgleichsprämie im Vergleich zum Vorjahr um 78 T€ auf 2.201 T€ (Vj. 2.279 T€) gesunken, da fünf Mitarbeiter das Unternehmen im Berichtsjahr verlassen haben. Zum 31.12.2023 beschäftigte das Unternehmen im Durchschnitt 67 Mitarbeiter (Vj. 68).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 12 % auf 1.928 T€ gesunken, hauptsächlich bedingt durch die Strompreisbremse, den etwas gesunkenen Kraftstoffpreis und geringere Instandhaltungsaufwendungen.

d) Qualitätsmanagement

Unser Unternehmen arbeitet auf Grundlage des in der DIN EN ISO 9001 zertifizierten Qualitätsmanagementsystems, dessen Standard im Jahr 2018 auf die Norm DIN EN ISO 9001:2015 umgestellt wurde. Darüber hinaus konnten wir auch 2023 erneut die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb gemäß § 52 KrW-/AbfG sicherstellen.

e) Investitionen

Im Investitionsbereich wurden im Wirtschaftsjahr folgende Sachanlagen It. Wirtschaftsplan angeschafft: ein Saug-Spülfahrzeug, eine Sattelzugmaschine, ein Absetzcontainerfahrzeug-Ersatz, 16 Großraumcontainer (3-25 m³) sowie GWG und Geschäftsausstattung mit einem Wertumfang von 399 T€.

f) Prognose

Es sind keine wesentlichen Änderungen in der Geschäftspolitik geplant. Aufgrund der Kostensteigerungen in allen Bereichen mussten die Preise den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst werden, dass eine Kompensation der Aufwendungen erreicht werden kann. Wirklich sichere Prognosen zur Entwicklung der Beschaffungspreise für Material, Energie, Entsorgungsfremdleistungen sowie zu klimapolitischen Entscheidungen können nicht abgegeben werden, da das Geschäftsjahr 2023 gezeigt hat, wie beständig die Veränderung war. Aus Sicht der Unternehmensleitung ist das bestehende Portfolio so zu optimieren, dass die eigenen Ressourcen effizienter genutzt werden. Eine große Herausforderung wird weiterhin die Personalfrage aufgrund des Fachkräftemangels.

Für das Jahr 2024 hat das Unternehmen eine stabile Auftragslage, die vertraglich gebunden ist. In 2024 sollen die Weichen für den kommunalen Entsorgungsauftrag der nächsten Jahre gestellt werden.

Für das Geschäftsjahr 2024 wird aufgrund der bisherigen Entwicklungen eine Betriebsleistung von 6.200 T€ und ein Jahresüberschuss von 113 T€ angenommen.

g) Chancen

Unser Entsorgungsgebiet sowie unser Leistungsspektrum sind durch die langfristigen Verträge mit dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen für Rest-, Bio- und Sperrmüll, Deponiebewirtschaftung, Papierentsorgung und verschiedene kleinere Aufträge untersetzt.

Für das Geschäftsjahr 2024 ist die finale Erarbeitung und die Bestätigung eines neuen Vertrages mit dem Abfallwirtschaftszweckverband geplant, der dem Unternehmen unter Berücksichtigung der aktuellen Marktsituation, den Fortbestand des Unternehmens und die Erfüllung des Entsorgungsauftrages für die nächsten Jahre sichern wird.

Der Vertrag zum Transport von Haus- und Gewerbemüll zur Müllverbrennungsanlage nach Leuna wurde an die Gesellschaft zum Jahr 2024, mit einer Verlängerungsoption bis 2026, vergeben. Alle weiteren Verträge zur kommunalen Sammlung von LVP (Leichtverpackungen), Glas sowie die Entsorgung von Kleinkläranlagen mit einer Laufzeit zwischen 3 und 5 Jahren konnte sich das Unternehmen erfolgreich bis 2024 sichern.

Mit Hilfe optimierter Tourenpläne und einer effektiveren Auslastung der Fahrzeuge versucht die Gesellschaft, das Betriebsergebnis weiterhin stabil zu halten. Für den Ausfall von Entsorgungsfahrzeugen wird ein Reservefahrzeug vorgehalten. Auch für einen Blackout ist das Unternehmen in der Lage, für mindestens fünf Tage den Entsorgungsauftrag zu erfüllen.

Ein Anteil Umsatz auf dem freien Markt ist für den ordnungsgemäßen und effektiven Betriebsablauf unumgänglich. Es ist jedoch infolge der derzeitigen komplizierten wirtschaftlichen Lage schwierig, klare Aussagen zu treffen. Es kommt darauf an, den Markt ständig zu beobachten und alle sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen.

h) Risiken

Im Rahmen des Risikomanagements richtet die Gesellschaft primär hohe Aufmerksamkeit auf die regelmäßige Auswertung der betriebswirtschaftlichen Daten, verbunden mit einem hohen Kontrollbewusstsein der Geschäftsführung.

Diese analysiert und kontrolliert regelmäßig und zeitnah die relevanten Unterlagen des Rechnungswesens im Hinblick auf ein ausgewogenes Chancen- und Risikoumfeld. Dabei werden sowohl finanzielle als auch nichtfinanzielle Indikatoren betrachtet.

Im Rahmen von Quartalsberichten wird der Landkreis Greiz als Gesellschafter regelmäßig durch die Geschäftsführung über die Lage der Gesellschaft sowie die erkannten Chancen und Risiken in Kenntnis gesetzt.

Die zukünftigen Risiken der Gesellschaft bestehen weiterhin in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld, den unterschiedlichen Lohnkosten und dem andererseits stagnierenden Preisniveau von Wertstoffen und Transportdienstleistungen, sowie von umweltpolitischen Entscheidungen für schärfere Regeln bei der Verwertung von Abfällen und Auflagen zum Klimaschutz. So wird der Logistikaufwand durch Mauterhöhungen um 83 % eine Herausforderung darstellen, die nur durch die weitere Optimierung der Tourenpläne, effizientere Personalplanung, moderne Fahrzeuge und eine höhere Marktdurchdringung und nicht zuletzt durch Preisanpassungen zu einer Minimierung des Risikos führen wird.

Vor dem Hintergrund der stabilen Auftragslage sieht sich das Unternehmen für die Bewältigung der meisten Risiken gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden können, sieht die Unternehmensleitung in ausbleibenden Aufträgen und Verträgen, deren Auswirkung kurzfristig nicht zu kompensieren sind.

Die Gesellschaft schöpft alle Instrumente des Risikomanagements aus, um Schaden vom Unternehmen abzuwenden.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Im Wirtschaftsplan 2023 wurde von Umsatzerlösen in Höhe von 6.200 T€ und einem Jahresüberschuss von 104 T€ ausgegangen.

Das Geschäftsjahr 2023 wurde mit einem positiven Jahresergebnis abgeschlossen. Die Gesamtumsatzerlöse des Geschäftsjahres stiegen leicht auf 6.329 T€. Der Umsatz konnte gegenüber dem Vorjahr um 3,4% gesteigert werden. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 3 T€ gestiegen und liegt bei 2.845 T€. Durchschnittlich wurden im Geschäftsjahr 67 Personen beschäftigt.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 von Wirtschaftsprüferin Frau Marijke Albus von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft MSC Schwarzer Albus GmbH geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

4. Ausgewählte Kennziffern der "Umwelt" Entsorgungs- und Straßenservice GmbH¹:

Dil	2021	2022	2023	Änderung
Bilanz	T€	T€	T€	zum Vorjahr
Anlagevermögen	2.856	2.570	2.653	83
Umlaufvermögen	1.832	2.157	2.498	341
Eigenkapital	3.567	3.742	4.022	280
Verbindlichkeiten	988	881	1.013	132
Bilanzsumme	4.729	4.764	5.182	418
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	6.057	6.120	6.329	209
Personalaufwand	2.653	2.842	2.845	3
Materialaufwand	648	477	661	184
Abschreibungen	546	579	540	- 39
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7	7	16	9
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	344	175	280	105
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)²	75	79	78	- 1
Beschäftigte Ø	66	68	67	- 1
Umsatz je Beschäftigen (T€)	92,0	90,0	94,5	4,5

Rundungsdifferenzen möglich
 Eigenkapital/Gesamtkapital

4. Schlussbemerkungen

Dieser Bericht wurde unter Benutzung der Prüfungsberichte der Jahresabschlüsse, der Lageberichte der Gesellschaften und den Auskünften der Geschäftsführer bzw. beauftragter Mitarbeiter erstellt.

Die entnommenen Zahlen, Daten und Fakten entstammen hauptsächlich den Bilanzen, den Gewinn- und Verlustrechnungen und den Lageberichten.

Die Jahresabschlüsse sind im Landratsamt Greiz (Sachgebiet Beteiligungsverwaltung) einsehbar.

5. Abkürzungsverzeichnis

AO Abgabenordnung

BKrFQG Berufsfahrerqualifizierungsgesetz
DIN EN ISO Internationale Normvorschrift

DLZ Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz GmbH

DRG diagnosebezogene Fallgruppen
DSV Daseinsvorsorge Greiz GmbH

GmbH Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GmbHG GmbH-Gesetz

GUD Geraer Umweltdienste GmbH & Co. KG
GVB Verkehrs- und Betriebsgesellschaft Gera mbH

HGB Handelsgesetzbuch

HGrG Haushaltsgrundsätzegesetz HRB Handelsregister-Teil B

jPdöR juristische Person des öffentlichen Rechts

KHEntgG Krankenhausentgeltgesetz

KHG Krankenhausfinanzierungsgesetz
KHZG Krankenhauszukunftsgesetz
KKH Greiz Kreiskrankenhaus Greiz GmbH

KKH Ronneburg Kreiskrankenhaus Ronneburg – Fachklinik für Geriatrie GmbH

KKH Schleiz Kreiskrankenhaus Schleiz GmbH
KrW/AbfG Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
KSM Kreisstraßenmeisterei Landkreis Greiz

MVZ Greiz Medizinisches Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH

- Poliklinik Greiz GmbH

ÖDA Öffentlicher Dienstleistungsauftrag
ÖPNV Öffentlicher Personennahverkehr
PBefG Personenbeförderungsgesetz

PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz

QM-System Qualitätsmanagement-System

RVG Regionalverkehr Gera / Land GmbH

SBG IX Das neunte Sozialgesetzbuch

SVG GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH

TAWEG Zweckverband Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße

Elster/Greiz

ThürEBV Thüringer Eigenbetriebsverordnung
ThürKO Thüringer Kommunalordnung

THÜSAC Thüringisch-Sächsische Personennahverkehrsgesellschaft

TVöD Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst

VKA Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände

VMT Verkehrsverbund Mittelthüringen



Beteiligungsbericht 2023 des Landkreises Greiz

INHALTSVERZEICHNIS

<u>1.</u>	EINLEITUNG	3
<u>2.</u>	ÜBERBLICK ÜBER DIE BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES GREIZ	5
2.2 2.3	RECHTSFORMEN BETEILIGUNGSÜBERSICHT IM GESCHÄFTSJAHR 2023 GRUNDLEGENDE DATEN 2023 AUSGEWÄHLTE KENNZAHLEN 2023	5 6 7 8
<u>3.</u>	AUSFÜHRUNGEN ZU DEN EINZELNEN UNTERNEHMEN	9
3.2	KRANKENHÄUSER DES LANDKREISES GREIZ 3.1.1 KREISKRANKENHAUS GREIZ-RONNEBURG GMBH (KKH GREIZ-RONNEBURG GMBH) 3.1.1.1 MEDIZINISCHES VERSORGUNGSZENTRUM – POLIKLINIK GREIZ GMBH 3.1.1.2 DIENSTLEISTUNGSZENTRUM KREISKRANKENHAUS GREIZ-RONNEBURG GMBH 3.1.1.3 PFLEGEHEIM RONNEBURG GMBH 3.1.1.4 KREISREHAKLINIK RONNEBURG GMBH 2 VERKEHRS- UND SERVICE-UNTERNEHMEN 3.2.1 PERSONEN- UND REISEVERKEHRS GMBH GREIZ (PRG) 3.2.2 REGIONALVERKEHR GERA/LAND GMBH (RVG) 3.2.3 GRZ SERVICE UND VERWALTUNGSGESELLSCHAFT GMBH 3 SONSTIGE UNTERNEHMEN 3.3.1 "UMWELT" ENTSORGUNGS- UND STRAßENSERVICE GMBH	9 18 26 32 38 42 53 62 70
<u>4.</u>	SCHLUSSBEMERKUNGEN	78
5	ABKÜRZI INGSVERZEICHNIS	79

1. Einleitung

Der Beteiligungsbericht hat die Aufgabe, einen Überblick über die kreiseigenen Unternehmen zu geben. Der Bericht wird jährlich fortgeschrieben, damit die Entwicklung der Unternehmen kontinuierlich verfolgt werden kann.

In dem Beteiligungsbericht werden die einzelnen Unternehmen, an denen der Landkreis beteiligt ist, vorgestellt, ihre spezifischen Leistungen beschrieben und wichtige ökonomische Daten präsentiert. Ausgehend von den kommunalen Aufgaben bzw. Zielsetzungen wird über die Unternehmensziele, die Leistungskraft und die wirtschaftliche Situation informiert.

Der Beteiligungsbericht bezieht sich grundsätzlich auf das Jahr 2023. Zu ausgewählten Zahlen und Kennziffern erfolgt ein Vergleich mit den Jahren 2022 und 2021.

Die Gesellschaften und die Eigenbetriebe erstellen ihren Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches. Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden. Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

Bilanz:

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. Aktiva sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter ("Wofür wurden die Mittel verwendet?"). Passiva sind die hierfür verwendeten Finanzmittel ("Woher kamen die Mittel?").

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite - Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen. Das Anlagevermögen stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude und Fuhrpark. Zum Umlagevermögen zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden wie z. B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben. Auf der Passivseite – Mittelherkunft – werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen und Verbindlichkeiten dargestellt. Unter der Position Eigenkapital sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z. B. eingebrachtes Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter oder der Jahresgewinn oder -verlust des Vorjahres. Rückstellungen sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z. B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der Verbindlichkeiten werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt sind, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen oder aus Lieferung und Leistung.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die Gewinn- und Verlustrechnung ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögensnachweis – besonders der Schuldennachweis – im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV – auch Erfolgsrechnung genannt – dar. Die Darstellung der GuV erfolgt im vorliegenden Beteiligungsbericht reduziert auf wesentliche Positionen.

Das Betriebsergebnis liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im Finanzergebnis sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das gewöhnliche Geschäftsergebnis ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das außerordentliche Ergebnis den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i. d. R. ungewöhnlich hoch sind, wie z. B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das Jahresergebnis – Jahresüberschuss oder –fehlbetrag – ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

2. Überblick über die Beteiligungen des Landkreises Greiz

2.1 Rechtsformen

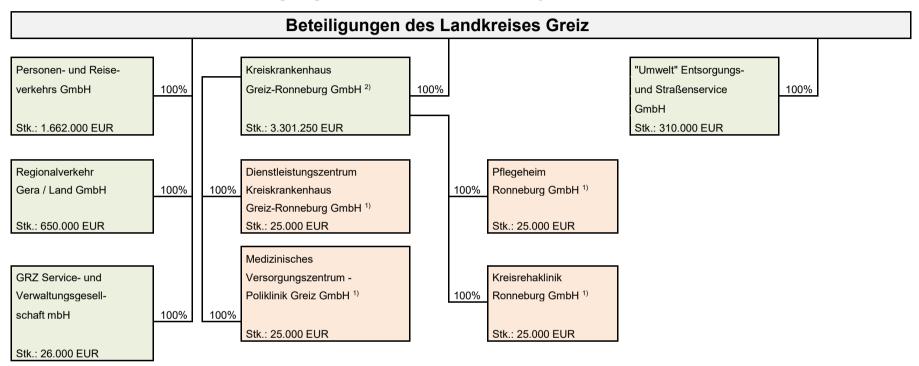
Die hoheitlichen bzw. wirtschaftlichen Aufgaben des Landkreises Greiz werden in folgenden Rechtsformen durchgeführt:

juristische Person des Privatrechts (GmbH)

Die GmbH ist immer organisatorisch, wirtschaftlich und rechtlich selbständig. Die Haftung beschränkt sich gemäß § 13 (2) GmbHG auf das Vermögen der Gesellschaft (entspricht § 73 (1) Nr. 3 ThürKO). Ihre Organe sind der oder die Geschäftsführer, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung. Die Aufgaben und Kompetenzen der Organe sind im HGB, GmbHG, AktG und den Gesellschaftsverträgen geregelt. Die GmbH wird durch den oder die Geschäftsführer gerichtlich und außergerichtlich vertreten (§ 35 GmbHG).

2.2 Beteiligungsübersicht im Geschäftsjahr 2023

Beteiligungsübersicht im Geschäftsjahr 2023



Stk. = Stammkapital

% - Angabe = Beteiligung am Stammkapital

¹⁾ Tochtergesellschaften der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH.

²⁾ Mit Vollzug der Fusion der Kreiskrankenhaus Ronneburg - Fachklinik für Geriatrie GmbH auf die Kreiskrankenhaus Greiz GmbH firmiert die Gesellschaft unter "Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH". Die Tochtergesellschaften der ehemaligen Kreiskrankenhaus Ronneburg - Fachklinik für Geriatrie GmbH sind nun Tochtergesellschaften der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH.

2.3 Grundlegende Daten 2023

	Bezeichnung	Gründung/Beurkundung	Handelsregister B Amtsgericht Jena	Stammkapital EUR	Geschäftsführer
1.	Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH	09.06.1993	205474	3.301.250	Herr Ralf Delker Herr Clemens Schmitz
2.	MVZ Greiz, 100 %-ige Tochter der KKH Greiz- Ronneburg GmbH ¹	08.05.2007	501557	25.000	Herr Ralf Delker
3.	Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH, 100 %-ige Tochter der KKH Greiz-Ronneburg GmbH	20.03.2020 5	512748	25.000	Herr Ralf Delker
4.	Kreiskrankenhaus Ronneburg – Fachklinik für Geriatrie GmbH	verschmolzen zum 01.01.2022 mit der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH zur Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg G			
5.	Pflegeheim Ronneburg GmbH, 100 %-ige Tochter der KKH Greiz-Ronneburg GmbH	12.01.2000	208234	25.000	Herr Clemens Schmitz Herr Ralf Delker
6.	Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH 100 %-ige Tochter der KKH Greiz-Ronneburg GmbH	17.10.2019	516643	25.000	Herr Clemens Schmitz Herr Ralf Delker
7.	Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz (PRG)	23.01.1991	201511	1.662.000	Herr Dr. Stefan Meißner
8.	Regionalverkehr Gera / Land GmbH (RVG)	23.11.1992	202722	650.000	Herr Dr. Stefan Meißner
9.	GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH	28.01.2003	209759	26.000	Herr Dr. Stefan Meißner
10.	"Umwelt" Entsorgungs- und Straßenservice GmbH	03.07.1990	200743	310.000	Herr Jochen Eidner

 $^{\rm 1}$ Genaue Bezeichnung – Medizinisches Versorgungszentrum – Poliklinik Greiz GmbH

2.4 ausgewählte Kennzahlen 2023

Kennzahlen Unternehmen	PRG	RVG	GRZ Service	KKH Greiz- Ronneburg	DLZ	MVZ Greiz	Pflege- heim Ronneburg	Kreisreha- klinik	Umwelt GmbH
G & V - Daten	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Umsatz	8.003	5.400	903	63.119	2.645	3.650	3.294	0	6.329
Personalaufwand	4.840	3.686	813	40.308	2.328	3.021	2.338	0	2.845
Materialaufwand	2.341	1.216	0	16.322	7	76	1.044	0	661
Bilanz									
Anlagevermögen	2.344	2.106	26	55.596	0	541	110	0	2.653
bilanziertes Eigenkapital	1.151	219	127	41.717	251	36	1.787	20	4.022
Verbindlichkeiten	3.382	3.050	83	8.074	194	980	1.212	0	1.013
Bilanzsumme	5.318	3.525	243	84.441	563	1.281	3.210	21	5.182
Sonstige									
Bilanzielle EK-Quote (%) (EK ohne Sonderposten)	22	6	52	49	45	3	56	96	78
Beschäftigte (Durchschnitt)	96	70	14	626	91	56	56	0	67

3. Ausführungen zu den einzelnen Unternehmen

3.1 Krankenhäuser des Landkreises Greiz

3.1.1 Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH (KKH Greiz-Ronneburg GmbH)

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Kreiskrankenhaus

Greiz-Ronneburg GmbH Telefon: 03661-462110 Wichmannstraße 12 Telefax: 03661-462112

07973 Greiz E-Mail: <u>info@hospital-greiz.de</u>

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 09. Juni 1993 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 205474) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 18. August 2022 (mit notarieller Urkundenrolle Nr. 405/2022 des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 240.3-1515-001/22-GRZ

Organe der Gesellschaft

Krankenhausleitung (Stand 31.12.2023):

Ralf Delker Geschäftsführer Clemens Schmitz Geschäftsführer

Thomas Hedrich Prokurist

Dr. med. Peter Gottschalk Leitender Chefarzt Maria von der Grün Pflegedirektorin

Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2023):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrat

stellv. Vorsitzender Herr Dr. Andreas Hemmann Kreistagsmitglied

weitere Mitglieder Herr Heinz Klügel Kreistagsmitglied

Herr Dr. Robby Schlund Kreistagsmitglied
Herr Dr. Ulli Schäfer Kreistagsmitglied
Herr Andreas Weber Kreistagsmitglied
Herr Udo Brandt Arbeitnehmervertreter
Herr Werner Preißler Arbeitnehmervertreter
Frau Katrin Goller Arbeitnehmervertreter

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2023 Bezüge in Höhe von 2 T€ erhalten (Vj. 3 T€).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2023 beträgt 3.301.250,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen:

Medizinisches Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH -

Poliklinik Greiz GmbH

Prozentualer Anteil: 100 %

Übernommene Stammeinlage: 25.000,00 Euro

Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH

Prozentualer Anteil: 100 %

Übernommene Stammeinlage: 25.000,00 Euro

Pflegeheim Ronneburg GmbH

Prozentualer Anteil: 100 %

Übernommene Stammeinlage: 25.000,00 Euro

Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH

Prozentualer Anteil: 100 %

Übernommene Stammeinlage: 25.000,00 Euro

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist die Sicherstellung der bedarfsgerechten Krankenhausversorgung der Bevölkerung im Rahmen der Gesetze und rechtlichen Bestimmungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen.

Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art gründen, übernehmen oder sich an solchen Unternehmen beteiligen, wenn ein wirtschaftlicher und organisatorischer Zusammenhang zur Erzielung des Gesellschaftszweckes besteht oder herbeigeführt werden soll. Insbesondere gilt das für Betreiber- und Servicegesellschaften oder anders bezeichnete Gesellschaften, die Hilfs- und Nebenprozesse des Krankenhauses betreiben bzw. Serviceleistungen erbringen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Thüringer Krankenhausplan. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Krankenhaus wird als juristisch selbständige Person in GmbH-Form geführt. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Die Gesellschaft übernimmt Aufgaben mit regionalem und überregionalem Versorgungscharakter. Ziel des Krankenhauses ist die Sicherstellung der gemäß dem Thüringer Krankenhausplan gestellten Aufgaben unter Einhaltung wirtschaftlicher Gesichtspunkte zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet. Die KKH Greiz-Ronneburg GmbH ist innerhalb der Krankenhausplanung des Landes Thüringen eingeordnet und entspricht It. Feststellungsbescheid einem Krankenhaus mit (regional) intermediärem Versorgungscharakter. Mit Wirkung zum 01.01.2022 wurde die Kreiskrankenhaus Ronneburg-Fachklinik für Geriatrie GmbH mit 113 Planbetten und drei Tagesklinikbetten auf die Gesellschaft verschmolzen.

Mit zwei Krankenhäusern an zwei Standorten werden in insgesamt 9 Fachrichtungen stationäre, teilstationäre und ambulante Gesundheitsleistungen erbracht.

Im Rahmen der gesetzlichen Krankenhausplanung ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH am Standort Greiz mit folgenden Fachabteilungen berücksichtigt:

- . Klinik für Innere Medizin 1
- . Klinik für Innere Medizin 2
- . Klinik für Allgemeine, Gefäß- und Viszerale Chirurgie
- . Klinik für Orthopädie und Unfallchirurgie
- . Department Wirbelsäulenchirurgie
- . Klinik für Anästhesie und Intensivtherapie
- . Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe
- . Urologische Klinik
- . Hals-Nasen-Ohren Klinik (Belegabteilung)
- . Klinik für Kinder- und Jugendmedizin

Mit einer Gesamtkapazität von durchschnittlich 256 aufgestellten Betten (Standort Greiz) für die Versorgung, Operieren weitere ambulante stationäre das ambulante und Behandlungsmöglichkeiten erfolgten auf **Basis** eines soliden und breiten Behandlungsspektrums die Sicherstellung und Gewährleistung der medizinischen Versorgung im Landkreis Greiz. Hinzu kommen die laut Feststellungsbescheid zum 7. Thüringer Krankenhausplan aufgestellten 113 Planbetten am Standort Ronneburg.

Die KKH Greiz-Ronneburg GmbH ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband Thüringen und im Akademischen Lehrkrankenhaus des Universitätsklinikums Jena.

Das Krankenhaus ist entsprechend den gesetzlichen Vorschriften von der Körperschaft-, Vermögen-, Gewerbe- und Grundsteuer befreit.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft befindet sich in einem starken Veränderungsprozess. Aufgrund hoher Defizite bis 2019 ist und war eine Sanierung der Gesellschaft unabdingbar. Ziel ist es, die Wirtschaftlichkeit der Klinik nachhaltig wiederherzustellen und dabei jedoch dem sozialverträglichen Anspruch eines kommunalen Hauses gerecht zu werden. Das Restrukturierungsgutachten in Anlehnung an IDW S6 vom 24.04.2020 ist weitgehend umgesetzt.

Der Ausbruch der COVID-19 Pandemie am 11.03.2020, die Energiekrise und die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine haben das Krankenhaus wirtschaftlich nachhaltig verändert und stellen somit eine weitere Herausforderung dar, die es zu bewältigen gilt. Die betriebswirtschaftlichen Folgen der genannten Ereignisse sind für die Zukunft nicht vollumfänglich abschätzbar.

Die Entwicklung des Konzerns war auch 2023 geprägt von der Entwicklung der beiden Krankenhäuser in Greiz und Ronneburg. Im Wesentlichen war das Berichtsjahr von Preissteigerungen u.a. in den Bereichen Energie, medizinischer Bedarf und Löhne betroffen. Die Profitabilität hat sich insbesondere weiter verschlechtert.

Die geplante Krankenhausreform ist eines der Topthemen der Branche. Es wird damit gerechnet, dass sich die wirtschaftliche Situation durch die Krankenhausreform erst in zehn Jahren verbessern wird. Die betriebswirtschaftlichen Folgen aufgrund einer zunehmenden Ambulantisierung sind auch für die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH nicht vollumfänglich abschätzbar. Die Auslastung ist auch im dritten Jahr nach der Corona-Pandemie noch nicht auf dem Niveau davor, sondern vielmehr auf dem Niveau von 2022.

Das Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) ist eine weitere wichtige Säule der Finanzierung von Krankenhäusern und spielte auch 2023 eine wichtige Rolle. Hierdurch werden Investitionen in die digitale Infrastruktur gefördert, um die medizinische Versorgung weiter zu verbessern. Im Zuge der hohen Energiepreise wurden durch die Regelungen des § 26f KHG krankenhausindividuelle Ausgleichszahlungen zum pauschalen Ausgleich mittelbar durch den Anstieg der Energiepreise verursachter Kostensteigerungen für den Zeitraum 01. Oktober 2022 bis zum 30. April 2024 beschlossen. Aufgrund dessen konnte die Gesellschaft im Berichtsjahr staatliche Unterstützungsleistungen in Höhe von 2.156 TEUR in Anspruch nehmen.

2. Geschäftsverlauf

Die Fallzahlen sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Langsam erholen sich die durch die herrschende Corona-Pandemie in den Jahren 2020-2022 fehlenden Krankenhauserlöse am Standort Greiz.

Aus den Ergebnissen der Tarifverhandlungen ergaben sich nicht unerhebliche Belastungen für das Unternehmen. Gemäß TV-Ärzte VKA erhielten die Ärzte im Zuge der Tarifeinigung am 23.05.2023 ein Inflationsausgleichsgeld in Höhe von 2.500 €, welches zur Hälfte im August 2023 ausgezahlt wurde. Darüber hinaus gab es eine Entgelterhöhung um 4,8 % ab dem 01.07.2023. Die Einigung im TVöD vom 22.04.2023 sah eine Erhöhung der Tabellenentgelte um 200 € und anschließend 5,5 % vor. Auch wurde eine Inflationsausgleichsprämie von insgesamt 3.000 € gewährt, welche neben der einmaligen Sonderzahlung in Höhe von 1.240 € mit dem Entgelt für Juni 2023 weitere monatliche Sonderzahlungen zu jeweils 200 € vorsah.

Der Arbeitsmarkt für Ärzte signalisiert keine absehbare Entspannung. Weiterhin besteht das Risiko, Honorarärzte beschäftigen zu müssen. Der Nachbesetzung freiwerdender ärztlicher Stellen wird weiterhin besondere Bedeutung beigemessen. Dennoch ist die Situation im ärztlichen Bereich langfristig als risikobehaftet und kritisch zu beurteilen.

Generell gilt, dass eine Vergleichbarkeit der Bilanzwerte vor dem 01.01.2022 nur schwer möglich ist. Dies ist bedingt durch die Verschmelzung der Kreiskrankenhaus Ronneburg-Fachklinik für Geriatrie GmbH auf die Kreiskrankenhaus Greiz GmbH unter der neuen Bezeichnung Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH.

a) Vermögenslage:

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2023 = 84.441 T€. Das Bruttovermögen entfällt zu 66 % auf das Anlagevermögen und zu 30 % auf das kurzfristige Umlaufvermögen.

Die im Geschäftsjahr 2023 getätigten Investitionen von 5.249 T€ betrafen überwiegend medizinische Einrichtungen und Ausstattungen und Anlagen im Bau.

Das Umlaufvermögen ist insbesondere durch die Position Forderung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (7.306 T€) geprägt, welche im Wesentlichen die Forderungen aus der KHZG-Förderung und zum anderen die Forderungen aus der Abrechnung der Ausgleiche für 2021 bis 2023 enthält.

Das Eigenkapital hat sich erhöht und beträgt zum 31.12.2023 = 41.717 T€. Die Eigenkapitalquote liegt unter Einbeziehung der Sonderposten bei 86,0 %, ohne diese Einrechnung bei 49,0 %.

b) Finanzlage:

Zum Bilanzstichtag 31.12.2023 beträgt die Liquidität der Gesellschaft aus Kassen- und Bankguthaben 10.643 T€. Darin sind zweckgebundene Mittel aus Pauschalfördermitteln in Höhe von 1.797 TEUR enthalten.

Aufgrund der sehr guten Liquidität, auch durch Zahlung der Energiehilfen sowie des verkürzten Zahlungsziels der Krankenkassen von 14 auf 5 Tage, konnten im Geschäftsjahr 2023 die Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen unter Abzug von Skonto bezahlt werden. Insgesamt betrachtet war die Zahlungsfähigkeit des Konzerns zu jeder Zeit gegeben.

c) Ertragslage:

Die DRG-Erlöse sind an beiden Standorten durch den Anstieg des Landesbasisfallwertes sowie die Leistungsausweitungen deutlich im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Langsam erholen sich die durch die Corona-Pandemie in den Jahren 2020-2022 fehlenden Krankenhauserlöse am Standort Greiz. Eine weitere Steigerung der Krankenhauserlöse wurde durch die Schließung eines benachbarten Krankenhauses erzielt. Am Standort Ronneburg konnten im Wesentlichen durch den Fachkräftemangel nicht alle Betten betrieben und somit ausgelastet werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen bei 6.752 T€ und damit über dem Vorjahresniveau.

Zur Bewertung der Ertragslage für das Berichtsjahr werden die Personalaufwandsquote, die Materialaufwandsquote sowie die Umsatzrentabilität in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

		Kennziffern				
Jahr	Personalaufwandsquote %	Materialaufwandsquote %	Umsatzrentabilität %			
2021	58,4	25,5	10,7			
2022	57,6	23,0	9,6			
2023	62,5	23,3	2,7			

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 2.151 T€ auf 40.308 T€ gestiegen. Im Wesentlichen haben die ersten Tarifsteigerungen im TVöD und TV-Ärzte VKA diese massive Steigerung der Personalkosten verursacht. Der Personalstamm konnte am Standort Greiz, gerade im pflegerischen Bereich, weiter aufgebaut werden. Auf Honorarärzte und Aushilfspersonal konnte an beiden Standorten im Berichtsjahr weitestgehend verzichtet werden (24 T€; Vorjahr: 0 T€).

Insgesamt ist der Materialaufwand um 1.359 T€ (9,1 %) gestiegen. Der Anstieg im Bereich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe resultiert im Wesentlichen aus den erhöhten Energiekosten. Die relative Konstanz beim medizinischen Bedarf sowie der Rückgang beim Wirtschaftsbedarf trotz Leistungssteigerungen sind auf verstärkte Auslagerungen von Leistungen auf Dienstleister, im Konzern oder extern, zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 5.535 T€. Die erhöhten Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung sind u.a. durch gestiegene Wartungskosten für Medizin- und Betriebstechnik begründet.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.856 T€ abgeschlossen.

d) Qualitätsmanagement

Im Krankenhaus ist ein Qualitätsmanagementsystem etabliert, dass die Anforderungen des SBG V an ein einrichtungsinternes Qualitätsmanagement, formuliert in der QM-Richtlinie des gemeinsamen Bundesausschusses, voll erfüllt. Im Krankenhaus Greiz-Ronneburg liegen folgende Zertifikate vor:

- Silber Zertifikat "Aktion Saubere Hände"
- Qualitätszertifikat MRE-Netzwerke in Thüringen
- Teilnahme am Krankenhaus-Infektions-Surveillance-System (KISS) HAND-KISS, IST-KISS, MRSA-KISS

Mit der Einführung und Etablierung eines Meldesystems für kritische Ereignisse (CIRS) im Rahmen des Qualitäts- und Risikomanagements leistet das Krankenhaus einen aktiven Beitrag zur Erhöhung der Patienten- und Mitarbeitersicherheit sowie -zufriedenheit und eine strategische Qualitätssicherung aller Abläufe im Krankenhaus. Im jährlich zu erstellenden Qualitätsbericht werden die Vorgaben zum Stand der Umsetzung und Weiterentwicklung des einrichtungsinternen Qualitätsmanagements dokumentiert.

e) Investitionen

Das KKH Greiz-Ronneburg tätigte im Jahr 2023 Investitionen in Höhe von 5.249 T€.

Die Investitionen betrafen im Wesentlichen den Bereich der Digitalisierung des Krankenhauses (KHZG), Medizintechnik und Technische Anlagen. Die Investitionen des Berichtsjahres wurden in Höhe von rd. 36 % über Fördermittel finanziert, im Übrigen aus Eigenmitteln. Zusätzliche Darlehen mussten nicht aufgenommen werden. Investiert wurde u.a. in:

- Computertomograph
- Ultraschallgeräte
- Patienten-Rufanlage letzter Abschnitt
- Netzwerk/W-LAN 1. Abschnitt
- Ausbau des Erdgeschosses (MVZ-Bereich)

Die Aufwendungen für Instandhaltung, Reparaturen und Wartung betrugen im Geschäftsjahr insgesamt 2.551 T€. Davon entfielen 849 T€ auf Medizintechnik, 972 T€ auf Betriebstechnik und 649 T€ auf EDV-Ausstattung.

f) Prognose

Die Budgetverhandlungen für das Jahr 2024 sind terminiert. Durch die Umstrukturierung des DRG-Systems mit der Ausgliederung des Pflegebudgets, durch Auswirkungen der Corona-Krise sowie durch die unklare Entwicklung der Zuweisungen in die Akutgeriatrie ist eine belastbare Prognose der Fallzahlentwicklung nur eingeschränkt möglich.

Durch die stetig älter und multimorbider werdende Bevölkerung, insbesondere durch die Altersstruktur im Landkreis Greiz, ist mit zunehmend steigenden Patientenzahlen zu rechnen. Hier haben die Krankenhäuser bereits ein gut differenziertes Spektrum für die Altersmedizin etabliert.

Durch die zwei Standorte der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH können zukünftig weiter Synergien genutzt werden, um gemeinsam zukunftsweisende Konzepte zur Gesundheitsversorgung weiterzuentwickeln und voranzutreiben. Durch die vernetzte Zusammenarbeit aller Fachbereiche und Standorte wird sich die Leistungsentwicklung positiv beeinflussen lassen.

Für das Jahr 2024 werden sich die Umsatzerlöse durch die Fallzahlsteigerung durch ein erhöhtes Notfallaufkommen und aus einer weiteren Steigerung des Landesbasisfallwertes in Thüringen erhöhen. Die Krankenhauskapazität wird an den Fallzahlen des Jahres 2019 ausgerichtet unter Berücksichtigung des Trends zur Ambulantisierung der Krankenhausleistungen.

Die Geschäftsleitung erwartet im Jahr 2024 trotz der anhaltend hohen Inflationsrate, besonders durch die überproportionale Steigerung von Energiekosten und massiven Tarifsteigerungen im TVöD ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Unterstützungsleistungen im Energiekostenbereich sind bereits bis April 2024 zugesagt.

Die angekündigte Reform der Krankenhausvergütung und -planung wird ausdrücklich begrüßt. Diese Reform wird das Unternehmen für die nächsten 5 Jahre beschäftigen (Konvergenzphase).

g) Chancen

Mit Bewilligung und Auszahlung der Fördergelder bezüglich des Krankenhauszukunftsgesetzes im Jahr 2022 und folgende wird die Digitalisierung der Gesellschaft realisiert und weiter vorangetrieben. Hieraus ergeben sich neben einer Qualitätssteigerung und Prozessoptimierung auch viele neue Chancen im Marketingsektor.

Die Technologien von Telemedizin und auch der Einsatz von künstlicher Intelligenz werden die Patientenversorgung grundlegend in den nächsten Jahren verändern. Bei der Rechnungsprüfung oder im Personalwesen wird die KI verstärkt zur Prozessoptimierung eingesetzt werden. Die zunehmende Verfügbarkeit großer Datenmengen ermöglicht zudem gezielte Bedarfsanalysen und eine stärkere individualisierte Medizin.

h) Risiken

Ein weiteres Risiko – neben den finanziellen Rahmenbedingungen für die Krankenhausfinanzierung im Jahr 2024 – ist in der Wettbewerbssituation des Krankenhauses am Standort Ronneburg mit Blick auf das unter Umständen rückläufige Zuweisungsverhalten eines Hauptzuweisers zu sehen.

Der Fachkräftemangel stellt in der Gesundheitsbranche weiterhin ein Risiko dar und führt dazu, dass die Schere zwischen dem Pflegebedarf und der Verfügbarkeit von Pflegekräften in der Krankenhausbranche wächst. Die Gesellschaft arbeitet vor diesem Hintergrund verstärkt am Personalrecruiting und der Personalbindung.

Die deutschen Verbraucherpreise sind wegen höherer Energiekosten weiter auf einem sehr hohen Niveau, wie seit langem nicht mehr. Die Gesellschaft hat sich in einem gewissen Umfang Energiekontingente preislich gesichert. Die weiterhin hohe Inflationsrate resultiert aus der seit 2022 herrschenden Russland-Ukraine-Krise sowie des seit 2023 begonnenen Israel-Hamas-Krieges. In den folgenden Jahren werden weitaus höhere Energiekosten auf die Gesellschaft zukommen.

Zwischen dem Bedarf an Investitionsmitteln der Krankenhäuser und der Zuweisung von öffentlichen Fördermitteln des Landes Thüringen klafft nach wie vor eine große Lücke. Um bei den medizinischen Entwicklungen Schritt halten zu können und gegenüber regionalen Wettbewerbern am Krankenhausmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben, zeigt sich zunehmend ein voranschreitendes Erfordernis zur Ausstattung mit modernster, kostenintensiver Medizin- und IT-Technik sowie zur Tätigung von Ersatzinvestitionen für Gebäude und Ausstattung bei Verschleiß. Aus diesem Risiko der Finanzierungslücke ergibt sich ein Zwang, Reserven aus dem laufenden operativen Ergebnis zu rekrutieren, um die Investitionen aus Eigenmitteln tätigen zu können.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Die aktuelle Liquidität entwickelt sich laut Planung leicht positiv. Liquiditätsrisiken sind aufgrund der vorausschauenden Planung derzeit nicht vorhanden. Die Geschäftsführung geht von einer stabilen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für das Jahr 2024 aus.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023-31.12.2023 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Meier und Kossen GmbH, Wildeshausen, geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

4. Ausgewählte Kennziffern der KKH Greiz-Ronneburg GmbH¹

Hinweis: Zum 01.01.2022 erfolgte die Fusion beider Krankenhäuser unter dem neuen Namen KKH **Greiz-Ronneburg GmbH!**

Bilanz	2021 T€	2022 T€	2023 T€	Veränderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	36.904	55.697	55.596	- 101
Umlaufvermögen	14.229	28.526	25.232	- 3.294
Eigenkapital Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	14.689 30.134	39.861 32.167	41.717 30.782	1.856 - 1.385
Verbindlichkeiten	6.091	10.953	8.074	- 2.879
Bilanzsumme	54.513	87.752	84.441	- 3.311
Dilanzaumine	34.313	07.702	07.771	- 3.311
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	49.919	65.729	63.119	- 2.609
sonstige betriebliche Erträge	2.827	2.838	6.752	3.914
Personalaufwand	29.085	38.158	40.308	2.150
Materialaufwand	12.691	14.964	16.322	1.358
Abschreibungen	3.135	4.690	5.331	641
sonstiger betrieblicher Aufwand	5.338	7.494	9.506	2.012
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33	45	139	94
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	81	14	25	11
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	4.947	6.314	1.856	- 4.458
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ³	82	81	85	4
Beschäftigte Ø	463	608	626	18
Fallzahlen (Absolut)	9.070	10.992	10.711	- 281
Umsatz je Beschäftigten (T€)	108	108	112	4
Personalaufwand je Fall (T€)	3,2	3,5	3,8	0,3
Materialaufwand je Fall (T€)	1,4	1,4	1,5	0,1

 ¹ Rundungsdifferenzen möglich
 ² Erlöse aus Krankenhausleistung, aus Wahlleistung, aus ambulanten Leistungen und Nutzungsentgelten der Ärzte Veränderung aufgrund Anwendungen nach § 277 HGB (BilRUG)
 ³ Eigenkapital / Gesamtkapital, wobei der Sonderposten aus Zuwendungen in das Eigenkapital mit eingerechnet wurde

3.1.1.1 Medizinisches Versorgungszentrum – Poliklinik Greiz GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Medizinisches Versorgungszentrum -

Poliklinik Greiz GmbH Telefon: 03661-462110
Wichmannstraße 12 Telefax: 03661-462112
07973 Greiz E-Mail: info@mvzgreiz.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 08. Mai 2007 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 501557) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 23.02.2023 (mit notarieller Urkundenrolle Nr. 131/2023) des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 240 – 1515.01 – 001/06 – GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2023):

Ralf Delker Geschäftsführer Claudia Krüger Ärztliche Leiterin

Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2023):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrat

stellv. Vorsitzender Herr Dr. Andreas Hemmann Kreistagsmitglied

weitere Mitglieder Herr Heinz Klügel Kreistagsmitglied

Herr Dr. Robby Schlund Kreistagsmitglied
Herr Dr. Ulli Schäfer Kreistagsmitglied
Herr Andreas Weber Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2023 keine Bezüge erhalten (Vj. keine Bezüge).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2023 beträgt 25.000,00 Euro. Die Gesellschaft wird als 100%-iges Tochterunternehmen in den Konzernabschluss der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH einbezogen.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb medizinischer Versorgungszentren im Sinne des SGB V zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen und aller hiermit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten sowie die Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringern der Krankenhausbehandlung und der Vorsorge und Rehabilitation und nichtärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebots und der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen, wie die integrierte Versorgung.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen. Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art gründen, übernehmen oder sich an solchen Unternehmen beteiligen, wenn ein wirtschaftlicher und organisatorischer Zusammenhang zur Erzielung des Gesellschaftszweckes besteht oder herbeigeführt werden soll. Insbesondere gilt das für Betreiber- und Servicegesellschaften oder anders bezeichnete Gesellschaften, die Hilfs- und Nebenprozesse des Krankenhauses betreiben bzw. Serviceleistungen erbringen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Medizinische Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH – Poliklinik Greiz GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem Gesellschaftsvertrag. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Medizinische Versorgungszentrum – Poliklinik Greiz GmbH (im folgenden MVZ Greiz) wurde gegründet, um gemeinsam mit interessierten niedergelassenen Ärzten der Region und interessierten Krankenhausärzten die Möglichkeiten von fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen durch Bereitstellung personeller und materieller Ressourcen zu erleichtern. Wartezeiten und Wege für die Patienten sollen sich verkürzen. Mit dieser Gesellschaft soll vor allem die ambulante Versorgung im Landkreis in der Zukunft unterstützt und verbessert werden. Wichtige Aspekte sind des Weiteren positive Auswirkungen auf die Auslastung des Krankenhauses am Standort Greiz sowie die optimale Nutzung der vorhandenen Ressourcen und Technik.

Das MVZ Greiz wird als juristisch selbständige Person in GmbH - Form geführt. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das deutsche Gesundheitssystem unterliegt einem anhaltenden Wandel. Äußere Rahmenbedingungen im ambulanten Gesundheitssektor sind im Wesentlichen:

- Die Gesetzgebung,
- Die demografischen Effekte bei Patienten und Personal sowie
- Die gesellschaftlich notwendige Optimierung und Konzentration von Prozessen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das MVZ werden entscheidend von der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen vorgegeben.

Die Herausforderung im Wettbewerb mit anderen stationären und ambulanten Gesundheitsdienstleistern liegt vor allem darin, qualitativ hochwertige Angebote medizinischer Leistungen vorzuhalten, sich den Gegebenheiten gesetzlicher Natur bzw. im Sinne von Optimierung bereits bestehender Strukturen, anzupassen und sich vorhandener Stärken und Schwächen bewusst zu werden.

Medizinische Versorgungszentren werden perspektivisch ihre Stellung in der Gesundheitsversorgung weiter ausbauen und ein wichtiger Bestandteil der ambulanten Patientenversorgung sein.

Das MVZ schafft für das Kreiskrankenhaus Greiz wesentliche Voraussetzungen, um im Schnittstellenbereich zwischen der ambulanten und stationären Versorgung agieren zu können und Synergieeffekte zu generieren.

2. Geschäftsverlauf

Das MVZ Greiz umfasst per 31.12.2023 die folgenden Fachbereiche:

- Hausärzte (Allgemeinmedizin, Innere Medizin)
- Neurologie
- Urologie
- Kardiologie
- Chirurgie
- Neurochirurgie
- Nuklearmedizin

Das MVZ war im Geschäftsjahr 2023 in zwei MVZ-Zentren gegliedert. Insgesamt werden 7,75 Arztstellen (Vorjahr: 9) an den Standorten Ärztehaus Greiz und die Poliklinik Greiz-Ronneburg vorgehalten. Im Vergleich zum Vorjahr ist festzustellen, dass die Fallzahlen, trotz Sitz-Reduzierung um durchschnittlich 1,25 Sitze, relativ konstant blieben.

Jahr	Fallzahlen
2018	56.378
2019	54.590
2020	43.995
2021	40.155
2022	31.976
2023	31.924

Im Geschäftsjahr 2023 wurde zum 01.01.2023 ein Hausarztsitz im Umfang von 0,75 durch eine Fachärztin für Innere Medizin besetzt. Zum 01.12.2023 wurde der Arztsitz für Kinder- und Jugendmedizin in Greiz vakant. Die Nachbesetzungsfrist dafür beträgt 6 Monate und kann bei Bedarf um weitere 6 Monate verlängert werden.

Der Chirurgische Sitz in Schleiz konnte an die fidelus Nord MVZ GmbH veräußert werden.

Im November 2023 gelang es dem MVZ sich bei einer Ausschreibung eines halben Nuklearmedizinischen Sitzes durch die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen gegen 3 Bewerber durchzusetzen und den ausgeschriebenen halben Sitz für das MVZ zu akquirieren.

Im August 2023 begannen die Umbaumaßahmen zum 2. Bauabschnitt im Erdgeschoss des Haupthauses des Kreiskrankenhauses Greiz-Ronneburg, welche im 1. Quartal 2024 abgeschlossen sein werden.

Im Geschäftsjahr 2023 verzichtete die Gesellschafterin zur Beseitigung der bilanziellen Überschuldung des MVZ auf die Rückzahlung von Forderungen in Höhe von 1.022 T€. Darüber hinaus waren keine Unterstützungen zur Bestandserhaltung durch die Gesellschafterin erforderlich. Dem MVZ war es möglich, alle Verbindlichkeiten aus dem aktuellen Jahr an das Krankenhaus zu begleichen.

a) Vermögenslage:

Die bereinigte Bilanzsumme beträgt 1.281 T€ zum 31.12.2023 und ist im Vergleich zum Vorjahr um 41 T€ gestiegen.

Den Investitionen von 34 T€ stehen Abschreibungen von 141 T€ und Anlageabgänge in Höhe von 70 T€ gegenüber. Das Anlagevermögen verringerte sich um 177 T€ und liegt zum 31.12.2023 bei 541 T€.

Das Umlaufvermögen ist im Vergleich zum Vorjahr um 218 T€ gestiegen und beträgt zum Bilanzstichtag 739 T€. Dies resultiert im Wesentlichen aus höheren Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und einem gestiegenen Bankenbestand. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen bis zum 31.12.2023 mit 88 T€.

b) Finanzlage:

Die Liquidität ist weiterhin geprägt durch die monatlichen Abschlagszahlungen der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen in Höhe von 124 T€ (Stand: Dezember 2023) sowie die mit zeitlichem Versatz erfolgten Restzahlungen von 100 T€ pro Quartal.

Der Bestand an liquiden Mitteln ist stichtagsbezogen von 17 T€ auf 167 T€ gestiegen.

Die Muttergesellschaft hat die Rückzahlung der zum Bilanzstichtag 31.12.2023 gegenüber der Gesellschafterin bestehenden Verbindlichkeiten in Höhe eines Betrages von 852 T€ bis zum 31.12.2024 gestundet.

Das MVZ hat wie im Vorjahr bei Kreditinstituten keine Kredite für Betriebsmittel oder Investitionen aufgenommen. Die Liquidität war zu jeder Zeit gegeben.

c) Ertragslage:

Im Berichtsjahr 2023 wurden im MVZ Greiz 31.924 Patienten behandelt. Das sind 52 weniger als im Vorjahr. Die Erlöse aus ambulanten Leistungen in Höhe von 2.366 T€ basieren wie in den Vorjahren auf von der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen vergüteten Leistungen aus monatlichen Abschlagszahlungen bzw. Restzahlungen. Die Restzahlungen für das 3. und 4. Quartal des Geschäftsjahres erfolgen jeweils im Folgejahr. Weitere Erlösbestandteile bestehen aus der Beteiligung von Ärzten (164 T€) sowie aus sonstigen Umsatzerlösen (1.120 T€).

Die Personalaufwendungen betragen 3.021 T€ und liegen, aufgrund von Neueinstellungen im Bereich Physio- und Ergotherapie sowie im ärztlichen Bereich, über dem Vorjahresniveau (2.682 T€).

Ergebnissteigernd haben sich die im Berichtsjahr geringeren sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 161 T€) sowie höhere sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (+ 13 T€) ausgewirkt.

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresgewinn in Höhe von 1.022 T€ (Vj. - 170 T€) und damit oberhalb des im Lagebericht des Vorjahres erwarteten ausgeglichenen Jahresergebnisses ab.

Zur besseren Veranschaulichung der Ertragslage sind die letzten 3 Jahre in der Tabelle dargestellt:

		Kennziffern				
Jahr	Personalaufwandsquote %	Materialaufwandsquote %	Umsatzrentabilität %			
2021	88,0	17,0	- 19,2			
2022	88,1	1,5	- 5,6			
2023	84,0	2,1	28,4			

d) Qualitätsmanagement

Neben den Krankenhäusern sind auch Praxen in Medizinischen Versorgungszentren zur Einführung eines einrichtungsinternen Qualitätsmanagementsystems gesetzlich verpflichtet. Die grundsätzlichen Anforderungen werden durch die Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses (QM-RL) definiert. Das Medizinische Versorgungszentrum - Poliklinik Greiz GmbH – ist mit seinen Strukturen und Prozessen in das bestehende Qualitätsmanagementsystem des Mutterunternehmens eingebunden und erfüllt damit die gesetzlichen Anforderungen.

e) Investitionen

Im Geschäftsjahr 2023 wurden Investitionen in Höhe von 34 T€ (Vorjahr: 167 T€) getätigt. Davon entfielen 30 T€ auf Einrichtungen und Ausstattungen sowie 4 T€ auf Immaterielle Wirtschaftsgüter.

Die Investitionen erfolgten mit Eigenmitteln.

f) Prognose

Für das kommende Jahr wird weiterhin eine positive Entwicklung angestrebt, die Zusammenarbeit mit den anderen medizinischen Einrichtungen soll ausgebaut und die Dienstleistungen kontinuierlich verbessert werden.

Nach erfolgreich abgeschlossenem 2. Bauabschnitt im Erdgeschoss des Greizer Klinikums werden im Jahr 2024 wieder ambulante physiotherapeutische Leistungen angeboten. Zusätzlich werden dort weitere Praxis- und Therapieräume für die Patienten der Schmerzsprechstunde des Krankenhauses entstehen. Die neurochirurgische Praxis des MVZ wird zukünftig auch in den neuen Räumen tätig sein. Durch die Zusammenlegung dieser Bereiche entstehen deutliche Benefits für die ambulante Versorgung der Patienten des Schmerz- und Rückenzentrums.

Ein weiterer Schwerpunkt für das MVZ wird in den nächsten Jahren in der Ausbildung von ärztlichem Personal liegen. Geplant sind hierfür der Ausbau der im MVZ vorhandenen Weiterbildungsermächtigungen, um auch zukünftig die Nachfolge von altersbedingt ausscheidenden Ärzten zu sichern.

Gleichzeitig wird die Ausbildung von Medizinischen Fachangestellten forciert, um auch hier die zukünftigen Mitarbeiter aus den eigenen Reihen rekrutieren zu können. Der Fokus des MVZ liegt weiterhin auf der Bereitstellung einer hochwertigen medizinischen Versorgung. Durch die kontinuierliche Zusammenarbeit mit der Muttergesellschaft kann der Patientenstamm weiter stabilisiert und neue Patienten gewonnen werden.

Für das Geschäftsjahr 2024 plant die Gesellschaft konstante Umsatzerlöse und ein ausgeglichenes Ergebnis.

g) Chancen

Medizinische Versorgungszentren sind als Leistungserbringer in der vertragsärztlichen Versorgung inzwischen etabliert und haben sich als ein wichtiges Bindeglied bei der Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung erwiesen.

Die Ambulantisierung, d.h. die Verlagerung von stationären zu ambulanten Behandlungen, eröffnet dem MVZ verschiedene Möglichkeiten zur Stärkung der Position und zur Verbesserung der Versorgung in unserer Gemeinschaft. Damit entsteht eine Flexibilisierung an die demografischen Veränderungen der Gesellschaft hin zu einer an die Bedürfnisse einer älter werdenden Bevölkerung ausgerichteten Versorgung.

Aus Sicht des Krankenhauses ermöglicht das MVZ eine stärkere Kooperation mit dem ambulanten Sektor, die Sicherung bisheriger bzw. Erzielung zusätzlicher Einnahmen, die Verbesserung der Wettbewerbssituation gegenüber Mitbewerbern im stationären Bereich sowie die verstärkte Kooperation mit niedergelassenen Ärzten zur Optimierung der Patientenversorgung.

h) Risiken

Der Gesundheitsmarkt unterliegt einer starken Reglementierung. Risiken werden im Wesentlichen durch die Gesundheitspolitik bestimmt. Neue Gesetzesbestimmungen in immer kürzeren Zeitabständen und vakante Sachverhalte führen zu einer verminderten Planungssicherheit. Bei nicht genügender Refinanzierung der Leistungen ergeben sich direkte Einflüsse auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die Gesellschaft befindet sich in einer angespannten Ertrags- und Liquiditätssituation. Am 17.06.2019 sagte die Gesellschafterin auf der Grundlage des Beschlusses des Kreistages Greiz vom 28.11.2017 dem MVZ ein verzinsliches Darlehen über 1.300 T€ zu. Das Darlehen ist gemäß dem Nachtrag zur Darlehenszusage vom 14.04.2020 auf unbefristete Zeit verlängert.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Muttergesellschaft durch liquiditätssichernde und kapitalerhaltende Maßnahmen auch künftig den Bestand der Gesellschaft sichern wird. Sollte das Mutterunternehmen diese Unterstützung einstellen, ist der Fortbestand der Gesellschaft gefährdet.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH. Wildeshausen, Meier Kossen geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu dem Ergebnis, dass keine Gründe zur Beanstandung vorlagen. Im Bestätigungsvermerk verweist die Meier und Kossen GmbH auf die Ausführungen der gesetzlichen Vertreter in Abschnitt "II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" des Anhangs und Abschnitt "C3. Risikobericht" im Lagebericht, in denen ausgeführt wird, dass sich die Gesellschaft in einer angespannten Ertrags- und Liquidationssituation befindet. Wie dort dargelegt, deuten diese Ereignisse und Gegebenheiten zusammen mit den anderen aufgeführten Sachverhalten auf das Bestehen einer wesentlichen Unsicherheit hin, die Gesellschaft zur bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Fortführung Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann und die ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellt.

4. Ausgewählte Kennziffern der MVZ Greiz GmbH¹:

Bilanz	2021 T€	2022 T€	2023 T€	Veränderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	940	719	541	- 178
Umlaufvermögen Nicht durch Eigenkapital	640	521	740	219
gedeckter Fehlbetrag	816	986	0	- 986
Eigenkapital Verbindlichkeiten (ohne	0	0	36	36
Rückstellungen)	2.165	2.076	980	- 1.096
Bilanzsumme	2.398	2.226	1.281	- 945
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	3.224	3.245	3.650	405
Personalaufwand	2.679	2.682	3.021	339
Materialaufwand	517	45	76	31
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 584	- 170	1.022	1.192
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)	0	0	3	3
Beschäftigte Ø	53	44	56	12

 ¹ Rundungsdifferenzen möglich
 ² Erlöse aus Kassenärztlichen Leistungen, Nutzungsentgelte der Ärzte und Umsatzerlöse nach BilRUG

3.1.1.2 Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH

 Wichmannstraße 12
 Telefon:
 03661-462110

 07973 Greiz
 Telefax:
 03661-462112

E-Mail: info@hospital-greiz.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft ist entstanden durch die Veräußerung der Gesellschaftsanteile der Daseinsvorsorge Greiz GmbH an die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH sowie daran anschließend die Änderung des Gesellschaftszweckes und des Gesellschaftsvertrages. Das Unternehmen ist beim Amtsgericht Jena (HRB 512748) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 23. Februar 2023 (mit notarieller Urkundenrolle Nr. 133/2023 des Notariats Peter Orth).

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2023):

Ralf Delker Geschäftsführer

Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2023):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrat

stellv. Vorsitzender Herr Dr. Andreas Hemmann Kreistagsmitglied

weitere Mitglieder Herr Heinz Klügel Kreistagsmitglied

Herr Dr. Robby Schlund Kreistagsmitglied
Herr Dr. Ulli Schäfer Kreistagsmitglied
Herr Andreas Weber Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2023 keine Bezüge erhalten (Vj. keine Bezüge).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2023 beträgt 25.000,00 Euro. Die Gesellschaft wird als 100%-iges Tochterunternehmen in den Konzernabschluss der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH einbezogen.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens sind Dienst- und Beratungsleistungen für die Einrichtungen der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH einschließlich deren Tochtergesellschaften, welche erforderlich sind, um den Versorgungsauftrag des Gesellschafters – die bedarfsgerechte Krankenhausversorgung der Bevölkerung – zu erfüllen, einschließlich aller Leistungen zur Verwaltung, zum Erhalt und zum Betrieb des Anlagevermögens der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH nebst den Tochtergesellschaften. Hierzu zählen zum Beispiel das Facility Management, Catering, technische und hauswirtschaftliche Dienstleistungen sowie Verwaltungsdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen, darunter die Lieferung von Strom und Gas einschließlich der damit verbundenen Nebenleistungen.

Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem Gesellschaftsvertrag. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH (im folgenden DLZ) wurde gegründet, um die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere von Glas- und Gebäudereinigung im Gesundheitswesen, von Hol- und Bringediensten/ Transportdiensten, die Müllentsorgung sowie alle infrastrukturellen Dienstleistungsbereiche für die Unternehmen der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH abzudecken. Das DLZ wird als juristisch selbständige Person in GmbH - Form geführt.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Trotz der herausfordernden Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der allgemeinen gesamtwirtschaftlichen Situation in Deutschland hat sich die Spezialisierung von modernen infrastrukturellen Versorgungsleistungen im Sozial- und Gesundheitsmarkt, wie Unterhalts- und Gebäudereinigung, Serviceleistungen in der Versorgung der Fachabteilungen und Sonderleistungen im Sozial- und Gesundheitssektor, bewährt und bietet der DLZ eine gute betriebswirtschaftliche Perspektive.

Die Personalveränderungen im gewerblichen Unternehmensbereich werden ausschließlich nur flexibel und auftragsabhängig getätigt und entschieden. Damit wird erreicht, dass eine hohe Flexibilität innerhalb der Personalkostenstrukturen aufrechterhalten werden kann sowie der Personalkostenanteil am Umsatz sich im budgetierten Rahmen bewegt und kontrolliert wird.

2. Geschäftsverlauf

Das Dienstleistungszentrum kann auf ein positives Geschäftsjahr 2023 zurückblicken.

Die Umsätze liegen 594 TEUR über dem Vorjahr. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die im Berichtsjahr erfolgte Ausweitung von Dienstleistungen für die Muttergesellschaft am Standort Ronneburg zurückzuführen.

Das Dienstleistungszentrum übernimmt die Reinigungstätigkeiten, die Speisenlogistik, Tätigkeiten der Versorgungsassistenten, die Bettenaufbereitung sowie den Hol- und Bringdienst im Mutterunternehmen sowie bis zum 31.12.2023 in der Sternbach-Klinik Schleiz GmbH.

Die sonstigen Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegen bei 273 TEUR. Hier sind im Wesentlichen die Managementleistungen zwischen der Dorfner GmbH & Co. KG erfasst.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Jahresergebnis von 26 TEUR erzielt.

a) Vermögenslage:

Die Bilanzsumme liegt bei 563 T€. Die Gesellschaft besitzt kein nichtbetriebsnotwendiges Anlagevermögen. Stille Reserven sind in den aktivierten Vermögensgegenständen nicht vorhanden. Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 44,6 % (Vj. 45,6 %). Die übrigen Finanzmittel resultieren aus kurzfristigen, laufenden Verbindlichkeiten und Rückstellungen. Es ist festzustellen, dass die wirtschaftliche Lage zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes als gut zu beurteilen ist.

b) Finanzlage:

Zur Durchführung der laufenden Verträge mit allen Kunden werden überwiegend Ver- und Gebrauchsartikel eingesetzt, die im laufenden Monat jeweils aufgezehrt werden. Alle Geschäftsbeziehungen zu den Stammlieferanten konnten weiter erhalten werden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist es der Geschäftsleitung gelungen, das Unternehmen aus Eigenmitteln im laufenden Geschäftsbereich zu finanzieren. In 2023 war es nicht notwendig, kurzfristige finanzielle Spitzenbelastungen durch die Inanspruchnahmen von kurzfristigen Bankkrediten abzudecken. Alle Verbindlichkeiten sind durch Eigenmittel in der Liquiditätssteuerung beglichen wurden.

Der Bestand an liquiden Mitteln liegt stichtagsbezogen bei 274 T€ (Vj. 360 T€).

c) Ertragslage:

Die Umsätze liegen im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 2.645 T€. Das entspricht einer Umsatzrendite von 1,5 % (Vj. 4,9 %). Die Umsatzentwicklung im Geschäftsjahr kann durchaus als sehr gut bewertet werden.

Dieser Trend soll in den Folgejahren weiter anhalten. Die DLZ hat das Ziel, sich durch qualitativ sehr gute Dienstleistungen in den Gebäudediensten weiter zu behaupten und einen wirtschaftlichen Beitrag in der Kreiskrankenaus Greiz-Ronneburg Unternehmensgruppe zu leisten

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegen bei 274 T€ (Vj. 196 T€). Hier sind im Wesentlichen die Managementleistungen zwischen der Dorfner GmbH & Co. KG und Versicherungen erfasst. Die Personalaufwendungen liegen bei 2.328 T€ (Vj. 1.704 T€). Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Jahresergebnis von 26 T€ (Vj. 99 T€) erzielt.

d) Qualitätsmanagement

entfällt

e) Investitionen

entfällt

f) Prognose

Für die kommenden Jahre schätzt die Geschäftsleitung eine positive Entwicklung der Gesellschaft ein. Die weitere Entwicklung im Markt und hier im Versorgungssegment zeigt, dass nur die Dienstleister eine echte Chance auf Wachstum und Ertrag haben, die ihre Spezialisierungen weiter vorantreiben und die Personalkosten im Verhältnis zum jeweiligen Umsatz weiter optimieren.

g) Chancen

Die hohen Qualitätsansprüche werden durch Qualitätskontrollen durchgesetzt, sowohl beim Lieferanten als auch in den eigenen Geschäftsräumen.

h) Risiken

Für das Unternehmen sind keine Marktrisiken durch konjunkturabhängige Investitionszyklen vorhanden. Die internen Aufgaben und Geschäftsprozesse werden sorgfältig gesteuert und sind daher weniger risikobehaftet.

Das DLZ hat unterschiedliche nationale Gesetze zu beachten. Daraus können sich für Rechtsgeschäfte etwa bei der Gestaltung von Verträgen Risiken ergeben, die die Gesellschaft nach Bedarf durch Rechtsberater bewältigt.

Der wirtschaftliche Erfolg der Gesellschaft ist in hohem Maß von Engagement und Know-how des externen Managementdienstleisters, der Firma Dorfner GmbH & Co. KG, abhängig. Ziel ist es daher, qualifizierte Fach- und Führungskräfte für das Unternehmen weiter zu entwickeln und zu gewinnen, sie erfolgreich zu integrieren und dauerhaft zu binden. Die Managementleistungen werden extern noch bis zum 31. Mai 2024 von der Fa. Dorfner GmbH & Co. KG geführt. Die Eingliederung der Managementleistungen für das Dienstleistungsunternehmen in die Muttergesellschaft wird im Laufe des Jahres 2024 erfolgen. Dies ermöglicht eine Optimierung der Prozesse und die Vereinheitlichung der Konzernbuchhaltung sowie Integration der

Abrechnung im Personalmanagement, was zu einer effizienteren Betriebsführung führen kann. Es besteht derzeit temporäre geringe Personalknappheit.

Die Gesamtbeurteilung der Risiken sowie des eingesetzten Risikomanagementsystems ergab, dass die vorhandenen Risiken begrenzt und überschaubar sind und das Risikomanagement effizient ist.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm. Forderungsausfälle liegen nicht vor. Zudem besteht eine langjährige Zusammenarbeit mit dem Hauptkunden, der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg Unternehmensgruppe.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Meier und Kossen GmbH, Wildeshausen, geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu dem Ergebnis, dass keine Gründe zur Beanstandung vorlagen.

4. Ausgewählte Kennziffern der DLZ Greiz-Ronneburg GmbH¹:

Bilanz	2021 T€	2022 T€	2023 T€	Veränderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	0	0	0	0
Umlaufvermögen	329	496	562	66
Eigenkapital Verbindlichkeiten (ohne	127	226	251	25
Rückstellungen)	130	164	194	30
Bilanzsumme	329	496	563	67
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	1.527	2.052	2.645	593
Personalaufwand	1.227	1.704	2.328	624
Materialaufwand	0	12	7	- 5
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	100	99	26	- 73
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)	39	46	45	- 1
Beschäftigte Ø	55	64	91	27

 ¹ Rundungsdifferenzen möglich
 ² Erlöse aus Kassenärztlichen Leistungen, Nutzungsentgelte der Ärzte und Umsatzerlöse nach BilRUG

3.1.1.3 Pflegeheim Ronneburg GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Pflegeheim Ronneburg GmbH Telefon: 036602-55200 Dr.-Gehlmann-Straße 3 Telefax: 036602-55209 07580 Ronneburg E-Mail: info@pflegeheim-

Ronneburg.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 12. Januar 2000 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 208234) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 11. Oktober 2022 (Urkundenrolle Nr. 786/2022 des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 204.4 – 1511 – 002/99

Organe der Gesellschaft

Pflegeheimleitung (Stand 31.12.2023):

Dipl.-Kfm. Clemens Schmitz Geschäftsführer Dipl.-Kfm. Ralf Delker Geschäftsführer Thomas Hedrich Einzelprokura Thomas Pampel Heimleiter

Pflegedienstleiterin Doreen Friedrich

Die Geschäftsführer sind vom Verbot der Selbstkontrahierung (§ 181 BGB) befreit. Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2023):

Vorsitzende: Frau Martina Schweinsburg Landrat

stelly. Vorsitzender Herr Dr. Andreas Hemmann Kreistagsmitglied

Herr Andreas Weber weitere Mitglieder Kreistagsmitglied

> Kreistagsmitglied Herr Heinz Klügel Herr Dr. Robby Schlund Kreistagsmitglied Herr Dr. Ulli Schäfer Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2023 Bezüge in Höhe von 0 € erhalten (Vj. 600 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2023 beträgt 25.000,00 Euro.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Pflegeheimes mit der Aufgabe der vollstationären Pflege und der Tagespflege von Pflegebedürftigen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen.

Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Pflegeheim Ronneburg GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Thüringer Landespflegeplan. Die unter "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Pflegeheimes mit der Aufgabe der vollstationären Pflege und der Tagespflege von Pflegebedürftigen. Die Gesellschaft wurde durch Bescheid vom 31.05.2001 des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit in den 4. Thüringer Landespflegeplan mit einer Bettenkapazität von 50 vollstationären Dauerpflegeplätzen aufgenommen. Mit Nachtrag zum Versorgungsvertrag vom 25.02.2013 wurde der Versorgungsauftrag ab dem 01.02.2013 von 50 auf 76 vollstationäre Pflegeplätze erhöht. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 68 Nr. 1a AO und ist entsprechend den gesetzlichen Vorschriften von der Körperschaft-, Gewerbe-, Umsatz- und Grundsteuer befreit.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftlich, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Branche der stationären Altenpflege bewegt sich zunehmend im Spannungsfeld der Demographie und der gesetzgeberischen Vorgaben. Einerseits ist auf Grund der zunehmenden Alterung der Gesellschaft, insbesondere in Thüringen, der Bedarf an stationärer Pflege hoch mit ansteigender Tendenz. Andererseits ist durch den Mangel an Pflegefachkräften die Kapazität an Heimplätzen limitiert. Zudem verteuern gesetzgeberische Regularien wie Tarifbindung und Betreuungsschlüssel die Kosten enorm. Die Begrenzung des Eigenanteils an den pflegebedingten Aufwendungen durch den Leistungszuschlag der Pflegekassen, den es seit 2022 gibt, gelingt durch die stärker steigenden Kosten nicht, der Preisanstieg für Pflegeheimbewohner wird dadurch nur gedämpft. Die Warteliste der Gesellschaft ist umfangreich, sodass freie Kapazitäten normalerweise zeitnah vergeben werden können.

Teilweise können Anfragen von Angehörigen zu einem Heimplatz nicht positiv beschieden werden, da die Pflegebedürftigen keinen Hausarzt mitbringen, der in das Pflegeheim kommt. Einen Kooperationsvertrag mit einem Hausarzt abzuschließen, der das Heim exklusiv betreut, ist bisher nicht gelungen, obwohl seit 2019 Pflegeheime dazu gesetzlich verpflichtet sind. Die zuständige Kassenärztliche Vereinigung wurde diesbezüglich bereits angemahnt.

Der Pflegezustand der Bewohner ist zunehmend anspruchsvoller.

Im Jahr 2023 wurde im Bereich der Pflegefachkräfte die Absicherung nur durch Leiharbeitnehmer weiter sichergestellt. Die Zusammenarbeit mit Vermittlern von Arbeitskräften aus dem Ausland wurde 2023 intensiviert.

2. Geschäftsverlauf

Wesentlich wurde das Jahr 2023 durch die Nachwirkungen der Corona-Pandemie geprägt. Belastend kam hinzu, dass die sich abzeichnenden Kostensteigerungen nicht in den Pflegesatz hineinverhandelt werden konnten. Kosten werden bei den Pflegesatzverhandlungen im Bereich der Pflegeheime erst retrospektiv in den Pflegesätzen berücksichtigt.

Im Berichtszeitraum von 2023 wurde das Pflegeheim durchgehend mit 76 Betten betrieben. Das verfolgte Konzept der ortsnahen Versorgung pflegebedürftiger Bewohner durch gut ausgebildete Mitarbeiter hat sich bewährt.

Im Jahr 2023 waren alle Stellen gemäß Verhandlungen mit den Pflegekassen fachgerecht besetzt, wenn auch hier auf kostenintensive Leihkräfte zurückgegriffen werden musste. Die Mitarbeiter des Unternehmens haben einen erheblichen Anteil an der hohen Auslastung des Pflegeheims. Die Beschäftigungstherapie wird von einem Team aus Ergotherapeuten und Betreuern durchgeführt.

Im Ergebnis hat sich die Gesellschaft bei der Auslastung planmäßig entwickelt. Die betrieblichen Erträge konnten entsprechend gesteigert werden, denen aber höhere Kostensteigerungen, u.a. für externe Pflege- und Betreuungskräfte, gegenüberstanden. Dies begründet somit einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 237 T€.

a) Vermögenslage:

Das Anlagevermögen betrug zum Bilanzstichtag 109 T€ (Vj. 104 T€). Die Veränderung des Anlagevermögens resultiert im Wesentlichen aus den planmäßigen Abschreibungen. Die Investitionen in Höhe von 28 T€ betrafen Einrichtung und Ausstattung.

Das Eigenkapital beläuft sich auf 1.787 T€ (Vj. 2.024 T€) und hat sich infolge des Jahresfehlbetrages um 237 T€ verringert.

b) Finanzlage:

Die Pflegeheim Ronneburg GmbH ist finanziell unabhängig. Es bestehen keine langfristigen Verbindlichkeiten. Ausgewiesene Verbindlichkeiten bestehen ausschließlich aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Das Pflegeheim kann sich durch seine erzielten Erträge selbst finanzieren. Die Zahlungsfähigkeit war während des Berichtszeitraumes jederzeit gegeben.

c) Ertragslage:

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 27.059 Berechnungstage erbracht (Vj. 26.791). Die Auslastung lag bei rund 98 %. Damit wurden folgende Erlöse (in T€) erzielt:

Jahr	Erträge aus Pflege	Unterkunft & Verpflegung	Investitions- kosten	Sonstige Erlöse	Gesamt
2021	1.928	642	191	331	3.092
2022	1.988	655	168	264	3.075
2023	2.449	652	169	23	3.293

Im Ergebnis wurde im Geschäftsjahr 2023 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 237 T€ erzielt. Der Personalaufwand liegt bei 2.338 T€ und damit 173 T€ über dem Vorjahresniveau. Die Mehrkosten resultieren aus einer Gehaltserhöhung und einer Weihnachtsgratifikation an die Mitarbeiter. In der Gesellschaft waren durchschnittlich 54 Mitarbeiter beschäftigt. Die Sachkosten liegen bei 1.044 T€. Der Anstieg begründet sich durch gestiegene Wasser-, Energie- und Brennstoffkosten sowie für erhöhte Verpflegungsaufwendungen.

d) Qualitätsmanagement

entfällt

e) Investitionen

entfällt

f) Prognose

Das Geschäftsjahr 2024 ist bezüglich der Belegung auf gleich hohem Niveau angelaufen. Für 2024 ist mit einem positiven Ergebnis zu rechnen. Auf Grund der zu erwartenden Personal- und Sachkostensteigerungen und der Retrospektivität der Pflegesatzverhandlungen ist kein Ergebnis wie in den Jahren vor 2021 zu erreichen.

g) <u>Chancen</u>

Die durchschnittlich sehr hohe Auslastung des Pflegeheimes ist praktisch nicht mehr steigerbar. Unvermeidliche Kostensteigerungen sowohl der Sach- und Personalkosten müssen daher über den Pflegesatz erwirtschaftet werden.

h) Risiken

Aufgrund der demografischen Entwicklung werden auch zukünftig Heimplätze nachgefragt werden. Damit ist die Auslastung der 76 Plätze gewährleistet. Das erforderliche Pflegepersonal ist eingestellt. Die größte Herausforderung besteht darin, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten. Bezüglich des Eigenanteils der Bewohner an den Heimkosten ist das Pflegeheim im Mittelfeld der konkurrierenden Heime aufgestellt.

Problematisch wäre eine grundsätzliche Veränderung des Leistungsspektrums der Pflegeversicherung, insbesondere wenn die Zahlbeträge der Pflegeversicherung gekürzt und der Eigenanteil der Bewohner weiter deutlich erhöht werden müsste.

Neben der Anwerbung von Pflegefachkräften aus dem Ausland ist der Schwerpunkt dahingehend zu legen, jungen Menschen Ausbildungsplätze und damit das Berufsfeld Altenpflege als attraktiven Arbeitsplatz anzubieten. Derzeit werden 9 Auszubildende beschäftigt.

Risiken für eine Bestandsgefährdung des Pflegeheimes sind grundsätzlich nicht erkennbar.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Aufgrund des bestehenden Wettbewerbs zwischen Pflegeheimen und betreuten Wohnanlagen könnten sich Auswirkungen auf die künftige Auslastungssituation der Gesellschaft ergeben. Die Geschäftsführung geht infolge des guten Pflegeangebotes der Gesellschaft von keinen entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken aus.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 - 31.12.2023 von der Meier & Kossen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Beanstandungen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind geordnet.

4. Ausgewählte Kennziffern der Pflegeheim Ronneburg GmbH¹:

Bilanz	2021	2022	2023	Änderung zum
	T€	T€	T€	Vorjahr
Anlagevermögen	1.793	104	110	6
Umlaufvermögen	1.777	3.346	3.097	- 249
Eigenkapital	2.146	2.024	1.787	- 237
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	1.214	0	0	0
Verbindlichkeiten	109	1.537	1.212	- 325
Bilanzsumme	3.574	3.611	3.210	- 401
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	3.092	3.075	3.294	219
sonstige betriebliche Erträge	113	181	396	215
Personalaufwand	1.912	2.165	2.338	173
Materialaufwand	760	888	1.044	156
Abschreibungen	148	85	23	- 62
sonstiger betrieblicher Aufwand	108	117	268	151
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	300	- 122	- 237	- 115
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)³	94	56	56	0
Beschäftigte Ø	50	60	56	- 4
Pflegetage vollstationär	26.644	26.791	27.059	268
Umsatz je Pflegetag vollstationär (€)	116	115	122	7
Umsatz je Beschäftigten (T€)	62	51	59	8

Rundungsdifferenzen möglich

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² Umsatzerlöse (alles außer Zuschüsse und sonstige betriebliche Erträge)

³ Eigenkapital / Gesamtkapital, wobei der Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen eingerechnet wurden.

3.1.1.4 Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH Telefon: 036602-55200
Rudolf-Breitscheid-Platz 1 Telefax: 036602-55209
07580 Ronneburg E-Mail: post@krankenhaus-

Ronneburg.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 17. Oktober 2019 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 516643) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 11. Oktober 2022 (Urkundenrolle Nr. 787/2022 des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 240.1 – 1515 – 001/19 – GRZ

Organe der Gesellschaft

Klinikleitung (Stand 31.12.2023):

Dipl.-Kfm. Clemens Schmitz Geschäftsführer
Dipl.-Kfm. Ralf Delker Geschäftsführer
Thomas Hedrich Einzelprokura

Die Geschäftsführer sind vom Verbot der Selbstkontrahierung (§ 181 BGB) befreit. Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2023):

Vorsitzende: Frau Martina Schweinsburg Landrat

Stelly. Vorsitzender Herr Dr. Andreas Hemmann Kreistagsmitglied

weitere Mitglieder Herr Andreas Weber Kreistagsmitglied

Herr Heinz Klügel Kreistagsmitglied Herr Dr. Robby Schlund Kreistagsmitglied Herr Dr. Ulli Schäfer Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2023 keine Bezüge erhalten (Vorjahr: keine Bezüge).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2023 beträgt 25.000,00 Euro.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer geriatrischen Rehabilitationsklinik. Aufgabe der Rehabilitationsklinik ist die Erbringung von Leistungen zur geriatrischen Rehabilitation, die eine stationäre Behandlung, aber keine Krankenhausbehandlung erfordern (§ 111 SGB V).

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen.

Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH soll im Verbund mit der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH die Aufgaben gemäß geltendem Thüringer Krankenhausplan zur stationären Versorgung geriatrischer Patienten erfüllen. Die unter "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit wurde bisher nicht aufgenommen. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer geriatrischen Rehabilitationsklinik mit der Aufgabe der stationären geriatrischen Rehabilitation im Verbund mit der Kreiskrankenhaus Greiz- Ronneburg GmbH.

Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb wurde bisher nicht aufgenommen.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftlich, branchenbezogene Rahmenbedingungen

2. Geschäftsverlauf

Die Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH existiert derzeit nur als Mantel und hat keine wirtschaftliche Tätigkeit.

a) Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt 21 T€ und weist als Aktiva flüssige Mittel in Form eines Bankguthabens in vorgenannter Höhe aus. Die Passiva bilden das gezeichnete Kapital i.H.v. 25 T€ abzüglich eines Bilanzverlustes i.H.v. 4,7 T€ ab. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung gegenüber der Muttergesellschaft bestehen im Berichtsjahr nicht.

b) Finanzlage

Da das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit im Berichtsjahr aufgenommen hat, können keine Angaben zur Finanzlage gemacht werden.

c) Ertragslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1,9 T€ ab. Dabei handelte es sich um sonstige betriebliche Aufwendungen. Es wurde keine operative Geschäftstätigkeit ausgeübt.

d) Qualitätsmanagement

entfällt

e) Investitionen

entfällt

f) Prognose

Die Gesellschaft wird auch im Geschäftsjahr 2024 keine Geschäftstätigkeit aufnehmen.

g) Chancen

Hinsichtlich der Chancen können keine Angaben gemacht werden, da das Unternehmen auch in 2024 keine wirtschaftliche Tätigkeit aufnehmen wird.

h) Risiken

Hinsichtlich der Risiken können keine Angaben gemacht werden, da das Unternehmen auch in 2024 keine wirtschaftliche Tätigkeit aufnehmen wird.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung sowie unter Beachtung der Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 - 31.12.2023 von der Meier & Kossen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Beanstandungen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind geordnet.

4. Ausgewählte Kennziffern der Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH¹:

Dilawa	2021	2022	2023	Änderung
Bilanz	T€	T€	T€	zum Vorjahr
Anlagevermögen	0	0	0	0
Umlaufvermögen	25	25	21	- 4
Eigenkapital	23	22	20	- 2
Verbindlichkeiten	2	2	0	- 2
Bilanzsumme	25	25	21	- 4
Gewinn- und Verlustrechnung				
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	0
sonstiger betrieblicher Aufwand	0,5	1,1	1,9	0,8
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 0,5	- 1,1	- 1,9	0,8
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ²	93	91	96	5
Beschäftigte Ø	0	0	0	0

¹ Rundungsdifferenzen möglich
² Eigenkapital / Gesamtkapital

3.2 Verkehrs- und Service-Unternehmen

3.2.1 Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz (PRG)

Sitz und Anschrift des Unternehmens

PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz
Geraer Straße 7
Telefon: 03661-70650
Telefax: 03661-706526
07973 Greiz - Gommla
E-Mail: info@prg-greiz.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde aus der Verkehrs GmbH Greiz am 01. Januar 1991 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 201511) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 08. August 2012 (mit notarieller Beurkundung Nr. 959/2012 des Notariats Schwarzer).

Zeichen der Genehmigung: 240.4 – 1515.01 – 1/09 – GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2023):

Dr. Stefan Meißner Geschäftsführer Angela Rose Einzelprokura

Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2023):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrätin

stellv. Vorsitzender Herr Kai Dittmann Kreistagsmitglied

weitere Mitglieder Herr Dr. Bernd Grünler Sachverständiger

Herr Dirk Bergner Kreistagsmitglied
Herr Bodo Scheffel Sachverständiger
Herr Torsten Braun Kreistagsmitglied

Die Vergütung des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2023 betrug 641,88 € (Vj. 550,00 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2023 beträgt 1.662.000,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens sind die Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehren nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar und mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Tankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche, Reisebüro.

Die Tätigkeit erstreckt sich hauptsächlich auf den Nahverkehrsraum Greiz und Zeulenroda. Der Nahverkehrsraum bzw. das zugehörige Liniennetz darf nur mit Zustimmung der Gesellschafter geändert werden.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten. Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit Verkehrsunternehmen bzw. Verkehrsgesellschaften abschließen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Personen- und Reiseverkehrs GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Nahverkehrsplan des Landkreises Greiz. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Unternehmen besteht als juristisch selbständige Person in GmbH - Form. Gegenstand der Gesellschaft sind Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehren nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar und mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Flüssiggastankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche sowie Beratungs- und Servicebüro für Tarifkunden, Vertrags- und Gelegenheitsverkehre.

Kernstück der unternehmerischen Tätigkeit ist der öffentliche Personennahverkehr auf der Grundlage der erteilten 25 Linienkonzessionen (davon 17 Regionallinien) im Landkreis Greiz. Die verbleibenden 8 Stadtlinien sorgen mit der angebotenen Taktzahl für ein ausreichendes ÖPNV–Angebot in den Städten Greiz und Zeulenroda-Triebes. Das Unternehmen unterhält eine unselbstständige Außenstelle in Zeulenroda-Triebes.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der öffentliche Personennahverkehr als Haupteinnahmequelle wird auf der Grundlage der erteilten Linienkonzessionen durchgeführt und ist im Nahverkehrsplan festgeschrieben. Die Gesellschaft erbringt hauptsächlich Verkehrsleistungen nach dem Personenbeförderungsgesetz. Zwischen dem Landkreis Greiz und der PRG gibt es seit dem 01.09.2018 einen öffentlichen Dienstleistungsvertrag (ÖDA) mit einer Geltungsdauer von 10 Jahren. Gegenstand des Vertrages ist die europarechtskonforme Finanzierung des Linienverkehrs im ÖPNV des Landkreises Greiz. Sowohl die Erbringung der durch die PRG angebotenen öffentlichen Personenverkehrsdienste in dem bisherigen qualitativen und quantitativen Umfang als auch der Fortbestand des Unternehmens selbst sind im Wesentlichen von einer zukünftig ausreichenden Finanzierung durch den öffentlichen Auftraggeber abhängig. Die Ausreichung dieser Ausgleichsleistungen erfolgt auf der Grundlage des ÖDA.

Nach den drei vorangegangenen Jahren, welche durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie bzw. den zu ihrer Eindämmung behördlich angeordneten Beschränkungen des öffentlichen Lebens geprägt waren, markiert das Jahr 2023 das Jahr, in welchem die Fahrgastzahlen von Anbeginn wieder das Niveau des Jahres 2019 erreichten bzw. sogar leicht übertroffen haben. Einen wesentlichen Schub hinsichtlich der ÖPNV-Nutzung – auch im Bediengebiet der PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz – leistete zudem die Einführung des sog. "Deutschland-Tickets", welches die deutschlandweite Nutzung des ÖPNV zu einem Preis von 49 € pro Monat ermöglicht. Etwa 11 Mio. Deutschland-Ticket-Abonnements sind bundesweit registriert, wobei allerdings über 90% der Nutzer auch zuvor bereits ÖPNV-Kunden waren und nur aufgrund des niedrigeren Preises gegenüber den zuvor genutzten Tickets zum "Deutschland-Ticket" gewechselt sind (Quelle: VDV-Marktanalyse, 2023).

Darüber hinaus prägten weiterhin die Auswirkungen der Material- und Rohstoffknappheit, eine verfestigte hohe Inflationsrate sowie deutlich ungünstigere Finanzierungsrandbedingungen infolge der zur Eindämmung der Inflation verfolgten Zinspolitik der Europäischen Zentralbank die Branche. Nachdem im Jahr 2022 insbesondere die massiv gestiegenen Energiepreise die Kostenentwicklung bestimmt hatten, so hat sich die Inflation im Berichtsjahr auf alle Bereiche ausgedehnt: Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte, aber auch für Dienstleistungen wurden als Reaktion auf gestiegene Material- und Energiekosten deutlich erhöht; hinzu kommen steigende Personalkosten infolge überdurchschnittlich hoher Entgeltforderungen der Arbeitnehmervertretungen. Es ist absehbar, dass sich das gestiegene Kostenniveau auch mittelfristig verfestigen wird, wenngleich die Energiepreise (insbesondere für Dieselkraftstoff) nach dem Höchststand wieder gefallen sind.

Beide Entwicklungen haben die Finanzlage der Verkehrsunternehmen erheblich belastet. Während es infolge der Einführung des "Deutschland-Tickets" zu einem politisch motivierten Preis von 49 € pro Monat zu einem Rückgang der Fahrpreisniveaus im bundesweiten Durchschnitt um 23% (Quelle: VDV) geführt hat, sind die Kosten für die Leistungserstellung durchschnittlich um 15% gestiegen (Quelle: Statistisches Bundesamt). Allein infolge der Umsetzung des "Deutschland-Tickets" rechnet die Branche für 2023 bundesweit mit Schäden in Höhe von 2,3 Mrd. € und für 2024 mit 4,1 Mrd. €. Eine langfristig gesicherte Finanzierungsperspektive, wie einerseits die Einnahmeausfälle vollständig kompensiert und wie andererseits bei Limitierung des Ticketpreises steigende Kosten ausgeglichen werden sollen, konnte durch den Bund bzw. die Länder (welche das "Deutschland-Ticket" politisch durchgesetzt hatten) bisher nicht geschaffen werden, was die gesamte Branche mit erheblichen Unsicherheiten belastet.

2. Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft schließt den Berichtszeitraum mit einem Jahresergebnis von +291 T€ ab. Damit liegt das Ergebnis deutlich über dem Planansatz 2023 von -393 T€ sowie über dem Vorjahresergebnis von -347 T€. Die positive Entwicklung wird sowohl durch eine deutlich bessere Ertragslage im Linienverkehr als auch durch das deutlich ausgeweitete Engagement im Schienenersatz- und Busnotverkehr getragen. Der Landkreis Greiz hatte der Gesellschaft im Jahr 2022 zur Abmilderung bzw. Überbrückung der Folgen aus der seinerzeitigen "Energieexplosion" ein rückzahlbares Gesellschafterdarlehen in Höhe von 342 T€ gewährt, dessen Tilgung zunächst bis zum 31.12.2024 ausgesetzt ist. Aufgrund der Systematik zur Bemessung der Ausgleichszahlungen ist eine Tilgung des Gesellschafterdarlehens aus positiven Jahresergebnissen ab 2025 möglich.

Sowohl infolge der Einführung des "Deutschland-Tickets" als auch durch Angebotsverbesserungen im Linienverkehr konnten die Fahrgastzahlen gesteigert werden und lagen 2023 über dem Niveau der Beförderungsfälle des Jahres 2019. Damit setzt sich der positive Nachfragetrend im Ergebnis der grundlegenden Angebotsüberarbeitung aus dem Jahr 2018 sowie der seither stetig erfolgten Weiterentwicklungen fort.

Zur Stabilisierung der Geschäftsfelder außerhalb des Linienverkehrs hat insbesondere der Abschluss eines mehrjährigen Vertrags mit der Länderbahn im sog. "Vogtlandnetz" hinsichtlich der Erbringung von Schienenersatz- und Busnotverkehrsleistungen beigetragen. So stiegen die Erträge in den Geschäftsfeldern außerhalb des Linienverkehrs auf 1.524 T€ (Vorjahr: 942 T€) und das Spartenergebnis auf 344 T€ (Vorjahr: 125 T€).

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum Verkehrsleistungen im Umfang von ca. 2.207 Tsd. km (davon 2.059 Tsd. Wagenkilometer im Linienverkehr) erbracht; dies entspricht etwa dem Vorjahresniveau (2.213 Tsd. Wagenkilometer). Grundsätzliche Fahrplananpassungen erfolgten im Jahr 2023 nicht; Ausnahme: Betriebsaufnahme Linie 19 Greiz – Werdau.

Die bereits in den Vorjahren eingeschlagene "Drei-Säulen-Strategie" (Ausbildung und Übernahme von Auszubildenden; externe Besetzung; Qualifizierung von "Quereinsteigern") zur dauerhaften Sicherung des notwendigen Personalbestands hat sich im Hinblick auf die Möglichkeit des Unternehmens, freiwerdende Stellen rechtzeitig und in erforderlichem Umfang besetzen zu können, bewährt.

Zudem besteht mit der durch die GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH betriebene Fahrschule die Möglichkeit, die komplette Betreuung der eigenen Auszubildenden, die Qualifizierung von Quereinsteigern und die gesetzlich notwendigen Schulungsmaßnahmen im Fahrpersonal in eigener Verantwortung flexibel und kostengünstig zu gestalten. Dies stärkt die Position der beiden Verkehrsunternehmen PRG/RVG bei der Gewinnung und Betreuung von Auszubildenden und Interessenten erheblich.

a) Vermögenslage:

Die Bilanzsumme zum 31.12.2023 beträgt 5.318 T€. Der Anteil des die Vermögenslage prägenden Sachanlagevermögens an der Bilanzsumme sank deutlich von 56,2% auf 44,1%, infolge der planmäßigen Abschreibungen, die den Betrag der Investitionen im Berichtsjahr überstiegen; der Netto-Buchwert des Anlagevermögens belief sich zum Bilanzstichtag auf 2.344 T€. Das Anlagevermögen ist unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen vollständig durch Eigenkapital sowie mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt. Der wertmäßige Bestand an Vorräten liegt zum Bilanzstichtag bei 81 T€. Die Höhe der Forderungen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 738 T€. Hierin enthalten sind auch Ausgleichszahlungen für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Anwendung der verbindlich vorgegebenen Tarife "9-Euro-Ticket" und "Deutschland-Ticket" in Höhe von 48 T€.

Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft Investitionen in einem Gesamtumfang von 181 T€ (Vorjahr: 938 T€) getätigt; die im Jahr 2023 bestellten Busse für den Linienverkehr (527,5 T€, davon 73 T€ Fördermittel) wurden erst nach dem Bilanzstichtag ausgeliefert. In den kommenden Jahren wird sich die Investitionstätigkeit – neben den regelmäßigen Ersatzinvestitionen in die Fahrzeugflotte – verstärkt auf notwendige Ersatzinvestitionen im Betriebshof Greiz-Gommla fokussieren, wobei infolge einer immer restriktiveren Förderpolitik des Freistaats Thüringen hierfür in zunehmendem Maße auf Eigenmittel bzw. auf Fremdkapitalfinanzierung zurückgegriffen werden muss, wodurch die Verschuldung und Zinslast des Unternehmens absehbar ansteigen wird.

Das Eigenkapital beträgt 1.151 T€, was einer Quote von 18% entspricht (Vorjahr 21,6%).

b) Finanzlage:

Die Finanzlage des Unternehmens ist stabil.

Auf die zunächst nicht abschätzbare Liquiditätsentwicklung im Zusammenhang mit der Einführung des "Deutschland-Tickets" wurde durch eine strikte Ausgabenkontrolle und ein straffes Forderungsmanagement reagiert. Im Hinblick auf absehbare Rückzahlungsforderungen im Ergebnis der Einführung des "Deutschland-Tickets" wurde liquiditätsseitig entsprechende Vorsorge getroffen. Durch diese Maßnahmen ist es gelungen, die Liquidität der Gesellschaft auch nach der Einführung des "Deutschland-Tickets" vollumfänglich zu sichern.

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 3.382 T€, davon Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten aus der Finanzierung von Investitionen auf rund 1.570 T€ (Vorjahr: 1.240 T€), die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen auf ca. 388 T€ (Vorjahr: 1.192 T€).

Die sonstigen Verbindlichkeiten beliefen sich zum 31.12.2023 auf insgesamt 1.425 T€; hierin enthalten sind auch Verbindlichkeiten infolge zu viel erhaltener Abschlagszahlungen aus dem "ÖPNV-Rettungsschirm Corona/9-Euro-Ticket 2022" sowie nach § 45a PBefG 2023, für welche gegenwärtig noch keine Rückforderung besteht.

Unter Berücksichtigung der mittelfristigen Finanzplanung sowie der geplanten Ein- und Auszahlungen wird die Gesellschaft in der Lage sein, ihren Zahlungsverpflichtungen auch zukünftig fristgerecht nachzukommen.

c) Ertragslage:

Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft Erträge in einer Höhe von insgesamt +9.399 T€ erzielt (Vorjahr: +8.021 T€). Die Umsatzerlöse betrugen 8.003 T€ (Vorjahr 6.381 T€). Die Aufwendungen lagen im Gegenzug bei -9.108 T€ (Vorjahr: -8.368 T€). Das Jahresergebnis der PRG beträgt damit im Jahr 2023 +291 T€ (Vorjahr: -347 T€).

Den überwiegenden Anteil der im Sinne des § 8 (4) Satz 2 PBefG eigenwirtschaftlichen Erlöse bilden die Fahrgeldeinnahmen im Linienverkehr. Im Berichtszeitraum betrugen diese +2.577 T€, was gegenüber dem Vorjahr einen deutlichen Anstieg bedeutet. Diese Entwicklung ist einerseits darauf zurückzuführen, dass das Jahr 2023 nicht mehr von COVID-19-bedingten Nachfragerückgängen beeinträchtigt war und andererseits beim "Deutschland-Ticket" durch die PRG den Fahrgästen eine sehr einfache sowie flächendeckend zugängliche – und in der Folge sehr reichweitenstarke – Vertriebslösung angeboten wurde; etwa 20% der Deutschland-Ticket-Kunden der PRG wohnen nicht im Bediengebiet der Gesellschaft. Dennoch gehen mit der Anwendung des Tarifs "Deutschland-Ticket" erhebliche Einnahmeausfälle einher, welche durch den Bund bzw. den Freistaat Thüringen ausgeglichen werden. Für das Jahr 2023 betragen die Ausgleichsleistungen +1.009 T€, wovon nach dem Bilanzstichtag noch offene Forderungen in einer Höhe von +47,7 T€ bestehen.

Die Umsatzerlöse beinhalten auch die Erträge mit Zuschusscharakter (Ausgleichszahlungen des Aufgabenträgers auf der Grundlage des ÖDA in einer Höhe von +3.173 T€

(Vorjahr: +2.312 T€). Ausgleichszahlungen wurden für die ermäßigte Schülerbeförderung (vgl. § 45a PBefG) in einer Höhe von +434 T€ (Vorjahr: +1.028 T€) gewährt, wobei der Rückgang darauf zurückzuführen ist, dass nach der Umstellung der Schülerbeförderung auf "Deutschland-Tickets" diese nicht mehr nach § 45a PBefG erstattungsfähig sind. Hier werden ersatzweise Ausgleichszahlungen entsprechend der "Richtlinie Deutschlandticket ÖPNV Thüringen 2023" gewährt. Darüber hinaus wurden Ausgleichszahlungen für die unentgeltliche Schwerbehindertenbeförderung (vgl. § 231 SGB IX) in einer Höhe von +76 T€ gewährt (Vorjahr: +56 3Tsd. EUR).

Da das Unternehmen aufgrund seines Charakters als Versorgungsunternehmen nicht in der Lage ist, durch eigene Einnahmen aus Umsatzerlösen die Kosten zu decken, waren öffentliche Ausgleichszahlungen erforderlich, um eine bedarfsgerechte Verkehrsbedienung im öffentlichen Personennahverkehr zu sichern:

- in T€ -	2021	2022	2023
Ausgleichsleistungen entsprechend Öffentlichem Dienstleistungsauftrag ab 01.09.2018	2.317	2.312	3.173
darin enthalten: Finanzhilfen des Landes	659	775	838
Sonderhilfe "Kraftstoffkosten"	0	305	217
Corona-Ausgleichszahlungen für Schäden in Betriebszweigen außerhalb des ÖPNV	335	0	0
Ausgleichszahlungen des Landes (§ 45a PBefG; §§ 228 ff. SGB IX)	999	1.084	510
Ausgleichszahlungen aus dem "ÖPNV-Corona- Rettungsschirm" Thüringen (Mittelfluss)			
- für 2020	135	1	0
- für 2021	0	727	205
- für 2022	0	677	568
Ausgleichszahlungen Deutschlandticket für 2023	0	0	962
Gesamt	3.786	5.106	5.635

Der Personalaufwand enthält Aufwendungen für Löhne und Gehälter in Höhe von 4.007 T€ (Vorjahr: 3.848 T€) sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung in Höhe von 833 T€, davon für Altersversorgung in Höhe von 7 T€ (Vorjahr: 7 T€).

Der Materialaufwand betrug im Berichtszeitraum -2.341 T€ (Vorjahr: -1.991 T€). Während die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (im Wesentlichen Dieselkraftstoff und Ersatzteile) gegenüber dem Vorjahr sanken und der Aufwand für bezogene Leistungen im Linienverkehr etwa gleichbleibend war, ist der Anstieg maßgeblich auf die im Umfang erheblich ausgeweiteten Leistungen im Schienenersatz-/Busnotverkehr zurückzuführen, wofür auch in nennenswertem Umfang Nachauftragnehmer gebunden wurden.

d) Qualitätsmanagement

Die Qualität der Leistungserbringung im Bereich des Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG wird durch den Aufgabenträger auf Grundlage des ÖDA einer regelmäßigen Kontrolle unterzogen. Eingehende Anregungen bzw. Beschwerden werden im Rahmen des unternehmensinternen Qualitätsmanagements systematisch erfasst und ausgewertet sowie die Notwendigkeit organisatorischer, betrieblicher, technischer oder personeller Maßnahmen untersucht und bei Erfordernis auch umgesetzt. In sämtlichen Fällen erfolgt eine Rückmeldung an den Beschwerdeführer als integraler Bestandteil einer aktiven Kundenbindung.

e) <u>Investitionen</u>

Die seit 2018 forcierte Strategie planmäßiger, sukzessiver Ersatzinvestitionen wurde fortgesetzt, wobei die Auslieferung der bestellten neuen Linienbusse (ein Standard- und ein Großraumbus) erst im Februar 2024 erfolgte. Der Bestand an Bussen im Linienverkehr beläuft sich auf nunmehr 48 Fahrzeuge (Durchschnittsalter: 9,9 Jahre (Vorjahr: 9,7 Jahre) wovon 77% barrierefrei sind. Infolge der restriktiven Investitionsförderung seitens des Freistaats Thüringen konnte das ursprünglich geplante Beschaffungsprogramm (drei Busse) nicht vollständig umgesetzt werden; mittel- bis langfristig reicht die Neubeschaffung von zwei Bussen pro Jahr nicht aus, um den Investitionsbedarf im Fuhrpark zu decken.

Ein Großteil der Investitionstätigkeit im Berichtsjahr steht im Zusammenhang mit der Einführung des "Deutschland-Tickets" (Soft- und Hardwarekomponenten sowie Kontrolltechnik; Investitionsvolumen: 91,7 T€), wobei die PRG auch für die anderen im Landkreis Greiz tätigen Verkehrsunternehmen die Ausstellung von "Deutschland-Tickets" als Dienstleister übernimmt. Die Finanzierung erfolgt zu einem Großteil über die gewährten Umrüstungspauschalen (im Zusammenhang mit den Ausgleichsleistungen für das "Deutschland-Ticket").

Weitere Anschaffungen betrafen die bereits im Jahr 2022 begonnene Implementierung einer Software für die Bestellung und Koordinierung von Rufbus-Leistungen (68,6 T€), Werkstattausrüstung (9,2 T€), Büro- und Geschäftsausstattung/IT-Technik (4,6 T€) sowie für Fahrgastinformationssysteme in Bussen (3,5 T€).

f) Prognose

Zum 01.09.2018 trat ein neuer öffentlicher Dienstleistungsauftrag (ÖDA) in Kraft. Dieser hat eine aktualisierte Kalkulation der Aufwendungen und Erlöse für die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Grundlage und gewährleistet somit eine auskömmliche, zugleich aber auch den beihilferechtlichen Bestimmungen genügende Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Verkehrsleistungen. Sämtliche Genehmigungen nach PBefG wurden der PRG für 10 Jahre erteilt, somit besteht Planungssicherheit hinsichtlich der Auftrags- und Geschäftsgrundlage. In enger Abstimmung mit dem Aufgabenträger wurde zum 13.08.2018 ein neues Angebots- und Fahrplankonzept umgesetzt. In der Folge gelang es, die Fahrgastzahlen zu stabilisieren bzw. zu steigern. Das Angebotskonzept, welches eine Verdichtung und Systematisierung (Vertaktung, verbesserte Anschlüsse zwischen Bus und Zug) im Stadtverkehr sowie zwischen den zentralen Orten beinhaltet, soll beibehalten und bedarfsgerecht weiter ausgebaut werden. Dies umfasst u.a. die Einrichtung einer neuen durchgehenden Verbindung Greiz – Reudnitz – Fraureuth – Werdau unter Beteiligung des benachbarten Aufgabenträgers LK Zwickau sowie die Ausweitung des Bedienzeitraums auf den Linien Greiz – Zeulenroda und Greiz – Reichenbach zur Anpassung an die Schichtzeiten bei größeren Gewerbestandorten.

Für Bedienräume mit einer dünn und dispers besiedelten Raumstruktur, welche in der Folge auch unter tendenziell schwacher Nachfrage leiden, sollen weitgehend bedarfsorientierte Bedienformen eingeführt werden, welche einerseits hinreichend den Anforderungen an die Daseinsvorsorge genügen, andererseits aber auch eine strikte Ausrichtung an der

Verkehrsnachfrage zu einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit dieser Verkehre führen. Außerhalb der Zeiten des Schulverkehrs existiert innerhalb des Bedienraums weder ein festgelegter Linienverlauf noch ein fester Fahrplan; vielmehr können die Fahrgäste den Rufbus innerhalb des angebotenen Bedienzeitraums (ca. 08-18 Uhr) mit einem zeitlichen Vorlauf von mindestens einer Stunde zu jeder beliebigen Zeit bestellen. Grundlage hierfür ist die Novelle des PBefG aus dem Jahr 2021, welche hierfür die neue Betriebsform des "Linienbedarfsverkehrs" (§ 44 PBefG) vorsieht.

Das im Dezember 2021 eingeführte Pilotprojekt rund um die Stadt Elsterberg sowie die zur Stadt Greiz gehörenden Ortsteile im Vogtländischen Oberland verläuft sehr zufriedenstellend, so dass eine Ausweitung dieses Betriebskonzepts auf weitere Gebiete – zunächst im Umfeld der Städte Zeulenroda-Triebes und Auma-Weidatal sowie der Gemeinde Langenwetzendorf – vorgesehen ist.

g) Chancen

Es ist davon auszugehen, dass sich aufgrund der unternehmensübergreifenden Nutzbarkeit des "Deutschland-Tickets" neue Reiseketten herausbilden werden. Insbesondere wird die tarifliche Durchlässigkeit zwischen Zug und Bus deutlich einfacher und kostengünstiger; vielfach können Fahrgäste bei einer kombinierten Nutzung von Zug und Bus von erheblichen Reisezeitvorteilen profitieren. Dies wird auf den Hauptachsen zwischen den zentralen Orten und in den Stadtverkehren die ÖPNV-Nachfrage absehbar begünstigen. Aufgrund der absehbaren Veränderungen im Verkehrsmittelwahlverhalten erwartet die Gesellschaft trotz insgesamt steigender Nachfrage zunächst eine Abnahme der Verkehrsleistung aufgrund geringerer Reiseweiten, die mit den Bussen der Gesellschaft infolge der Kombination verschiedener Verkehrsträger zurückgelegt werden. Dies eröffnet jedoch nunmehr die Möglichkeit, betrieblich und technologisch ungünstige Langläufe von Linien "aufzubrechen" – insbesondere in Nord-Süd-Richtung mit parallelen SPNV-Angeboten – und stattdessen die freiwerdenden Kapazitäten zur Angebotsverdichtung auch nachfrage – bzw. potentialstarken Achsen einzusetzen.

Einen immer breiteren Raum nimmt die Diskussion um die Reduzierung verkehrlich bedingter CO₂-Emissionen ein. Auch im ÖPNV wird – trotz der bereits systembedingt sehr guten, spezifischen Emissionswerte und dem damit verbundenen, vergleichsweise geringen Minderungspotential – aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen (Gesetz über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge) die Umstellung bzw. Umrüstung auf emissionsarme bzw. –freie Antriebe forciert.

Für das Bediengebiet der Gesellschaft existieren derzeit keine geeigneten Fahrzeugkonzepte mit emissionsfreien Antrieben; ein Umstieg auf E-Busse wäre daher mit erheblichen Zusatzkosten (zusätzliche Fahrzeuge aufgrund ladebedingter Standzeiten infolge fehlender Langstreckentauglichkeit, Aufbau der Ladeinfrastruktur an mehreren Standorten, Umrüstung der Werkstatt) verbunden, die für die Gesellschaft nicht zu stemmen sind. Infolge der Zulassung bzw. Anrechnung von synthetischen Kraftstoffen (z.B. HVO100) können die Minderungsziele nunmehr auch bei Fortbestand der bislang genutzten Fahrzeuge bzw. Antriebstechnologien erreicht werden, wodurch der finanzielle Mehraufwand für die Gesellschaft beherrschbar bliebe.

Die Gesellschaft stimmt sich intensiv mit dem Landkreis Greiz als Aufgabenträger, mit benachbarten Aufgabenträgern, aber auch mit den im Einzugsbereich der Gesellschaft aktiven Eisenbahnverkehrsunternehmen und dem Freistaat Thüringen als Aufgabenträger für den SPNV hinsichtlich der Fortentwicklung des Verkehrsangebots ab. So wurden bereits durch die Angebotskonzeption aus dem Jahr 2018 wesentliche Ansätze umgesetzt, die sich nunmehr in der ITF-Rahmenplanung des Freistaats Thüringen wiederfinden, so dass günstige Voraussetzungen für die Etablierung des ITF im Landkreis Greiz bestehen. Insbesondere unter förderrechtlichen Aspekten wird die Integration weiterer dafür geeigneter Linien bzw. Verkehrsangebote in das ITF-Netz bzw. das Netz der "landesbedeutsamen Buslinien" angestrebt.

Die Gesellschaft kann bei der Leistungserstellung auf einen hohen Umfang erfahrener, langjährig im Unternehmen tätiger Beschäftigter zurückgreifen. Personelle Engpässe aufgrund kurzfristiger Fluktuation sind derzeit und auch absehbar nicht zu erwarten. Zudem hat sich die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH im Hinblick auf die Ausbildung von Fahrpersonalen – sowohl im Rahmen der Berufsausbildung als auch bei der Umschulung bzw. Weiterbildung von sog. "Quereinsteigern" – durch Einrichtung eines eignen Fahrschulbetriebs gut aufgestellt.

h) Risiken

Mit der Einführung des "Deutschland-Tickets" wurde ein grundlegender Systemwechsel auf dem Gebiet des ÖPNV vollzogen. Der politisch festgesetzte Höchstpreis für den Nutzer von 49 € pro Monat führte beim Verbrauchspreisindex für den Verwendungszweck "Nahverkehr: Job- und Schülertickets" des stat. Bundesamtes für die Monate April 2023 und Mai 2023 zu einem Rückgang der Erlöskraft im Segment der Zeitkarten um 63%. Der Nutzeranteil an der Finanzierung der Kostendeckung im ÖPNV sinkt erheblich; hinzukommt, dass durch das Prinzip "the seller takes it all" dasjenige Verkehrsunternehmen den kompletten Ticketerlös behält, welches das Ticket verkauft – unabhängig davon, ob der Kunde tatsächlich mit diesem Unternehmen unterwegs ist. Vertriebs- und reichweitenstarke Verkehrsunternehmen großen (insbesondere Eisenbahnverkehrsunternehmen mit deutschlandweiten Vertriebskanälen) haben hier einen Vorteil gegenüber nur lokal agierenden Verkehrsunternehmen. Letztgenannte sind folglich zu einem immer größeren Anteil auf eine Finanzierung durch die öffentliche Hand angewiesen. Die Unternehmensentwicklung und -finanzierung wird folglich immer stärker vom politischen Gestaltungs- bzw. Entscheidungswillen unternehmerische, tatsächlichen abhängig, während die am Marktgeschehen ausgerichtete Verantwortung in den Hintergrund tritt.

Eine mittel- bis langfristig belastbare und vor allem auskömmliche Finanzierungsperspektive seitens des Bundes bzw. des Freistaats Thüringen für das "Deutschland-Ticket" existiert bislang allerdings nicht. Sofern der Bund bzw. die Länder weiterhin nicht gewillt sind, die finanziellen Konsequenzen aus deren politischer Entscheidung zur Einführung des "Deutschland-Tickets" vollumfänglich zu tragen, verbleiben den Verkehrsunternehmen als Reaktionsmöglichkeit zur Begrenzung der Produktionskosten nur der Verzicht auf (Ersatz-)Investitionen und ein konsequenter Abbau von Verkehrsangeboten; dies steht allerdings den Bemühungen um eine ebenfalls politisch gewollte "Verkehrs- und Energiewende" diametral entgegen.

Es bleibt zu konstatieren, dass der kompletten Branche derzeit ein verkehrspolitisches Leitbild bzw. Zielkonzept, verbunden mit einer auch mittel- bzw. langfristig belastbaren Finanzierungsgrundlage, fehlt und daher auch kaum noch unternehmerische Entscheidungen von längerfristiger Tragweite möglich sind.

Eine große Unsicherheit stellt die kurz- bis mittelfristige Preisentwicklung sowie die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Ersatzteilen dar. Die Gesellschaft geht davon aus, dass sich die Inflation zwar verlangsamt, die Verbraucherpreise für Rohstoffe, Waren und Dienstleistungen aber insgesamt auf einem vergleichsweise hohen Niveau verharren. Hinzukommen absehbar steigende Produktionskosten aufgrund der Forderungen der Arbeitnehmervertretungen in Bezug auf Lohnsteigerungen und die Reduzierung von Arbeitsbelastungen. Damit werden sich auch die Kosten für die Leistungserstellung strukturell erhöhen, was sich u.a. in höheren Beförderungstarifen niederschlagen wird.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Die Einführung des sog. "Deutschland-Tickets" im Mai 2023, welches eine unkomplizierte verkehrsmittel- und unternehmensübergreifende Nutzung des ÖPNV in Deutschland ermöglicht, hat erhebliche Auswirkungen auf die Verkehrsnachfrage bzw. das Verkehrsmittelwahlverhalten;

insbesondere die kombinierte Nutzung von Bus- und Bahnangeboten gewinnt an Attraktivität für den Kunden. Hierauf wird die Gesellschaft in enger Abstimmung mit dem Landkreis Greiz als zuständigem Aufgabenträger im Hinblick auf eine noch bessere Vernetzung reagieren.

Für das auf den Berichtszeitraum folgende Geschäftsjahr geht die Gesellschaft von einem ausgeglichenen Ergebnis aus.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 von der FIDAIX GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

4. Ausgewählte Kennziffern der PRG¹:

D.II.	2021	2022	2023	Änderung
Bilanz	T€	T€	T€	zum Vorjahr
Anlagevermögen	2.476	2.681	2.344	- 337
Umlaufvermögen	2.193	2.088	2.955	867
Eigenkapital	1.206	859	1.151	292
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	324	270	270	0
Rückstellungen	382	435	364	- 71
Verbindlichkeiten	2.692	3.134	3.382	248
Bilanzsumme	4.679	4.770	5.318	548
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	5.799	6.381	8.003	1.622
Personalaufwand	4.231	4.629	4.840	211
Materialaufwand	1.268	1.991	2.341	350
Abschreibungen	628	604	519	- 85
sonstiger betrieblicher Aufwand	1.024	1.107	1.353	246
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	33	28	48	20
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	469	-347	291	638
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)²	33	24	27	3
Beschäftigte Ø	88	94	96	2
Fahrplankilometer LK Greiz (Tkm)³	2.083	2.100	2.051	- 49
Tariferlöse je FPK (€)³	0,90	0,86	1,22	0,36
Materialaufwand je FPK (€)³	0,49	0,64	0,61	- 0,03
Personalaufwand je FPK (€)³	1,93	2,06	2,23	0,17

 ¹ Rundungsdifferenzen möglich
 ² Eigenkapital / Gesamtkapital, wobei der Sonderposten aus Zuwendungen in das Eigenkapital mit eingerechnet wurde
 ³ Betrifft nur öffentlichen Linienverkehr im Landkreis Greiz

3.2.2 Regionalverkehr Gera/Land GmbH (RVG)

Sitz und Anschrift des Unternehmens

RVG Regionalverkehr Gera/Land GmbH Telefon: 0365-824560
Leibnizstraße 74 Telefax: 0365-8245625
07548 Gera E-Mail: info@rvg-gera.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde 23. November 1992 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 202722) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 08. August 2012 (mit notarieller Beurkundung Nr. 956/2012 des Notariats Schwarzer).

Zeichen der Genehmigung: 204.4 – 1515.01 – 001/98 – GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand: 31.12.2023):

Dr. Stefan Meißner Geschäftsführer Angela Rose Einzelprokura

Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2023):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrätin

stellv. Vorsitzender Herr Kai Dittmann Kreistagsmitglied

weitere Mitglieder Herr Dr. Bernd Grünler Sachverständiger

Herr Dirk Bergner Kreistagsmitglied
Herr Bodo Scheffel Sachverständiger
Herr Torsten Braun Kreistagsmitglied

Die Vergütung des Aufsichtsrates im Jahr 2023 betrug 641,88 € (Vorjahr: 550,00 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2023 beträgt 650.000,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens sind die Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehren nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar und mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Tankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche, Reisebüro.

Die Tätigkeit erstreckt sich hauptsächlich auf den Nahverkehrsraum Gera, der im Wesentlichen das Gebiet des Landkreises Greiz und der Stadt Gera umfasst. Der Nahverkehrsraum bzw. das zugehörige Liniennetz darf nur mit Zustimmung der Gesellschafter geändert werden.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten. Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit Verkehrsunternehmen bzw. Verkehrsgesellschaften abschließen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Regionalverkehr Gera/Land GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Nahverkehrsplan des Landkreises Greiz. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem absehbaren Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Unternehmen besteht als juristisch selbstständige Person in GmbH - Form. Die Regionalverkehr Gera/Land GmbH betreibt ein Busunternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs. Gegenstand des Unternehmens sind Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehr nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Tankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche und Reisebüro. Haupttätigkeiten sind insbesondere der Linien- und Schülerverkehr. Die regionalen Linien verbinden zentrale Orte des Landkreises untereinander und mit denen angrenzender Landkreise bzw. mit der Stadt Gera. Zur weiteren Auslastung der Omnibusse werden Leistungen im Vertrags- und Gelegenheitsverkehr erbracht. Die RVG besitzt Genehmigungen für den Betrieb von 15 Regionalverkehrslinien im Landkreis Greiz sowie für zwei Stadtverkehrslinien in Gera.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach den drei vorangegangenen Jahren, welche durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie bzw. den zu ihrer Eindämmung behördlich angeordneten Beschränkungen des öffentlichen Lebens geprägt waren, markierte das Jahr 2023 das Jahr, in welchem die Fahrgastzahlen von Anbeginn wieder das Niveau des Jahres 2019 erreicht bzw. sogar leicht übertroffen haben.

Einen wesentlichen Schub hinsichtlich der ÖPNV-Nutzung – auch im Bediengebiet der RVG Regionalverkehr Gera/Land GmbH – leistete zudem die Einführung des sog. "Deutschland-Tickets", welches die bundesweite Nutzung des ÖPNV zu einem Preis von 49 € pro Monat ermöglicht.

Darüber hinaus prägten weiterhin die Auswirkungen der Material- bzw. Rohstoffknappheit, eine verfestigte hohe Inflation sowie deutlich ungünstigere Finanzierungsrandbedingungen infolge der zur Eindämmung der Inflation verfolgten Zinspolitik der Europäischen Zentralbank die Branche. Waren es 2022 die massiv gestiegenen Energiepreise, die die Kostenentwicklung bestimmten, hat sich die Inflation im Berichtsjahr auf alle Bereiche ausgedehnt. Hinzukommen überdurchschnittlich hohe Entgeltforderungen der Arbeitnehmervertretungen. Es ist absehbar, dass sich das gestiegene Kostenniveau auch mittelfristig verfestigen wird, wenngleich die Energiepreise (insbesondere für Dieselkraftstoff) wieder gefallen sind.

Beide Entwicklungen haben die Finanzlage der Unternehmen erheblich belastet. Durch den festgesetzten Preis für das "Deutschland-Ticket" von 49 € pro Monat kam es zu einem Rückgang des Fahrpreisniveaus im bundesweiten Durchschnitt um 23% (Quelle: VDV) und zeitgleich zu einer Erhöhung der Kosten für die Leistungserstellung um durchschnittlich 15% (Quelle: Statistisches Bundesamt). So rechnet die Branche mit bundesweiten Schäden für 2023 in Höhe von 2,3 Mrd. € und für 2024 mit 4,1 Mrd. €. Da eine langfristig gesicherte Finanzierungsperspektive, wie einerseits die Einnahmeausfälle ausgeglichen und andererseits die steigenden Kosten bei Limitierung des Ticketpreises für das "Deutschland-Ticket" kompensiert werden sollen, fehlt, belastet dies die Branche zusätzlich und führt zu erheblichen Unsicherheiten.

2. Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von +105 T€ ab. Damit liegt das Ergebnis deutlich über dem Vorjahresergebnis (-378 T€) als auch über dem Planansatz für 2023 (-422 T€).

Dabei ist das positive Ergebnis maßgeblich durch eine verbesserte Ergebnislage im Linienverkehr bedingt; zudem tragen die Geschäftszweige "Schienenersatz-/Busnotverkehr" als auch die Sonderformen des Linienverkehrs (§ 43 PBefG) positiv zum Gesamtergebnis bei.

Der Bestand des originären Eigenkapitals beläuft sich zum Bilanzstichtag auf ca. 219 T€ (Vorjahr: 114 T€). Der Landkreis Greiz hatte der Gesellschaft im Jahr 2022 zur Abmilderung bzw. Überbrückung der Folgen aus den seinerzeit massiv gestiegenen Energiepreisen ein rückzahlbares Gesellschafterdarlehen in Höhe von 528,4 T€ gewährt, dessen Tilgung zunächst bis zum 31.12.2024 ausgesetzt ist. Infolge der vertragsgemäß erfolgten Anpassung der Ausgleichsleistungen ist eine Tilgung des Gesellschafterdarlehens aus positiven Jahresergebnissen ab 2025 möglich.

Sowohl infolge der Einführung des "Deutschland-Tickets" als auch durch Angebotsverbesserungen im Linienverkehr konnten die Fahrgastzahlen teilweise erheblich gesteigert werden, wobei die Hauptnachfrage auf den Buslinien 200 (Gera – Münchenbernsdorf) und

203/204 (Gera – Bad Köstritz – Eisenberg/Hermsdorf) liegt. Damit setzt sich der positive Nachfragetrend des Vorjahres fort. Ebenso haben sich die Fahrgastzahlen auf den von der Gesellschaft im Dezember 2019 übernommenen Stadtbuslinien im Gebiet der Stadt Gera (Teilnetz "Bus Gera-Nord") positiv entwickelt. Gemäß den Ergebnissen der aktuellen Verkehrserhebung im Verkehrsverbund Mittelthüringen haben die Beförderungsfälle auf den von der RVG betriebenen Linien um 8,8 % zugenommen, während verbundweit ein entgegengesetzter Trend zu verzeichnen war. In der Konsequenz dieser positiven Entwicklung erhöht sich der Einnahmeanspruch der RVG gegenüber dem VMT-Einnahmepool.

Trotz Kündigung der Verkehrsverträge über die Durchführung der sog. "Seniorenbusse" zum Globus Hermsdorf und des freigestellten Schulverkehrs zum Schwimmsportunterricht in der Stadt Gera lieferten die Geschäftsfelder außerhalb des Linienverkehrs einen positiven Beitrag zum Geschäftsergebnis.

Die Erträge in diesem Bereich betrugen im Berichtsjahr +302 T€ (Vorjahr: +343 T€); das Spartenergebnis liegt bei +119 T€ etwa auf dem Niveau des Vorjahres (+135 T€). Die o.g. Leistungsverluste konnten durch die Ausweitung des Werksverkehrs für die Firma GLS Germany GmbH & Co. KG von Gera zu deren Standorten im Gewerbegebiet Hermsdorf-Ost (ab 09/2023) sowie durch Übernahme von Leistungen im Bereich des Schienenersatz-/Busnotverkehrs kompensiert werden.

a) Vermögenslage:

Die Bilanzsumme zum 31.12.2023 beträgt 3.525 T€. Der überwiegende Teil des Vermögens der Gesellschaft ist in Anlagevermögen gebunden. Der Netto-Buchwert des Anlagevermögens belief sich zum Bilanzstichtag auf 2.106 T€. Das Anlagevermögen ist vollständig durch Eigenkapital sowie mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt. Der wertmäßige Bestand an Vorräten lag zum Bilanzstichtag bei 8 T€. Die Höhe der Forderungen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 701 T€. Hierin enthalten sind u.a. Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG sowie im Zusammenhang mit der Anwendung der verbindlich vorgegebenen Tarife "9-Euro-Ticket" und "Deutschland-Ticket" und nachgelagerte Forderungen aus dem ÖDA. Der Bestand liquider Mittel belief sich zum Bilanzstichtag auf 690 T€.

Das Eigenkapital beträgt 219 T€. Die Eigenkapitalquote liegt bei 6,2 % (Vorjahr 3,1 %).

b) Finanzlage:

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 3.050 T€, wovon der überwiegende Teil auf Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten aus Finanzierungstätigkeiten von Investitionen zurückzuführen ist (1.530 T€). Der Landkreis Greiz hat der Gesellschaft zur Abmilderung bzw. Überbrückung der Folgen aus der Preisentwicklung ein rückzahlbares Gesellschafterdarlehen in Höhe von 529 T€ gewährt, dessen Tilgung zunächst bis zum 31.12.2024 ausgesetzt ist. Aufgrund der Systematik zur Bemessung der Ausgleichszahlungen ist eine Tilgung des Gesellschafterdarlehens aus positiven Jahresergebnissen ab 2025 möglich. Die Finanzlage des Unternehmens ist – auch angesichts der öffentlichen Aufgaben und politischen Entscheidungen – stabil. Auf die zunächst nicht abschätzbare Liquiditätsentwicklung im Zusammenhang mit der Einführung des "Deutschland-Tickets" wurde durch eine strikte Ausgabenkontrolle und ein straffes Forderungsmanagement reagiert. Im Hinblick auf absehbare Rückzahlungsforderungen (z.B. für gewährte Abschläge aus den Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG) im Ergebnis der Einführung des "Deutschland-Tickets" wurde liquiditätsseitig entsprechende Vorsorge getroffen. Durch die Maßnahmen ist es gelungen, die Liquidität der Gesellschaft auch nach Einführung des "Deutschland-Tickets" vollumfänglich zu sichern.

Unter Berücksichtigung der mittelfristigen Finanzplanung sowie der geplanten Ein- und Auszahlungen wird die Gesellschaft in der Lage sein, ihren Zahlungsverpflichtungen auch zukünftig fristgerecht nachzukommen.

c) Ertragslage:

Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft Erlöse in einer Höhe von insgesamt +6.565 T€ (Vorjahr: +6.271 T€). Die Umsatzerlöse betrugen 5.400 T€ (Vorjahr 5.516 T€). Damit sind die Gesamterlöse im Verkehrsbetrieb im Berichtszeitraum um +105 T€ gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

Der Ertragszuwachs ist einerseits – trotz der Einführung des erheblich rabattierten "Deutschland-Tickets" – durch gestiegene Fahrgelderlöse (+1.331 T€; Vorjahr: +1.136 T€) und andererseits durch gestiegene sonstige betriebliche Erträge im Linienverkehr (+1.168 T€; Vorjahr: +653 T€) bedingt, wobei hier im Wesentlichen Ausgleichszahlungen im Zusammenhang mit dem "Deutschland-Ticket" sowie eine erneute "Sonderhilfe" des Freistaats Thüringen zur Abmilderung der gestiegenen Kraftstoffkosten enthalten sind.

Die Erlöse beinhalten auch die Erträge mit Zuschusscharakter (Ausgleichszahlungen des Aufgabenträgers auf der Grundlage des ÖDA in einer Höhe von +3.264 T€ (Vorjahr: +3.008 T€). Ausgleichszahlungen für die unentgeltliche Schwerbehindertenbeförderung (vgl. § 231 SGB IX) wurden in einer Höhe von +36,5 T€ (Vorjahr: 33,9 T€) gewährt. Erheblich gesunken sind jedoch die Ausgleichzahlungen für die ermäßigte Schülerbeförderung (vgl. § 45a PBefG), welche im Berichtsjahr nur noch +270 T€ betrugen (Vorjahr: +682 T€). Grund hierfür ist, dass nach der Umstellung der Schülerbeförderung auf "Deutschland-Ticket" diese nicht mehr nach erstattungsfähig ('Hierfür werden allerdings § 45a PBefG sind ersatzweise Ausgleichszahlungen entsprechend der "Richtlinie Deutschlandticket ÖPNV Thüringen 2023" gewährt).

Da das Unternehmen aufgrund seines Charakters als Versorgungsunternehmen nicht in der Lage ist, durch eigene Einnahmen aus Umsatzerlösen die Kosten zu decken, waren öffentliche Ausgleichszahlungen erforderlich, um eine bedarfsgerechte Verkehrsbedienung im öffentlichen Personennahverkehr zu sichern:

- in T€ -	2021	2022	2023
Ausgleichsleistungen nach Verkehrsfinanzierungs- und Verkehrsqualifizierungsvertrag; ab 01.12.2019 Öffentlicher Dienstleistungsauftrag:	2.977	3.008	3.264
darin enthalten: aus Finanzhilfen des Landes	337	342	409
Sonderhilfe "Kraftstoffkosten"	0	228	174
Corona-Ausgleichszahlungen für Schäden in Betriebszweigen außerhalb des ÖPNV	49	0	0
Ausgleichszahlungen des Landes (§ 45a PBefG; §§ 228 ff. SGB IX)	593	715	306
Ausgleichszahlungen aus dem "ÖPNV-Corona- Rettungsschirm" Thüringen (Mittelfluss)			
- für 2020	14	0	0
- für 2021	0	266	37
- für 2022	0	286	178
Ausgleichszahlungen Deutschlandticket für 2023	0	0	633
Gesamt	3.633	4.503	4.592

Den größten Anteil der betrieblichen Aufwendungen machen Personalaufwendungen sowie die entsprechenden Aufwendungen für die soziale Sicherung/Altersvorsorge aus (ca. 50 % der gesamten Aufwendungen). Die Personalaufwendungen liegen bei 3.686 T€. Weiterhin gilt für die RVG ein mit der Gewerkschaft ver.di verhandelter Tarifvertrag, welcher noch eine Laufzeit bis einschließlich Juni 2024 besitzt und über die Gesamtlaufzeit von zwei Jahren eine Steigerung der Stundenlöhne um +7,4% beinhaltet; hinzu kommen die Gewährung einer "Corona-Prämie" sowie erhöhte Zulagen, z.B. für Nacht- und Wochenendarbeit. Dennoch gingen die Personalaufwendungen insgesamt auf 3.686 T€ (Vorjahr: 3.703 T€) zurück.

Der Materialaufwand betrug im Berichtszeitraum insgesamt 1.216 T€. Damit liegt der Wert unterhalb des Vorjahres (1.522 T€). Die Aufwendungen für Traktionsenergie (Dieselkraftstoff) sanken hierbei auf 809 T€ (Vorjahr: 925 T€), während die übrigen Materialaufwendungen aufgrund der Aufgabe der Tankstelle im Geschäftsjahr 2022 ebenfalls deutlich gesunken sind.

d) Qualitätsmanagement

Die Qualität der Leistungserstellung im Bereich des Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG wird durch den Aufgabenträger auf Grundlage des ÖDA einer regelmäßigen Kontrolle unterzogen. Eingehende Anregungen bzw. Beschwerden werden im Rahmen des unternehmensinternen Qualitätsmanagements systematisch erfasst und ausgewertet sowie die Notwendigkeit organisatorischer, betrieblicher, technischer oder personeller Maßnahmen untersucht und bei Erfordernis auch umgesetzt. In sämtlichen Fällen erfolgt eine Rückmeldung an den Beschwerdeführer als integraler Bestandteil einer aktiven Kundenbindung.

e) Investitionen

Nachdem infolge der Umsetzung des neuen Verkehrskonzepts im Dezember 2019 der notwendige Einsatzbestand an Bussen verringert werden konnte, beläuft sich dieser zum Stichtag 31.12.2023 auf 29 Busse. Im Berichtsjahr wurden zwei Standardbusse (niederflurig; Investitionsvolumen: 492 T€, davon 73 T€ Fördermittel) bestellt; die Auslieferung erfolgte aber erst im Februar 2024. Das Durchschnittsalter der Flotte betrug zum Bilanzstichtag 7,8 Jahre (Vorjahr: 8,1 Jahre), der Anteil der niederflurigen Fahrzeuge liegt bei 86,2% (Vorjahr: 81,3%).

Weitere Investitionen im Jahr 2023 betrafen die Fahrgastinformationssysteme für vier Busse (7,1 T€), Kontrolltechnik im Zusammenhang mit der Einführung des "Deutschland-Tickets" (4,6 T€), Büro- und Geschäftsausstattung/IT-Technik (2 T€) sowie kleinere Anschaffungen für Werkstattausrüstung (3,9 T€).

f) Prognose

In enger Abstimmung mit dem Aufgabenträger wurde zum 01.12.2019 ein neues Angebots- und Fahrplankonzept umgesetzt. Ziele waren einerseits die Verbesserung des Verkehrsangebots auf (potentiell) nachfragestarken Linien zwischen zentralen Orten im Landkreis Greiz sowie im Zulauf auf die Stadt Gera als Oberzentrum, andererseits aber auch eine stärkere Ausrichtung des Fahrplans auf die Anschlüsse zum SPNV an wichtigen Knotenpunkten, um durchgehende Reiseketten im ÖPNV und damit auf nachfragestarken Achsen ein Mobilitätsangebot auch unabhängig vom eigenen Pkw anbieten zu können. In der Folge gelang es, die Fahrgastzahlen zu stabilisieren bzw. zu steigern. Das Angebotskonzept soll beibehalten und bedarfsgerecht weiter ausgebaut werden; dies umfasst insbesondere die Koordinierung der verschiedenen Fahrtangebote verschiedener Betreiber im Abschnitt Gera – Ronneburg unter Integration des Gewerbegebiets Korbußen.

Mit der Einführung des sog. "Deutschland-Tickets" ab Mai 2023 – als Monatskarte im Abonnement, welches die deutschlandweite Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs ermöglicht – erfolgt ein politisch motivierter Strukturbruch im öffentlichen Personennahverkehr in Deutschland, welcher erhebliche Auswirkungen auf die Verkehrsnachfrage bzw. das

Verkehrsmittelwahlverhalten, auf Tarifsysteme und in der Folge auch auf Produktionskonzepte haben wird.

Für Bedienräume mit einer dünn und dispers besiedelten Raumstruktur, welche in der Folge auch unter einer tendenziell schwachen Nachfrage leiden, sollen weitgehend bedarfsorientierte Bedienformen eigeführt werden. So wurde im April 2023 – nach den positiven Erfahrungen des bei der PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz im Dezember 2021 eingeführten Pilotprojekts im Raum Greiz/Elsterberg – die Bedienung in den eher ländlich geprägten Ortsteilen im Norden der Stadt Gera am Wochenende bzw. an Feiertagen auf einen Linienbedarfsverkehr (§ 44 PBefG) umgestellt, was einerseits der Nachfrage angemessen und andererseits aufgrund der strikten Nachfrageorientierung mit Vorteilen hinsichtlich der Kosten bei der Leistungserstellung verbunden ist.

g) Chancen

Die Gesellschaft ist mittel- und langfristig immer intensiver mit den Auswirkungen der politisch geführten Diskussionen um einen "nachhaltig gestalteten" gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel konfrontiert. Grundsätzlich ist es aus Sicht der Gesellschaft zu begrüßen, dass die Umweltvorteile des öffentlichen Verkehrs in der politischen Diskussion zumindest mehr Gewicht erhalten und dies zu konzeptionellen Überlegungen führt, wie eine Verhaltensadaption zugunsten einer Nutzung des ÖPNV erfolgen kann.

Es ist davon auszugehen, dass sich aufgrund der unternehmensübergreifenden Nutzbarkeit des "Deutschland-Tickets" neue Reiseketten herausbilden werden. Insbesondere wird die tarifliche Durchlässigkeit zwischen Zug und Bus deutlich einfacher und kostengünstiger; vielfach können Fahrgäste bei einer kombinierten Nutzung von Zug und Bus von erheblichen Reisezeitvorteilen profitieren. Dies wird auf den Hauptachsen zwischen den zentralen Orten und in den Stadtverkehren die ÖPNV-Nachfrage absehbar begünstigen. Die Gesellschaft stimmt sich intensiv mit dem Landkreis Greiz als Aufgabenträger, mit benachbarten Aufgabenträgern, aber auch mit den im Einzugsbereich der Gesellschaft aktiven Eisenbahnverkehrsunternehmen und dem Freistaat Thüringen hinsichtlich der Fortentwicklung des Verkehrsangebotes ab. So wurden bereits durch die Angebotskonzeption aus dem Jahr 2018 wesentliche Ansätze, die sich nunmehr in der ITF-Rahmenplanung des Freistaates Thüringen wiederfinden, umgesetzt, so dass günstige Voraussetzungen für die Etablierung des ITF im Landkreis Greiz bestehen. Eine Integration weiterer dafür geeigneter Linien bzw. Verkehrsangebote in das ITF-Netz bzw. das Netz der "landesbedeutsamen Buslinien" wird angestrebt; dies ist aber abhängig von der entsprechenden Weiterentwicklung der Förderkulisse durch den Freistaat Thüringen.

Infolge der umfangreichen Reduzierung des Fuhrparks als wirtschaftlich positive Folge der Angebotsumstellung kann der Umfang an vorzuhaltenden Anlagen am Betriebsstandort Gera perspektivisch neu bewertet werden. Im Falle einer Veräußerung von nicht mehr benötigten Teilen des Anlagevermögens können die generierten Erlöse für Investitionstätigkeiten hinsichtlich weiterer Ersatzbeschaffungen im Bereich des Fuhrparks oder aber auch für mittelfristig erforderlich werdende Sanierungstätigkeiten am Betriebshof Gera genutzt werden.

h) Risiken

Mit der Einführung des "Deutschland-Tickets" wurde ein politisch festgesetzter Höchstpreis (49 € pro Monat) für die Nutzer von ÖPNV-Leistungen eingeführt. Betrachtet man den Verbraucherpreisindex für den Verwendungszweck "Nahverkehr: Job- und Schülerticket" des statistischen Bundesamtes für die Monate 04/2023 (Indexwert: 106,7) und 05/2023 (Indexwert: 38,8), so ist die Erlöskraft der Verkehrsunternehmen im Segment der Zeitkarten um etwa 63 % gesunken. Der Anteil der Nutzerfinanzierung an der Kostendeckung im ÖPNV sinkt erheblich; hinzukommt, dass durch das Prinzip "the seller takes it all" dasjenige Verkehrsunternehmen den kompletten Ticketerlös behält, welches das Ticket verkauft – unabhängig davon, ob der Kunde

tatsächlich mit diesem Unternehmen unterwegs ist. Vertriebs- und reichweitenstarke Verkehrsunternehmen (insbesondere die großen Eisenbahnverkehrsunternehmen mit deutschlandweiten Vertriebskanälen) haben hier einen Vorteil gegenüber nur lokal agierenden Verkehrsunternehmen. Letztgenannte sind folglich zu einem immer größeren Anteil auf eine Finanzierung durch die öffentliche Hand angewiesen.

Die Unternehmensentwicklung und –finanzierung wird folglich immer stärker vom politischen Gestaltungs- bzw. Entscheidungswillen abhängig, während die unternehmerische, am tatsächlichen Marktgeschehen ausgerichtete Verantwortung in den Hintergrund tritt. Mit einer beabsichtigten bundesweiten – inhaltlich, technisch und organisatorisch jedoch noch nicht konkret ausgestalteten – Einnahmeaufteilung ist eine erhebliche Zunahme des bürokratischen Aufwands zu befürchten.

Eine mittel- bis langfristig belastbare und vor allem auskömmliche Finanzierungsperspektive seitens des Bundes bzw. des Freistaats Thüringen für das "Deutschland-Ticket" existiert bislang allerdings nicht. Auf einen Automatismus in Bezug auf die Preisfortschreibung des "Deutschland-Tickets" – beispielsweise angelehnt an einen branchenbezogenen Inflationsindex – konnte sich die Politik bisher nicht verständigen, sodass der Kostendeckungsbeitrag aus der Nutzerfinanzierung weiter absinken wird. Gleichzeitig ist auch das verfügbare Budget des Bundes bzw. der Länder zum Ausgleich der Einnahmeausfälle infolge des "Deutschland-Tickets" aus haushalspolitischen Erwägungen auf bislang 3,0 Mrd. € pro Jahr gedeckelt worden, was nach Schätzungen des VDV schon 2024 nicht ausreichen wird, um die Fehlbeträge der Verkehrsunternehmen zu kompensieren.

Sofern der Bund bzw. die Länder weiterhin nicht gewillt sind, die finanziellen Konsequenzen aus deren politischer Entscheidung zur Einführung des "Deutschland-Tickets" vollumfänglich zu tragen, verbleiben den Verkehrsunternehmen als Reaktionsmöglichkeit zur Begrenzung der Produktionskosten nur der Verzicht auf (Ersatz-)Investitionen und ein konsequenter Abbau von Verkehrsangeboten; dies steht allerdings den Bemühungen um eine ebenfalls politisch gewollte "Verkehrs- und Energiewende" diametral entgegen.

Eine große Unsicherheit stellt die kurz- bis mittelfristige Preisentwicklung sowie die Verfügbarkeit (bzw. die Zeitdauer bis zur Verfügbarkeit) von Rohstoffen und Ersatzteilen dar. Die Gesellschaft geht zwar davon aus, dass sich die Inflation zwar verlangsamt, die Verbraucherpreise für Rohstoffe, Waren und Dienstleistungen aber insgesamt auf einem vergleichsweise hohen Niveau verharren. Hinzukommen absehbar steigende Produktionskosten aufgrund der Forderungen der Arbeitnehmervertretungen in Bezug auf Lohnsteigerungen und die Reduzierung von Arbeitsbelastungen. Damit werden sich auch die Kosten für die Leistungserstellung strukturell erhöhen.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Der vollzogene grundlegende Systemwechsel auf dem Gebiet des ÖPNV wird kurz- bis mittelfristig erhebliche Auswirkungen insbesondere auf die Unternehmen des straßengebundenen ÖPNV – und damit auch auf die RVG Regionalverkehr Gera/Land GmbH – haben.

Für das Jahr 2024 geht die Gesellschaft von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Investitionstätigkeit wird sich in den kommenden Jahren verstärkt auf die Busflotte fokussieren. Im Berichtsjahr bestellte Busse für den Linienverkehr mit einem Investitionsvolumen von 492 T€ (davon 73 T€ Fördermittel) wurden erst nach dem Bilanzstichtag ausgeliefert.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft FIDAIX GmbH geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

4. Ausgewählte Kennziffern der RVG¹:

Dilama	2021	2022	2023	Änderung
Bilanz	T€	T€	T€	zum Vorjahr
Anlagevermögen	2.532	2.544	2.106	- 438
Umlaufvermögen	1.491	1.130	1.399	269
Eigenkapital	492	114	219	105
Rückstellungen	228	242	185	- 57
Verbindlichkeiten	3.331	3.341	3.050	- 291
Bilanzsumme	4.050	3.697	3.525	172
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	5.758	5.516	5.400	- 116
Personalaufwand	3.266	3.703	3.686	- 17
Materialaufwand	1.518	1.522	1.216	- 306
Abschreibungen	465	437	456	19
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	33	31	48	17
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-192	-378	+105	483
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)	12	3	6	3
Beschäftigte Ø	71	71	70	- 1
Fahrplankilometer LK Greiz (Tkm)²	1.737	1.757	1.692	- 65
Tariferlöse je FPK (€)²	0,48	0,65	0,73	0,08
Materialaufwand je FPK (€)²	0,45	0,61	0,58	- 0,03
Personalaufwand je FPK (€)²	1,79	2,03	2,13	0,10

 $^{^{\}rm 1}$ Rundungsdifferenzen möglich $^{\rm 2}$ Betrifft nur öffentlichen Linienverkehr im Landkreis Greiz

3.2.3 GRZ Service und Verwaltungsgesellschaft GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

GRZ Service- und

Verwaltungsgesellschaft mbH

Telefon:

03661-70650

Telefax:

03661-706526

Geraer Straße 7

E-Mail:

grz-svg@prg-greiz.de

Geraer Straße 7 07973 Greiz

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde 28. Januar 2003 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 209759) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 08.04.2015 (mit notarieller Beurkundung Nr. 444/2015 des Notariats Schwarzer).

Zeichen der Genehmigung: 240.1-1515-1/15 GRZ.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2023):

Dr. Stefan Meißner Geschäftsführer Angela Rose Einzelprokura

Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2023):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrätin

stellv. Vorsitzender Herr Kai Dittmann Kreistagsmitglied

weitere Mitglieder Herr Dr. Bernd Grünler Sachverständiger

Herr Dirk Bergner Kreistagsmitglied
Herr Bodo Scheffel Sachverständiger
Herr Torsten Braun Kreistagsmitglied

Die Vergütung des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2023 betrug 0,00 € (Vj. 0,00 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2023 beträgt 26.000,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist zum einen die Verwaltung und Betriebsführung von Unternehmen mit kommunaler Beteiligung. Hierzu gehört insbesondere die vollständige Übernahme folgender unternehmerischer Aufgaben:

- die Planung und Verwaltung der Finanzen und des Personals
- die Erarbeitung der Wirtschaftsplanungen
- die Durchführung betriebswirtschaftlicher Analysen
- verkehrsplanerische und -technologische Planungen
- die Investitionsplanung usw.

Im April 2015 wurde der Unternehmensgegenstand der Gesellschaft um die Aufgabe der Beschaffung, Ausstattung, Verwaltung und Bewirtschaftung von Wohnraum zur Unterbringung von Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen in Gemeinschafts- und Einzelunterkünften (Daseinsvorsorge) erweitert. Aufgrund des Umfangs dieses Aufgabengebietes wurde mit Gesellschafterbeschluss vom 23.08.2016 der Geschäftsbereich der Daseinsvorsorge rückwirkend zum 01.01.2016 in die "Daseinsvorsorge Greiz GmbH" abgespalten. Vom Unternehmen wurden alle notwendigen Voraussetzungen zur Abspaltung im buchhalterischen und abrechnungstechnischen Bereich bis zur Realisierung getroffen. Die Abspaltung konnte buchhalterisch erst zum 01.12.2016 komplett umgesetzt werden.

Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört die Vornahme aller Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar zu dienen geeignet sind. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft erfüllt die Aufgabe der Verwaltung von kreiseigenen Gesellschaften, die sämtlich zur Erfüllung öffentlicher Zwecke erforderlich sind. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Gesellschaft wird als juristisch selbständige Person in GmbH-Form geführt. Die Gesellschaft erbringt für alle ÖPNV-Unternehmen im verkehrstechnologischen und kaufmännischen Bereich Dienstleistungen. Ziel ist die Vereinheitlichung wesentlicher Verwaltungsaufgaben der ÖPNV-Unternehmen des Landkreises Greiz. Gegenstand der Gesellschaft ist auch die Verwaltung und Betriebsführung von Unternehmen mit kommunaler Beteiligung im Landkreis Greiz.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. <u>Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen</u>

Die Gesellschaft erfüllt unter Beachtung ökonomischer und ökologischer Aspekte für die kreiseigenen Verkehrsunternehmen die Hauptaufgabe bei der Vorbereitung und Realisierung der Verkehrsleistungen nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) und den maßgebenden EU-Rechtsnormen, hier insbesondere der VO (EG) 1370/2007, zuletzt ergänzt durch die VO(EU) 2016/2338.

Für die Dienstleistungen, welche die SVG für die Vertragspartner PRG, RVG und UMWELT erbringt, ist der sichere Umgang mit sensiblen Daten von Bedeutung. Der Schutz von Daten vor Verlust, Verfälschung, Beschädigung oder Löschung und die Sicherstellung der Daten spielt im täglichen Arbeitsprozess eine große Rolle. Regelmäßiges Erstellen von Backups sowie Zugangs- und Verlaufskontrollen im internen Betriebsverlauf sind durch die interne IT-Abteilung ständig auf Viren, Ransomware sowie weitere Internetgefahren und Cyberkriminalität zu prüfen und notwendige Schutzmaßnahmen zur Verhinderung dieser zu ergreifen sowie alle Hintergrundsysteme auf aktuellem Stand zu halten.

2. Geschäftsverlauf

Zu den Hauptaufgaben im technologischen Bereich gehört die Erstellung des Fahrplanes mit den dazugehörigen Dienst- und Wagenläufen. Der kaufmännische Bereich deckt vor allem die Erarbeitung der Wirtschaftspläne, die Durchführung von Finanz- und Lohnbuchhaltung als auch die Versicherungs- und Investitionstätigkeiten ab. Die Leistungen wurden in vollem Umfang für die kreiseigenen Verkehrsunternehmen PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz und RVG Regionalverkehr Gera/Land GmbH realisiert. Zu den Dienstleistungen gehören auch die Planung und Durchführung der Linien- und Schulverkehrsleistung. Hinzu kommen Leistungen im Bereich der Buchhaltung und Lohnbuchhaltung für die kreiseigene "Umwelt" Entsorgungsund Straßenservice GmbH.

Der Geschäftsverlauf im Berichtszeitraum war vom weiteren Ausbau des Fahrschulbetriebs sowie insgesamt gestiegenen Erlösen aus bestehenden Managementverträgen geprägt. Dieses Management beinhaltete die Implementierung der Rahmenbedingungen zum sogenannten "Deutschland-Ticket" bei den Gesellschaften.

Der vom Aufsichtsrat der Gesellschaft in dessen Sitzung vom 24.10.2022 beschlossene Wirtschaftsplan für den Berichtszeitraum 2023 sah ein geplantes Jahresergebnis von 5 T€ vor. Die Gesellschaft schließt das Wirtschaftsjahr 2023 mit einem positiven Jahresergebnis von 7 T€ (Vorjahr: 5 T€) ab. Das Eigenkapital der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 127 T€ (Vorjahr: 120 T€).

Vor dem Hintergrund der positiven Jahresergebnisse der Gesellschaft als auch der stabilen Finanzlage werden derzeit keine unmittelbaren Risiken, welche in der Gesellschaft wurzeln, für deren Fortbestand gesehen. Die Erbringung der oben genannten Dienstleistungen für die beiden kommunalen Verkehrsunternehmen PRG und RVG als auch die Gesellschaft "Umwelt GmbH" kann auch zukünftig vollumfänglich geleistet werden.

Aufgrund dessen, dass die Gesellschaft über 90 % ihrer Leistungen für die beiden o.g. Verkehrsunternehmen erbringt, ist der Fortbestand der Gesellschaft wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung der PRG bzw. RVG abhängig. Beide Verkehrsunternehmen sind weiterhin von Preissteigerungen infolge der Auswirkungen der Material- und Rohstoffknappheit sowie hohen Inflationsrate, einem Wandel der Förderpolitik des Landes sowie weiteren sozialpolitischen Maßnahmen betroffen, welche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können. Insbesondere hat die Einführung des "Deutschland-Tickets" im Mai 2023 Einfluss auf die beiden Hauptauftraggeber, da Einnahmeausfälle erst mit zeitlicher Verzögerung ausgeglichen werden.

a) Vermögenslage:

Das Eigenkapital der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 127 T€ (Vorjahr: 120 T€). Bei einer Bilanzsumme von 243 T€ (Vorjahr: 254 T€) beträgt die Eigenkapitalquote 52,4 % (Vorjahr: 47,2 %). Da die Gewinnrücklagen durch die anteilige Einzahlung aus dem Jahresergebnis 2018 den Wert des Stammkapitals der Gesellschaft erreicht hatte, wird der komplette Jahresgewinn auf neue Rechnung vorgetragen. Die Gewinnrücklage darf ausschließlich zum Ausgleich eines Jahresfehlbetrages, eines Verlustvortrages oder eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln verwendet werden.

Der überwiegende Teil des Vermögens der Gesellschaft ist in Umlaufvermögen in Höhe von 214 T€ (Vorjahr: 234 T€) gebunden. Der Netto-Buchwert des Anlagevermögens beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 26 T€ (Vorjahr: 17 T€).

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist stabil. Sämtliche gegen die Gesellschaft gerichtete Zahlungsaufforderungen wurden innerhalb des jeweiligen Zahlungszieles beglichen. Forderungsausfälle bei den Auftraggebern sind nicht zu verzeichnen und auch nicht zu erwarten. Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderung, Verbindlichkeit und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Verbindlichkeiten in der Gesellschaft belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 83 T€ (Vorjahr: 103 T€), die überwiegend auf Entgeltforderungen der Beschäftigten (einschließlich Aufwendungen für die soziale Sicherung) zurückzuführen sind, die regulär erst im Januar 2024 zur Auszahlung gelangen. Über Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten verfügt die Gesellschaft nicht.

c) Ertragslage:

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 7 T€ abgeschlossen. Die Umsatzerlöse betrugen 903 T€ (Vorjahr: 850 T€) und lagen damit über dem Vorjahresniveau. Diese Mehreinnahmen resultieren einerseits aus der Anpassung der Vergütungssätze für Managementleistungen, welche infolge von Tarifanpassungen für die Beschäftigten notwendig wurden und andererseits aus – sowohl für die Verkehrsunternehmen PRG und RVG als auch für Dritte – ausgeweiteten Leistungen unserer Betriebsfahrschule. Zudem konnte hierdurch die Finanzierungslücke der PRG und RVG für Managementleistungen reduziert werden.

Die Aufwendungen für Personal bzw. die soziale Sicherung/Altersvorsorge betrugen im Berichtszeitraum 813 T€ (Vorjahr: 773 T€). Die Steigerung ist auf die Übernahme des Tarifabschlusses bei den Verkehrsunternehmen PRG und RVG und die dadurch erfolgte Anpassung der Entlohnung für die Beschäftigten zurückzuführen. Der nunmehr existierende Personalbestand genügt den derzeitigen betrieblichen Anforderungen; für die Erledigung der Aufgaben kann die Gesellschaft auf gut qualifizierte und motivierte Beschäftigte zurückgreifen.

Für die Finanzierung des Personalaufwandes konnte eine Förderung aus der ÖPNV-Kooperationsrichtlinie des Freistaats Thüringen in Höhe von ca. 37 T€ (Vorjahr: 33 T€) in Anspruch genommen werden.

Erhebliche personellen Ressourcen hat im Berichtsjahr die Umsetzung des Tarifs "Deutschland-Ticket" gebunden. Berücksichtigt man die extrem kurze Vorlaufzeit zwischen der Beschlussfassung der politischen Gremien (BR-Beschluss: 31.03.2023; Vertriebsstart: 03.04.2023), so ist es gelungen, innerhalb von etwa vier Monaten einen komplett neuen Vertriebsweg für digitales Ticketing zu implementieren. Zusammen mit einer unternehmenseigenen Übergangsvertriebslösung für den Zeitraum bis einschließlich Juli 2023 war es für die PRG und RVG möglich, mit Beginn des bundesweiten Vertriebsstarts am 03.04.2023 das Deutschland-Ticket für Kunden anzubieten, was für beide Verkehrsunternehmen eine entscheidende Maßnahme zur Liquiditätssicherung bildete, da die Ausgleichsleistungen des Freistaats Thüringen in maßgeblicher Größenordnung erst im Dezember 2023 eingingen.

Weiterhin sehr aufwendig gestalten sich die umfangreichen Berichts- und Kontrollpflichten im Zusammenhang mit dem "Deutschland-Ticket", welche die GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH gebündelt für alle im Landkreis Greiz aktiven Verkehrsunternehmen übernimmt und die auch auf absehbare Zeit erhalten bleiben.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betrugen 7 T€ (Vorjahr: 11 T€) und resultieren im Wesentlichen aus der Vorhaltung von Soft- und Hardwarekomponenten sowie Büroausstattung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Jahr 2023 bei 110 T€ (Vorjahr: 94 T€). Der Anstieg ist auf die allgemeinen inflationsbereinigten Preissteigerungen zurückzuführen.

d) Qualitätsmanagement

Die Gesellschaft arbeitet nach einem Qualitätsmanagementsystem im Sinne der DIN EN ISO 9001:2008. Sowohl das Qualitäts- als auch das Umweltmanagement sowie die internen Prozesse werden regelmäßig einer Überprüfung unterzogen und bei entsprechendem Bedarf angepasst.

e) Investitionen

Investitionen wurden im Berichtszeitraum in einem Umfang von 16,7 T€ getätigt; diese umfassen einerseits den 1. Teil zur Einrichtung digitaler Buchführungssysteme (13,7 T€) sowie andererseits die planmäßige Hardwareerneuerung (3 T€).

f) Prognose

Die Tätigkeit der Gesellschaft konzentriert sich mit den beiden kommunalen Verkehrsunternehmen PRG und RVG auf zwei Hauptkunden. Im Wesentlichen ist die künftige Entwicklung der Gesellschaft daher vom Fortbestand und den Anforderungen dieser Unternehmen abhängig, für welche basierend auf entsprechenden Managementverträgen Leistungen in den Bereichen Verwaltung, Buchhaltung, Investitionsplanung, EDV, Versicherungswesen und Verkehrsplanung/-Technologie erbracht werden.

Durch die Errichtung eines internen Fahrschulbetriebes (wofür seitens der PRG bzw. RVG bislang auf Fremdfirmen mit deutlich höheren Kosten zurückgegriffen werden musste), besteht die Möglichkeit, die Fahrschulausbildung und die Berufskraftfahrerqualifikation unabhängig von Dritten durchführen zu können, was ein wesentlicher positiver Faktor im Hinblick auf die Gewinnung des notwendigen Fahrpersonals ist.

Darüber hinaus war die Tätigkeit der Gesellschaft – neben den üblichen Geschäftsvorfällen – im Berichtsjahr 2023 im Wesentlichen geprägt:

- Vorbereitung und Umsetzung der 1. Phase zur Umstellung des kompletten Buchhaltungssystems und der damit verbundenen betrieblichen Abläufe auf digitale Rechnung,
- die Umsetzung des sog. "Deutschland-Tickets" (Implementierung eines digitalen Vertriebswegs für die im Landkreis Greiz aktiven Verkehrsunternehmen; Durchführung der Berichts- und Kontrollpflichten),
- intensive Betreuung der im Landkreis Greiz aktiven Verkehrsunternehmen im Zusammenhang mit der Beantragung und Abrechnung von Zuwendungen im Zusammenhang mit dem sog. "9-Euro-Ticket" sowie dem "Deutschland-Ticket"

In verkehrsplanerischer Hinsicht konnten im Berichtsjahr zwei wesentliche Projekte aus dem Nahverkehrsplan des Landkreises Greiz umgesetzt werden:

- Realisierung einer neuen, durchgehenden Verbindung Greiz Werdau durch Kooperation zwischen den beiden Aufgabenträgern (Landkreis Greiz und Zwickau) sowie den betroffenen Verkehrsunternehmen (PRG Greiz, RVW Regionalverkehr Westsachsen)
- Ausweitung des Einsatzes flexibler Bedienformen auf das Bediengebiet "Gera-Nord" an Wochenenden bzw. Feiertagen (betrifft RVG Gera)

Weitere Angebotsverbesserungen sind in Vorbereitung und betreffen in einem nächsten Schritt die Verbindung Gera – Korbußen – Ronneburg – Schmölln (- Altenburg; RVG-Linie 353), wobei durch Angebotskoordination zwischen der RVG, der ThüSAC Personennahverkehrsgesellschaft, der Busbetrieb PIEHLER GmbH & Co. KG sowie dem Omnibustrieb HERZUM auf der Achse Gera – Ronneburg mindestens ein stündliches, in den Hauptverkehrszeiten sogar halbstündliches ÖPNV-Angebot geschaffen werden soll, wovon insbesondere Beschäftigte der Gewerbegebiete in Korbußen, Ronneburg als auch Beerwalde/Löbichau profitieren werden.

Für das auf das Berichtsjahr folgende Geschäftsjahr geht die Gesellschaft erneut von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Für die Erträge wird ein Zuwachs von etwa +100 T€ erwartet, die teilweise auch aus der Ausweitung von Leistungen für andere Kunden als die PRG bzw. RVG resultieren. Im Gegenzug rechnet die Gesellschaft aber auch mit steigenden Aufwendungen, insbesondere bei den Personalkosten im Ergebnis zu erwartender Tarifabschlüsse.

g) Chancen

Die Einführung des "Deutschland-Tickets" bietet – trotz der damit einhergehenden Unsicherheiten und Systembrüche – aus verkehrsplanerischer Sicht auch Chancen für Angebotsanpassungen, die sowohl Verbesserungen für die Fahrgäste als auch wirtschaftliche Optimierungen aus Sicht der Verkehrsunternehmen ermöglichen. Das "Deutschland-Ticket" ermöglicht eine unternehmens- bzw. verbundübergreifende Nutzung des ÖPNV, sodass die gezielte Verknüpfung von verschiedenen Verkehrsträgern (Bus, Zug) eine höhere Attraktivität bekommt und im Gegenzug parallel verkehrende Angebotsstrukturen reduziert werden können. Vor diesem Hintergrund wird die bereits in der Vergangenheit angestoßene Strategie einer vertieften Zusammenarbeit mit anderen Aufgabenträgern als auch (Verkehrs-)Unternehmen (sowohl öffentlich als auch private Unternehmen) fortgesetzt und bei nachgewiesener Praktikabilität und Wirtschaftlichkeit umgesetzt.

Chancen hinsichtlich der Weiterentwicklung des ÖPNV werden in den Bestrebungen des Freistaats Thüringen, gemeinsam mit den kommunalen Aufgabenträgern einen landesweiten integralen Taktfahrplan (ITF) umzusetzen, gesehen. Hier bringt sich die GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH in Abstimmung mit dem Aufgabenträger aktiv in den

Gestaltungsprozess ein, um gemeinsam mit den betreuten Verkehrsunternehmen ein attraktives ÖPNV-Angebot umsetzen zu können.

Darüber hinaus kann das angebotene Leistungsspektrum im Rahmen der bestehenden Kapazitäten der Gesellschaft auch gegenüber anderen Unternehmen im Landkreis Greiz angeboten werden; dies gilt insbesondere für Leistungen unserer Betriebsfahrschule, für welche hinsichtlich der gesetzlich vorgeschriebenen Schulungen nach BKrFQG im Lkw- bzw. Busbereich Interesse von Dritten besteht.

Für die Erledigung der Aufgaben kann die Gesellschaft auf gut qualifizierte und motivierte Beschäftigte zurückgreifen. Vakante Stellen bestehen derzeit nicht, sodass ein für die Erledigung der derzeitigen und absehbaren Anforderungen hinreichender Personalbestand zur Verfügung steht. Im Jahr 2024 soll eine Stelle im Bereich Buchhaltung/Versicherungswesen neu besetzt werden, um eine mittelfristig altersbedingt ausscheidende Beschäftigte zu ersetzen.

h) Risiken

Zum jetzigen Zeitpunkt ist das Unternehmen ausreichend versichert und es wurde genügend bilanzielle Vorsorge getroffen. Die Versicherungsstruktur unterliegt einer jährlichen Validierung im Hinblick auf die versicherten Leistungen und die Prämienhöhe.

Die Umsetzung des "Deutschland-Tickets", in dessen Konsequenz ein politisch festgesetzter Höchstpreis im ÖPNV von 49 € pro Monat (umgerechnet 1,60 € pro Tag) für eine deutschlandweite ÖPNV-Nutzung eingeführt wurde, stellt einen "Systembruch" hin zu einem immer stärker gemeinwirtschaftlich, d.h. über die öffentliche Hand, finanzierten Nahverkehrssystem dar. Hierdurch entstehen erhebliche zusätzliche Bürokratiekosten im Hinblick auf im Zusammenhang mit dem "Deutschland-Ticket" neu eingeführte, monatliche Berichtspflichten einerseits, aber auch hinsichtlich der Betriebskosten für den zusätzlichen digitalen Vertriebsweg (Beschaffung von Chipkarten, Beschaffung und regelmäßiges Update von Kontrollgeräten und –software, Lizenzgebühren für Abonnentenverwaltungssystem) andererseits, dem keine zusätzlichen Erlöse gegenüberstehen. Diese nicht unerheblichen Kosten werden künftig zu erhöhten Belastungen der Verkehrsunternehmen führen; zudem wird sich die GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH mittelfristig personell verstärken müssen, um die mit der Umsetzung des "Deutschland-Tickets" einhergehenden Anforderungen dauerhaft leisten zu können.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft FIDAIX GmbH geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

4. Ausgewählte Kennziffern GRZ Service und Verwaltungsgesellschaft mbH¹:

Bilanz	2021	2022	2023	Änderung
	T€	T€	T€	zum Vorjahr
Anlagevermögen	25	17	26	9
Umlaufvermögen	222	234	214	- 20
bilanziertes Eigenkapital	116	120	127	7
Verbindlichkeiten	103	103	83	- 20
Bilanzsumme	248	254	243	- 11
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	648	850	903	53
Personalaufwand	580	773	813	40
Abschreibungen	12	11	7	- 4
sonstige betriebliche Aufwendungen	59	94	110	16
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	8	5	7	2
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)²	47	47	52	5
Beschäftigte Ø	13	15	14	- 1

¹ Rundungsdifferenzen möglich ² Eigenkapital/Gesamtkapital

3.3 Sonstige Unternehmen

3.3.1 "Umwelt" Entsorgungs- und Straßenservice GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

E-Mail:

"Umwelt" Entsorgungs- und Telefon: 036622-5680 Straßenservice GmbH Telefax: 036622-56820

Mehlaer Hauptstraße 24 a 07950 Zeulenroda-Triebes

info@entsorgung-mehla.de

Die Gesellschaft wurde 03. Juli 1990 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 200743) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 21. Dezember 2010 (mit notarieller Beurkundung Nr. 719/2010 des Notariats Peter Orth).

Rechtliche Grundlagen

Zeichen der Genehmigung: 240.4-1515-001/10-GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2023):

Jochen Eidner Geschäftsführer

Der Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt. Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2023):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrat

stelly. Vorsitzender Herr Gerhard Helmert Kreistagsmitglied

weitere Mitglieder Herr Wolfram Köber Kreistagsmitglied

Herr Uhland Seifert Sachverständiger Herr Dirk Bergner Kreistagsmitglied Herr Torsten Braun Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2023 Bezüge in Höhe von 550 € erhalten (Vj. 600 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2023 beträgt 310.000,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist die Entsorgung von Haus- und Gewerbemüll, Straßenreinigung, Kanal- und Gullyreinigung, Fäkalschlammentsorgung sowie Transportleistungen verschiedener Art und die mit dem Bau und der Unterhaltung von Straßen zusammenhängenden Aufgaben für den Landkreis Greiz als auch für Auftraggeber außerhalb des Territoriums.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art gründen, übernehmen oder sich an ihnen beteiligen, wenn ein wirtschaftlicher und organisatorischer Zusammenhang zur Erzielung des Gesellschaftszwecks beseht oder herbeigeführt werden soll.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gemäß § 87 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) gehört die Abfallentsorgung zu den Aufgaben des eigenen Wirkungskreises eines Landkreises. Diese Aufgabe wurde dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen übertragen. Die "Umwelt" Entsorgungs- und Straßenservice GmbH nimmt die Abfallentsorgung im Landkreis Greiz wahr auf der Grundlage von mittel- und langfristigen Verträgen mit dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen.

Das Unternehmen wurde mit Beschluss des Kreistages Greiz Nr. 121/2010 vom 30. November 2010 gemäß § 66 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung fiskalisiert. Der Beschluss wurde aufsichtsbehördlich genehmigt.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Unternehmen besteht als juristisch selbständige Person in GmbH – Form. Zum Gegenstand des Unternehmens gehört die Entsorgung von Haus- und Gewerbemüll, Straßenreinigung, Kanal- und Gullyreinigung, Fäkalschlammentsorgung, Transportleistungen verschiedener Art sowie die mit dem Bau und der Unterhaltung von Straßen zusammenhängenden Aufgaben. Das Unternehmen unterhält eine Außenstelle in Zeulenroda.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Marktsituation kann für das Geschäftsjahr als sehr unbeständig bezeichnet werden, wobei die Vertragslage als stabil bezeichnet werden kann. Der Entsorgungsvertrag mit dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen begann am 01.01.2016 mit einer Laufzeit von 10 Jahren. Die Verträge als Subunternehmer der GUD für das Einsammeln von Leichtverpackungen und Glas wurden bis zum 31.12.2024 unterzeichnet.

Der Vertrag der Fäkalschlammentsorgung im Zweckverband TAWEG hat eine Laufzeit bis Ende 2024 und wird in 2024 neu ausgeschrieben. Weiterhin konnte sich das Unternehmen die Entsorgung der Kläranlagen im Verbandsgebiet des Zweckverbandes Wasser/Abwasser

"Obere Saale" für fünf Jahre von 2022 bis 2026 sichern und für den Zweckverband Wasser/Abwasser Zeulenroda (WAZ) läuft der Entsorgungsvertrag wieder bis Ende 2024 mit Verlängerungsoption.

Die Auftragslage ist in allen Bereichen stabil geblieben. Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm und konnte ihrem Entsorgungsauftrag gerecht werden. Die das Geschäftsjahr begleitende Krise im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, den klimapolitischen Entscheidungen der Bundesregierung hatte enormen Einfluss auf die Rahmenbedingungen. Der hohe Anteil von Logistikleistungen und den damit verbundenen Kraftstoff- und Energiekosten sowie die hohe Inflation haben das Unternehmen vor Herausforderungen gestellt, die völlig veränderte Bedingungen geschaffen haben. Auch sind signifikante Rückgänge bei den einzelnen Abfallfraktionen zu verzeichnen, die das Kerngeschäft des Unternehmens betreffen.

Im Geschäftsjahr 2023 wurde mit der Erarbeitung eines neuen Vertrages begonnen, der die kommunalen Leistungen ab 2025 sicherstellen soll.

2. Geschäftsverlauf

Im Wirtschaftsjahr wurden Investitionen in diverse Fahrzeuge, technische Anlagen, Betriebsund Geschäftsausstattung mit einem Wertumfang 645 T€ getätigt.

Haus-, Bio- und Sperrmüllentsorgung, Wertstofferfassung

Der Umsatz aus Biomüllentsorgung bewegt sich auf Vorjahresniveau. Für das neue Geschäftsjahr wurde der erweiterte Anschluss von Haushalten mit Biotonne vorbereitet und die Behälter entsprechend ausgeliefert. Die Umsätze in der Haus- und Sperrmüllentsorgung liegen im Berichtsjahr über dem Niveau des Vorjahres. Die Wertstoffpreise unterliegen starken Schwankungen und haben im Geschäftsjahr 2023 für einen Rückgang der Umsätze bei der Verwertung von Pappe und Schrott gesorgt. Eine Kompensation konnte nur durch Preisanpassungen der Dienstleistungen realisiert werden.

Der Sperrmüll aus der Sperrmüllsammlung hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verringert. Dieser Müll wurde zum überwiegenden Teil vom Unternehmen selbst sortiert und einer getrennten Verwertung zugeführt. Bei der Entsorgung der Haushalte sowie kleinerer Gewerbebetriebe ist ein relativ stabiler Anfall von Abfallmengen zu verzeichnen.

Die Glasentsorgung erfolgte im Bringsystem bedarfsgerecht und ohne Probleme.

Der Vertrag für die Entsorgung von Glas und Gelber Tonne, welche das Unternehmen für ca. 32.500 Einwohner als Subunternehmen ausführt, wurde auch 2023 fortgeführt.

Fäkalschlammentsorgung

Die Fäkalschlammentsorgung in den Gebieten der Zweckverbände TAWEG Greiz, WAZ Zeulenroda und ZWOS sind durch Anschlüsse an das Kanalsystem etwas rückläufig und folgen dem allgemeinen Trend. Die vertraglich geregelten Mengen konnten im Berichtsjahr entsorgt werden. Im Zweckverband TAWEG läuft der Vertrag noch bis einschließlich 2024. Auch im Zweckverband Obere Saale (ZWOS) konnte sich das Unternehmen einen Vertrag bis 2026 sichern. Im Zweckverband WAZ verlängert sich der Vertrag um jeweils ein Jahr.

Containerdienst / Allgemeine Transporte

Dieses Geschäftsfeld ist großen Auftragsschwankungen unterworfen infolge mehrerer Marktteilnehmer, hoher Inflation und des Rückgangs der Bautätigkeit. Es ist im Geschäftsjahr weitestgehend gelungen, durch konsequente Transportoptimierung, optimierten Personaleinsatz und Preisanpassungen die erschwerten Bedingungen abzufangen und den Umsatz stabil zu halten.

Müllumladestation / Reststoffdeponie

Der auf der Müllumladestation umgeschlagene und zur Müllverbrennung transportierte Abfall bewegt sich auf Vorjahresniveau bei ca. 12.000 t (Vj. 15.000 t). Während Hausmüll relativ konstant anfällt, ist bei Gewerbemüll mit großen Schwankungen zu rechnen. Das Unternehmen konnte sich für weitere vier Jahre beginnend ab Juni 2021 den Transport des Restmülls aus der Müllumladestation zur Verbrennung sichern. Eine Herausforderung bildet dabei die Umladestation Wiewärthe (Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla Pößneck), die eine kontinuierliche Auslastung von Transportkapazitäten kaum möglich macht.

Auf der Inert- und Reststoffdeponie wurden ca. 27.500 t (Vj. 32.500 t) Abfall eingebaut. Das entspricht dem Einbauvolumen, dass die Deponie noch bis zum Ende ihrer Laufzeit bedient werden kann. Auf die Mengen hat das Unternehmen selbst keinen Einfluss.

Die Sickerwasseraufbereitungsanlage wurde sachgerecht bedient und alle Fremdkontrollen durch die Behörden sind ohne Beanstandungen erfolgt. Die im Jahr 2019 auf ein anderes System umgestellte Wasseraufbereitung funktioniert auch 2023 einwandfrei.

Wertstoffe / Recyclingcenter

Die Wertstoffhöfe verzeichnen eine sehr hohe Kundenfrequenz. Es ist bei einigen Abfallarten eine Stagnation der angelieferten Menge zu verzeichnen. Besonders die Einführung einer Grünschnittkarte und die kostenlose Grünschnittannahme in den Monaten März und November hat sich bewährt, welche jedoch mit dem Geschäftsjahr 2023 ausläuft. Die Menge Grün- und Astschnitt lag im Vergleichszeitraum bei 3.400 t, was dem Vorjahresniveau entspricht. Die auf den Wertstoffhöfen angenommenen Abfälle werden auf dem Recyclingcenter aufbereitet und zum großen Teil der Wiederverwertung zugeführt.

Im Berichtsjahr wurde die Elektroschrottsammlung weiterhin kundenfreundlich gestaltet, auf allen Wertstoffhöfen wurde der Elektronikschrott kostenfrei angenommen bzw. nach Anmeldung an den jeweiligen Stellen abgeholt und dem Verwerter zugeführt. Wobei sich die Standards der Lagerung und des Transports, nach Änderung des Elektrogesetzes wesentlich erhöht haben, was einen nicht unerheblichen manuellen Aufwand darstellt.

a) Vermögenslage:

Die Bilanzsumme zum 31.12.23 beträgt 5.182 T€ und ist damit um 418 T€ höher als im Vorjahr. Das Anlagevermögen ist mit 152 % vollständig durch Eigenkapital gedeckt. Die Forderungen aus Lieferung und Leistungen betragen im Berichtsjahr 451 T€. Die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen liegen bei 148 T€. Das Eigenkapital hat sich infolge des Jahresüberschusses erhöht.

b) Finanzlage:

Die finanziellen Verhältnisse der Gesellschaft sind geordnet, die Zahlungsfähigkeit war zu jeder Zeit gewährleistet. Für die folgenden Jahre liegt ein Finanzplan vor, der auch die Tilgung der vorhandenen Finanzierungen enthält. Der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital beträgt 78 % (Vorjahr: 79 %).

Die satzungsmäßige Rücklage beträgt 310 T€. Diese Rücklagen sind für die Finanzierung von größeren Instandsetzungen bzw. außergewöhnlichen Investitionen vorgesehen.

Die Finanzlage ist als sehr stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Skontomöglichkeiten zu nutzen.

c) Ertragslage:

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 280 T€ ab. Nach Verrechnung mit dem Gewinnvortrag verbleibt ein Bilanzgewinn in Höhe von 3.168 T€. Die Umsatzerlöse liegen mit 6.329 T€ über denen des Vorjahres (6.120 T€). In den sonstigen

betrieblichen Erträgen (80 T€) sind periodenfremde Erträge in Höhe von 1 T€ (Vj. 6 T€) enthalten.

Der Materialaufwand ist auf 661 T€ gestiegen, das entspricht einer Steigerung um 39 %. Das Unternehmen hatte durch zusätzlichen Auftrag vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE) höhere Aufwendungen für Fremdleistungen der Entsorgung. Auf den Einsatz von Leiharbeitern konnte weitestgehend verzichtet werden.

Der Personalaufwand ist trotz Tarifanpassungen, Neueinstellungen und der Zahlung von Inflationsausgleichsprämie im Vergleich zum Vorjahr um 78 T€ auf 2.201 T€ (Vj. 2.279 T€) gesunken, da fünf Mitarbeiter das Unternehmen im Berichtsjahr verlassen haben. Zum 31.12.2023 beschäftigte das Unternehmen im Durchschnitt 67 Mitarbeiter (Vj. 68).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 12 % auf 1.928 T€ gesunken, hauptsächlich bedingt durch die Strompreisbremse, den etwas gesunkenen Kraftstoffpreis und geringere Instandhaltungsaufwendungen.

d) Qualitätsmanagement

Unser Unternehmen arbeitet auf Grundlage des in der DIN EN ISO 9001 zertifizierten Qualitätsmanagementsystems, dessen Standard im Jahr 2018 auf die Norm DIN EN ISO 9001:2015 umgestellt wurde. Darüber hinaus konnten wir auch 2023 erneut die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb gemäß § 52 KrW-/AbfG sicherstellen.

e) Investitionen

Im Investitionsbereich wurden im Wirtschaftsjahr folgende Sachanlagen It. Wirtschaftsplan angeschafft: ein Saug-Spülfahrzeug, eine Sattelzugmaschine, ein Absetzcontainerfahrzeug-Ersatz, 16 Großraumcontainer (3-25 m³) sowie GWG und Geschäftsausstattung mit einem Wertumfang von 399 T€.

f) Prognose

Es sind keine wesentlichen Änderungen in der Geschäftspolitik geplant. Aufgrund der Kostensteigerungen in allen Bereichen mussten die Preise den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst werden, dass eine Kompensation der Aufwendungen erreicht werden kann. Wirklich sichere Prognosen zur Entwicklung der Beschaffungspreise für Material, Energie, Entsorgungsfremdleistungen sowie zu klimapolitischen Entscheidungen können nicht abgegeben werden, da das Geschäftsjahr 2023 gezeigt hat, wie beständig die Veränderung war. Aus Sicht der Unternehmensleitung ist das bestehende Portfolio so zu optimieren, dass die eigenen Ressourcen effizienter genutzt werden. Eine große Herausforderung wird weiterhin die Personalfrage aufgrund des Fachkräftemangels.

Für das Jahr 2024 hat das Unternehmen eine stabile Auftragslage, die vertraglich gebunden ist. In 2024 sollen die Weichen für den kommunalen Entsorgungsauftrag der nächsten Jahre gestellt werden.

Für das Geschäftsjahr 2024 wird aufgrund der bisherigen Entwicklungen eine Betriebsleistung von 6.200 T€ und ein Jahresüberschuss von 113 T€ angenommen.

g) Chancen

Unser Entsorgungsgebiet sowie unser Leistungsspektrum sind durch die langfristigen Verträge mit dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen für Rest-, Bio- und Sperrmüll, Deponiebewirtschaftung, Papierentsorgung und verschiedene kleinere Aufträge untersetzt.

Für das Geschäftsjahr 2024 ist die finale Erarbeitung und die Bestätigung eines neuen Vertrages mit dem Abfallwirtschaftszweckverband geplant, der dem Unternehmen unter Berücksichtigung der aktuellen Marktsituation, den Fortbestand des Unternehmens und die Erfüllung des Entsorgungsauftrages für die nächsten Jahre sichern wird.

Der Vertrag zum Transport von Haus- und Gewerbemüll zur Müllverbrennungsanlage nach Leuna wurde an die Gesellschaft zum Jahr 2024, mit einer Verlängerungsoption bis 2026, vergeben. Alle weiteren Verträge zur kommunalen Sammlung von LVP (Leichtverpackungen), Glas sowie die Entsorgung von Kleinkläranlagen mit einer Laufzeit zwischen 3 und 5 Jahren konnte sich das Unternehmen erfolgreich bis 2024 sichern.

Mit Hilfe optimierter Tourenpläne und einer effektiveren Auslastung der Fahrzeuge versucht die Gesellschaft, das Betriebsergebnis weiterhin stabil zu halten. Für den Ausfall von Entsorgungsfahrzeugen wird ein Reservefahrzeug vorgehalten. Auch für einen Blackout ist das Unternehmen in der Lage, für mindestens fünf Tage den Entsorgungsauftrag zu erfüllen.

Ein Anteil Umsatz auf dem freien Markt ist für den ordnungsgemäßen und effektiven Betriebsablauf unumgänglich. Es ist jedoch infolge der derzeitigen komplizierten wirtschaftlichen Lage schwierig, klare Aussagen zu treffen. Es kommt darauf an, den Markt ständig zu beobachten und alle sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen.

h) Risiken

Im Rahmen des Risikomanagements richtet die Gesellschaft primär hohe Aufmerksamkeit auf die regelmäßige Auswertung der betriebswirtschaftlichen Daten, verbunden mit einem hohen Kontrollbewusstsein der Geschäftsführung.

Diese analysiert und kontrolliert regelmäßig und zeitnah die relevanten Unterlagen des Rechnungswesens im Hinblick auf ein ausgewogenes Chancen- und Risikoumfeld. Dabei werden sowohl finanzielle als auch nichtfinanzielle Indikatoren betrachtet.

Im Rahmen von Quartalsberichten wird der Landkreis Greiz als Gesellschafter regelmäßig durch die Geschäftsführung über die Lage der Gesellschaft sowie die erkannten Chancen und Risiken in Kenntnis gesetzt.

Die zukünftigen Risiken der Gesellschaft bestehen weiterhin in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld, den unterschiedlichen Lohnkosten und dem andererseits stagnierenden Preisniveau von Wertstoffen und Transportdienstleistungen, sowie von umweltpolitischen Entscheidungen für schärfere Regeln bei der Verwertung von Abfällen und Auflagen zum Klimaschutz. So wird der Logistikaufwand durch Mauterhöhungen um 83 % eine Herausforderung darstellen, die nur durch die weitere Optimierung der Tourenpläne, effizientere Personalplanung, moderne Fahrzeuge und eine höhere Marktdurchdringung und nicht zuletzt durch Preisanpassungen zu einer Minimierung des Risikos führen wird.

Vor dem Hintergrund der stabilen Auftragslage sieht sich das Unternehmen für die Bewältigung der meisten Risiken gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden können, sieht die Unternehmensleitung in ausbleibenden Aufträgen und Verträgen, deren Auswirkung kurzfristig nicht zu kompensieren sind.

Die Gesellschaft schöpft alle Instrumente des Risikomanagements aus, um Schaden vom Unternehmen abzuwenden.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Im Wirtschaftsplan 2023 wurde von Umsatzerlösen in Höhe von 6.200 T€ und einem Jahresüberschuss von 104 T€ ausgegangen.

Das Geschäftsjahr 2023 wurde mit einem positiven Jahresergebnis abgeschlossen. Die Gesamtumsatzerlöse des Geschäftsjahres stiegen leicht auf 6.329 T€. Der Umsatz konnte gegenüber dem Vorjahr um 3,4% gesteigert werden. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 3 T€ gestiegen und liegt bei 2.845 T€. Durchschnittlich wurden im Geschäftsjahr 67 Personen beschäftigt.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 von Wirtschaftsprüferin Frau Marijke Albus von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft MSC Schwarzer Albus GmbH geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

4. Ausgewählte Kennziffern der "Umwelt" Entsorgungs- und Straßenservice GmbH¹:

Dil	2021	2022	2023	Änderung
Bilanz	T€	T€	T€	zum Vorjahr
Anlagevermögen	2.856	2.570	2.653	83
Umlaufvermögen	1.832	2.157	2.498	341
Eigenkapital	3.567	3.742	4.022	280
Verbindlichkeiten	988	881	1.013	132
Bilanzsumme	4.729	4.764	5.182	418
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	6.057	6.120	6.329	209
Personalaufwand	2.653	2.842	2.845	3
Materialaufwand	648	477	661	184
Abschreibungen	546	579	540	- 39
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7	7	16	9
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	344	175	280	105
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)²	75	79	78	- 1
Beschäftigte Ø	66	68	67	- 1
Umsatz je Beschäftigen (T€)	92,0	90,0	94,5	4,5

Rundungsdifferenzen möglich
 Eigenkapital/Gesamtkapital

4. Schlussbemerkungen

Dieser Bericht wurde unter Benutzung der Prüfungsberichte der Jahresabschlüsse, der Lageberichte der Gesellschaften und den Auskünften der Geschäftsführer bzw. beauftragter Mitarbeiter erstellt.

Die entnommenen Zahlen, Daten und Fakten entstammen hauptsächlich den Bilanzen, den Gewinn- und Verlustrechnungen und den Lageberichten.

Die Jahresabschlüsse sind im Landratsamt Greiz (Sachgebiet Beteiligungsverwaltung) einsehbar.

5. Abkürzungsverzeichnis

AO Abgabenordnung

BKrFQG Berufsfahrerqualifizierungsgesetz
DIN EN ISO Internationale Normvorschrift

DLZ Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz GmbH

DRG diagnosebezogene Fallgruppen
DSV Daseinsvorsorge Greiz GmbH

GmbH Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GmbHG GmbH-Gesetz

GUD Geraer Umweltdienste GmbH & Co. KG
GVB Verkehrs- und Betriebsgesellschaft Gera mbH

HGB Handelsgesetzbuch

HGrG Haushaltsgrundsätzegesetz HRB Handelsregister-Teil B

jPdöR juristische Person des öffentlichen Rechts

KHEntgG Krankenhausentgeltgesetz

KHG Krankenhausfinanzierungsgesetz
KHZG Krankenhauszukunftsgesetz
KKH Greiz Kreiskrankenhaus Greiz GmbH

KKH Ronneburg Kreiskrankenhaus Ronneburg – Fachklinik für Geriatrie GmbH

KKH Schleiz Kreiskrankenhaus Schleiz GmbH
KrW/AbfG Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
KSM Kreisstraßenmeisterei Landkreis Greiz

MVZ Greiz Medizinisches Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH

- Poliklinik Greiz GmbH

ÖDA Öffentlicher Dienstleistungsauftrag
ÖPNV Öffentlicher Personennahverkehr
PBefG Personenbeförderungsgesetz

PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz

QM-System Qualitätsmanagement-System

RVG Regionalverkehr Gera / Land GmbH

SBG IX Das neunte Sozialgesetzbuch

SVG GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH

TAWEG Zweckverband Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße

Elster/Greiz

ThürEBV Thüringer Eigenbetriebsverordnung
ThürKO Thüringer Kommunalordnung

THÜSAC Thüringisch-Sächsische Personennahverkehrsgesellschaft

TVöD Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst

VKA Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände

VMT Verkehrsverbund Mittelthüringen